

# Kompetenznetzwerk „Islamistischer Extremismus“ (KN:IX)

Herausforderungen, Bedarfe  
und Trends im Themenfeld

Report 2022



# Inhaltsverzeichnis

**Grußwort** Seite 4

**01 Einleitung** Seite 6

**02 Stimmungsbild 2022** Seite 10

**Erhebung** Seite 11

Themen, Trends und Bedarfe in der Islamismusprävention I

**Fokusgruppengespräche** Seite 26

Themen, Trends und Bedarfe in der Islamismusprävention II

**03 Schlaglichter 2022** Seite 38

**Phänomenübergreifende Arbeit in der**

**Extremismusprävention** Seite 39

Chancen und Grenzen eines „neuen“ Ansatzes

**Der „IS“ nach dem Ende seines Kalifats** Seite 45

Langfristige Herausforderungen für die Präventionsarbeit in Deutschland

**Und es macht Klick** Seite 50

Wie Präventionsarbeit auf die Diversifizierung der islamistischen Szene in Deutschland reagieren kann

**Auch „Nazis“ fallen nicht vom Himmel** Seite 57

Plädoyer für die akzeptierende Jugendarbeit zur Prävention und Begegnung von Rechtsextremismus und Islamismus

**Netzwerke ausbauen –**

**Nachhaltige Kooperationen schaffen** Seite 64

Empfehlungen zur proaktiven Stabilisierung von Zugangswegen zu Zielgruppen der selektiven und indizierten Prävention

**Erfahrungen aus der Rechtsextremismusprävention**

**nutzen** Seite 72

Queerfeindlichkeit in der selektiven und indizierten Prävention von religiös begründetem Extremismus

**04 Modellprojekte im Feld der  
Islamismusprävention** Seite 80

**Autor\*innen** Seite 94

**Literaturverzeichnis** Seite 98

**Impressum** Seite 106

# Grußwort

der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend,  
Lisa Paus, MdB



Foto: Bundesregierung, Steffen Kugler

## Liebe Leser\*innen,

das Kompetenznetzwerk „Islamistischer Extremismus“ (KN:IX) legt nunmehr die dritte Ausgabe des jährlichen KN:IX-Reports vor. Denn in kurzer Zeit hat sich dieser Bericht als gefragte Trendanalyse und Impulsgeber für Fachdebatten zur Prävention von religiös begründetem Extremismus etabliert.

Als Gemeinschaftswerk der Bundesarbeitsgemeinschaft religiös begründeter Extremismus e.V., der Violence Prevention Network gGmbH und dem Verein ufuq.de liefert der KN:IX-Report 2022 eine profunde Analyse aus Sicht dieses Kompetenznetzwerkes. Und er bietet allen Fachkräften der Extremismusprävention eine fachkundige Diskussionsgrundlage für ihre vielfältigen Arbeitsfelder.

Der Report macht zudem deutlich, wie sehr die Extremismusprävention unter dem Einfluss krisenhafter gesellschaftspolitischer Entwicklungen steht. Umso wichtiger sind passgenaue Präventionsansätze und -strategien, die auf langjährigen Expertisen und Erfahrungen aufbauen, wissenschaftlich fundiert sind und gleichzeitig dynamisch reagieren können.

Hierzu leistet KN:IX mit seinen vielfältigen und vernetzten Ansätzen für unterschiedliche Zielgruppen und Handlungsfelder einen wichtigen Beitrag: vor allem, wenn es um die Arbeit mit Jugendlichen, um die Aus- und Fortbildung von Lehrkräften und Multiplikator\*innen geht – oder um Präventionsangebote im Strafvollzug.

Ich möchte diese Aufgabe bestmöglich unterstützen. Denn unsere demokratische offene Gesellschaft wird gleich mehrfach herausgefordert. Mit dem Demokratiefördergesetz wollen wir einen wirkungsvollen Beitrag zur verbindlichen und langfristigen Stärkung des zivilgesellschaftlichen Engagements für Demokratie, Vielfalt und Extremismusprävention leisten.

Für seine zuverlässige Arbeit und seinen Einsatz danke ich dem ganzen KN:IX-Team – und wünsche eine erkenntnisreiche Lektüre und angeregte Diskussionen!

Mit freundlichen Grüßen

**Lisa Paus, MdB**

Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

# 01

## Einleitung

**Wir leben in krisenhaften Zeiten. Das zeigt sich nicht nur am Krieg in der Ukraine. Die Anzahl bewaffneter Konflikte, an denen mindestens ein Staat beteiligt ist, hat sich nach Angaben des schwedischen Forschungsinstituts SIPRI in den vergangenen zehn Jahren verdoppelt. Gleiches gilt für die Anzahl der Todesopfer in gewaltvollen Auseinandersetzungen wie auch die Zahl der Geflüchteten und Vertriebenen weltweit. Zudem verschärfen Pandemie und Klimakrise national und global ohnehin bestehende Ungleichheiten in Form von Hunger und Armut. Extremistische Organisationen nutzen diese Konflikte, was sich nicht zuletzt darin zeigt, dass die Attraktivität nationalistischer, populistischer und demokratiefeindlicher Bewegungen weltweit zunimmt.**

All diese Entwicklungen haben spürbare Auswirkungen auf die Arbeit zu Extremismusprävention und Demokratieförderung. Wenn Krisen, frei nach Antonio Gramsci, als eine Zeit beschrieben werden können, in der das Alte nicht mehr funktioniert und das Neue noch nicht in Sicht ist, dann lassen sich daraus für die Präventionsarbeit vielleicht zwei Handlungsstränge ableiten: proaktiv und präventiv (z.B. mit Jugendlichen) über neue Formen des Zusammenlebens nachzudenken (Wie wollen wir leben?) sowie dysfunktionalen (z.B. extremistischen) Entwicklungen wirksam zu begegnen.

Eine besondere Rolle spielen im Rahmen solcher „neuen“ Entwicklungen neben unterschiedlichen Verschwörungsnarrativen und antisemitischen Einstellungen grundlegend staatsablehnende Haltungen. Es sind in Deutschland und weltweit antidemokratische Bewegungen entstanden, die sich den bisher gängigen Phänomenbereichen des Extremismus nicht einfach zuordnen lassen – zumal sich antidemokratische Einstellungen zunehmend in der gesellschaftlichen Mitte beobachten lassen. So können Krisenerfahrungen bei Einzelnen Handlungsunsicherheiten, Ohnmachtsgefühle und soziale Ängste verstärken und das Extremismuspotenzial erhöhen. Vor diesem Hintergrund wächst die Bedeutung und Rolle nachhaltig angelegter und langfristig geförderter Strukturen von Extremismusprävention und Demokratieförderung noch weiter.

Spezifische Fragen stellen sich im Kontext dieser gesellschaftlichen Entwicklungen auch in der Arbeit zur Prävention von Islamismus bzw. religiös begründetem Extremismus:

- 1** Wie verbinden sich „neue“ antidemokratische Strömungen mit den bisher bekannten Phänomenbereichen? Welche Angebote und Strategien für Prävention und Demokratieförderung können demgegenüber entwickelt werden?
- 2** Wie kann staatsablehnenden und gewaltbereiten Einstellungen in der gesellschaftlichen Mitte vorgebeugt und begegnet werden, wenn extremistische Propaganda dazu beiträgt, dass sich viele Menschen zunehmend von einer demokratisch verfassten Gesellschaft entfernen?
- 3** Wie nutzen extremistische Akteur\*innen aktuelle Krisen und Zukunftsängste? Welche Angebote wirken attraktiv? Wie rekrutieren sie Anhänger\*innen? Und wie können in der Präventionsarbeit neue Zugänge zu gefährdeten Personen geschaffen werden?

Der vorliegende Report bietet Einblicke in Trends und Entwicklungen und schärft Perspektiven zur Weiterentwicklung der Präventionsarbeit im Feld des islamistischen Extremismus. Das Anfang 2022 erhobene **Stimmungsbild** unter relevanten Präventionsakteur\*innen im Feld lässt eine Reihe von Schwerpunktthemen erkennen – darunter etwa antimuslimischer Rassismus und Diskriminierungserfahrungen, Verschwörungserzählungen, patriarchal geprägte Familienkontexte, Sexismus und Homofeindlichkeit. In **Fokusgruppengesprächen** mit Fachkräften und anderen Expert\*innen konnten weitere Herausforderungen für die Präventionsarbeit erörtert werden: Vorwürfe gegenüber der Präventionslandschaft, Angriffe auf die Zivilgesellschaft, das geplante Demokratiefördergesetz, die Rolle von Religion in Prävention und Beratungspraxis oder das Konfliktpotenzial von Antisemitismus in der Distanzierungsarbeit. Im Anschluss daran widmen wir uns in Form von **„Schlaglichtern“** spezifischen Fragestellungen – etwa zur internationalen Entwicklung des sogenannten „IS“, zu neuen islamistischen (Online-)Akteur\*innen oder zum Thema Queerfeindlichkeit in der Beratungsarbeit. Diese Beiträge informieren über neuere Entwicklungen im Themenfeld, geben Einblicke in fachwissenschaftliche Debatten und vermitteln Empfehlungen und Anregungen für Praktiker\*innen im Handlungsfeld des islamistischen Extremismus.

## Über KN:IX

Das Kompetenznetzwerk „Islamistischer Extremismus“ – KN:IX besteht seit Beginn der aktuellen Förderperiode von „Demokratie leben!“ (2020–2024). Es reagiert auf die Entwicklungen im Phänomenbereich und begleitet sowohl die Präventions-, Interventions- und Ausstiegsarbeit als auch die im Themenfeld geführten fachwissenschaftlichen Debatten. Als Netzwerk, in dem die *Bundesarbeitsgemeinschaft religiös begründeter Extremismus*, *ufuq.de* und *Violence Prevention Network* zusammenarbeiten, analysiert KN:IX aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen der universellen, selektiven und indizierten Islamismusprävention und bietet Akteur\*innen der Präventionsarbeit einen Rahmen, um bestehende Ansätze und Erfahrungen zu diskutieren, weiterzuentwickeln und in die Arbeit anderer Träger zu vermitteln.

Das Kompetenznetzwerk versteht sich als dienstleistende Struktur zur Unterstützung von Präventionsakteur\*innen aus der Zivilgesellschaft, öffentlichen Einrichtungen in Bund, Ländern und Kommunen sowie Fachkräften etwa aus Schule oder Jugendarbeit. Neben dem Wissens- und Praxistransfer zwischen unterschiedlichen Präventionsträgern zählt die Verstetigung von Präventionsansätzen in den Regelstrukturen zu den Schwerpunkten unserer Arbeit.

## 02

## Stimmungsbild 2022

Die Darstellung aktueller Trends und Bedarfe bei den Trägern der universellen, selektiven und indizierten Islamismusprävention erfolgt auf der Grundlage von jährlichen quantitativen Erhebungen sowie qualitativer Gespräche. Neben einer **Online-Erhebung** zwischen dem 9.3.2022 und 11.4.2022 fanden in diesem Jahr vier vertiefende **Fokusgruppengespräche** mit Teilnehmer\*innen aus unterschiedlichen Bereichen der Präventionsarbeit statt (s.S. 26ff.). Die jährliche KN:IX-Online-Erhebung und die Fokusgruppengespräche sollen Ziele, Bedarfe, Entwicklungen und Trends der Arbeit im Phänomenbereich „Islamistischer Extremismus“ über mehrere Jahre hinweg dokumentieren, um auf dieser Grundlage bedarfsgerechte Angebote für Träger der Präventionsarbeit entwickeln und anbieten zu können.

## Ergebnisse der KN:IX-Bedarferhebung 2022 zu Themen, Trends und Bedarfen in der Islamismusprävention

Svetla Koynova  
(Violence Prevention Network)

Die diesjährige Online-Bedarferhebung fand im Zeitraum vom 9.3.–11.4.2022 statt. Die Fragen wurden unter Berücksichtigung aktueller fachwissenschaftlicher und präventionspraktischer Debatten entwickelt und legten einen Schwerpunkt auf Themen, die von den Befragten bei der Bedarfsabfrage 2021 als besonders wichtig eingestuft wurden.

KN:IX ermittelte im Anschluss an die 2020 und 2021 durchgeführten Befragungen insgesamt 230 Expert\*innen, die in der zivilgesellschaftlichen und staatlichen Präventionsarbeit tätig sind und über Erfahrungen im Themenbereich „Islamistischer Extremismus“ verfügen. Diese wurden per E-Mail zur Teilnahme an der Umfrage eingeladen. Teilnahme-Links wurden ebenfalls über die offiziellen Social-Media-Kanäle und Newsletter-Verteiler der Netzwerkpartner\*innen und durch Kooperationspartner\*innen gestreut. In diesem Jahr beantworteten 58 Personen die Fragen vollständig, was einer Rücklaufquote von 25 Prozent entspricht. Die Umfrage ist aufgrund der geringen absoluten Zahl an Befragten und ihres Überblickscharakters nicht repräsentativ. Sie bietet allerdings einen Einblick in die dynamischen Entwicklungen der Präventionslandschaft, die von gesellschaftlichen und politischen Bedingungen geprägt ist, ermöglicht einen Vergleich zu den Stimmungsbildern seit 2020 und lässt Themen erkennen, die Fachkräften in der Praxis als besonders wichtig erscheinen.

### Selbstverortung der Präventionspraktiker\*innen

Unter den Befragten rechneten sich in diesem Jahr 83 Prozent zivilgesellschaftlichen, zehn Prozent staatlichen sowie sechs Prozent sonstigen Präventionsträgern (z.B. ehrenamtlichen Initiativen, kommunalen Verwaltungen und Forschungsstellen) zu. Die Projektarbeit der Befragten konzentrierte sich bei zwei Prozent auf die nachbarschaftliche/Kiez-

Ebene, bei 24 Prozent auf die Kommunal-, bei 45 Prozent auf die Landes- und bei 29 Prozent auf die Bundesebene. 22 Prozent der Befragten fokussierten ihre Arbeit hauptsächlich auf großstädtische Räume, jeweils sieben Prozent auf mittelstädtische und auf kleinstädtische/ländliche Räume und die große Mehrheit von 69 Prozent arbeitete intensiv in allen genannten Räumen.

**Thematisch** verorteten 60 Prozent der Befragten den inhaltlichen Schwerpunkt ihrer Arbeit auf religiös-begründetem Extremismus allgemein, drei Prozent auf Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) und zwei Prozent sahen den Schwerpunkt ihrer Arbeit eher im Phänomenbereich Rechtsextremismus, betrachteten aber Radikalisierungsprozesse phänomenübergreifend. Viele Teilnehmende präzisierten den inhaltlichen Schwerpunkt ihrer Arbeit mit Textkommentaren: Unter ihnen

Die von KN:IX jährlich durchgeführte **Online-Umfrage** zu Entwicklungen und Bedarfen in der Islamismusprävention richtet sich an Träger und Praktiker\*innen im Themenfeld. Die quantitative Auswertung ermittelt durch die Synthese unterschiedlicher Perspektiven ein Stimmungsbild der Präventionslandschaft. Wenn Sie noch nicht die Möglichkeit hatten, an unserer jährlichen Bedarfsabfrage teilzunehmen, und in die Einladungsliste 2023 aufgenommen werden wollen oder wenn Sie mehr über unsere Publikationen erfahren möchten, freuen wir uns, wenn Sie uns unter [info@kn-ix.de](mailto:info@kn-ix.de) schreiben oder unsere Website <https://kn-ix.de/publikationen/> besuchen.



erforschte und behandelte die Mehrheit ebenfalls phänomenübergreifende Radikalisierungsprozesse und Extremismusausprägungen. Ein Teil konzentrierte sich allerdings auch auf Einzelaspekte wie „Salafismus als Jugendbewegung“, „islamistischer Antisemitismus, islamistisch begründete Homophobie, antimuslimischer Rassismus“ oder „Verschwörungserzählungen“.

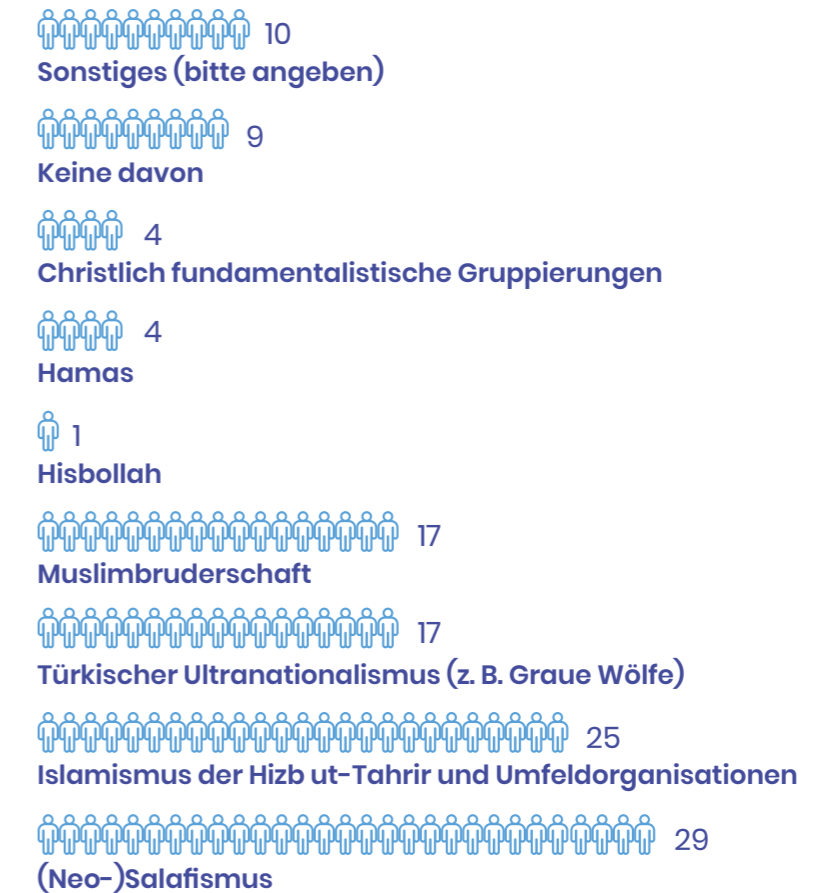
Insgesamt 38 Prozent der erreichten Befragten verorteten ihre Arbeit vorwiegend im Bereich der universellen Prävention/der Primärprävention, 19 Prozent im Bereich der klassischen politischen Bildung und weitere 15 Prozent allgemein im Bereich der Jugend- und Sozialarbeit. Jeweils 15 Prozent verorteten ihre Arbeit im Bereich der selektiven Prävention/Sekundärprävention und in der indizierten Prävention/Tertiärprävention.

Befragt nach ihren **Zielgruppen** (Mehrfachnennungen möglich) richteten sich 74 Prozent der erreichten Präventionsakteur\*innen mit ihren Angeboten an Multiplikator\*innen aus diversen Kontexten wie Schule, Jugendhilfe, Jugendamt und (Sicherheits-)Behörden sowie Städten und Kommunen. 45 Prozent konzentrierten sich auf andere zivilgesellschaftliche Träger. 73 Prozent der Befragten gaben an, direkt mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu arbeiten. Neun Prozent arbeiteten auch mit Kindern. 29 Prozent wirkten auf das sozialräumliche Umfeld der Kinder und Jugendlichen ein (einschließlich Eltern und Angehörige). Sieben Prozent konzentrierten sich auf Betroffene von Gewalt.

Mit Möglichkeit von Mehrfachnennungen konnten die Befragten angeben, mit welchen **Ausprägungen des religiös begründeten Extremismus** sie am häufigsten in ihrer Arbeit konfrontiert sind. (Neo-)Salafismus (29 Befragte) und Islamismus der „Hizb ut-Tahrir“-Bewegung und ihrer Umfeldorganisationen (25 Befragte) sind die Strömungen, mit denen die Befragten – ähnlich wie in 2020 und 2021 (siehe KN:IX Report 2020 und KN:IX Report 2021) – am häufigsten zu tun haben. Die Muslimbruderschaft wurde 17-mal benannt. Ebenfalls 17 Befragte benennen zudem den türkischen Ultranationalismus (Graue Wölfe), obwohl es sich hier im engeren Sinn eher um politischen Extremismus handelt. Damit beschäftigt das Thema die befragten Einrichtungen ähnlich stark wie die großen Strömungen des religiös-begründeten Extremismus. Bei den absoluten Zahlen lässt sich hier im Vergleich zu 2021 (13 Nennungen) sogar ein moderater Anstieg beobachten. Das legt nahe, dass es sich um einen langsam verstärkenden Trend handeln könnte. Immer weniger wahrgenommen werden dagegen Bewegungen wie Hisbollah (eine Nennung) oder Hamas (vier Nennungen). Eine konstante, aber kleinere Bedeutung haben weiterhin christlich-fundamentalistische Gruppierungen und neue religiöse Bewegungen (vier Nennungen). In den offenen Textkommentaren wurde vermehrt auf Ausprägungen von Antisemitismus verwiesen, die zwar nicht unbedingt mit einer verfestigten Ideologie einhergehen,

bei den Zielgruppen der Befragten aber entweder im Zusammenhang mit Verschwörungsmethoden auftraten oder als religiös-begründet dargestellt wurden.

**Welche ideologischen Szenen, Gruppierungen oder Phänomene aus dem Bereich des religiös begründeten Extremismus spielen für Ihre Arbeit aktuell eine besondere Rolle? (Mehrfachnennung möglich)**



Extremistische Propagandastrategien greifen Bedürfnisse, Interessen und Sorgen der vorwiegend jugendlichen Zielgruppe auf und bieten extremistische Deutungen, die sie in einem Rekrutierungsnarrativ instrumentalisieren. In ihren Ansprachen werden gesellschaftliche oder politische Debatten aufgegriffen und mithilfe von religiösen Deutungsmustern und Abgrenzungsnarrativen besetzt und interpretiert. Die Befragten hatten hier die Möglichkeit zu benennen, welche aus ihrer Sicht die derzeit vier wichtigsten **Themen in religiös-extremistischen Ansprachen** sind.

Demnach sind die wichtigsten Themen weiterhin **antimuslimischer Rassismus (AMR) und Diskriminierungserfahrungen** (46 Nennungen). Neu ist in diesem Kontext der häufiger vorkommende Bezug zur Situation der Uigur\*innen in China. Hier greifen Extremist\*innen offenbar die Frustration vieler muslimischer Menschen in Deutschland auf, die monieren, dass die Verfolgung der Uigur\*innen gesellschaftlich relativ wenig Beachtung finde. Noch präsenter im islamistischen Diskurs ist nach Beobachtung der Befragten der Vergleich zwischen den Erfahrungen der als muslimisch wahrgenommenen Geflüchteten beispielsweise aus

## Entwicklungen und Trends

Syrien und der als christlich wahrgenommenen Geflüchteten aus der Ukraine (sechs Nennungen beziehen sich darauf). Die besonderen Rechte und schnell vorgenommenen Änderungen der Asyl-Regeln für Geflüchtete aus der Ukraine werden in islamistischen Ansprachen als ein besonderes Privileg gelesen, das muslimischen Geflüchteten in Vergangenheit und Gegenwart vorenthalten worden sei.

Am zweithäufigsten werden (oft pandemiebezogene) **Verschwörungserzählungen** als Narrative benannt, die von extremistischen Akteur\*innen verbreitet wurden (21 Nennungen). Verunsicherungen vieler Menschen bezüglich sozialer Einschränkungen und staatlicher Corona-Maßnahmen wurden demnach von extremistischen Akteur\*innen genutzt, um die demokratische Grundordnung infrage zu stellen. Die Verschwörungserzählungen sind in ihrer Ausprägung oft spezifisch. Viele Erklärungsmuster, die als Schuldzuweisung formuliert sind, weisen antisemitische Motive auf.

Genauso oft wurden **patriarchal-geprägte Familienkontexte**, Sexismus und damit einhergehende Phänomene wie Zwangsverheiratung, Kopftuchzwang, Homofeindlichkeit und restriktiver Umgang mit aktivem Sexleben benannt. Auch dieser Themenkomplex fand sich bereits in früheren Surveys, aber die Nennungen (21 Befragte) häufen sich in diesem Jahr besonders.

Weiterhin aktuell bleiben auch Bezüge zum Nahost-Konflikt (14 Nennungen) und zur Lebenslage muslimischer Menschen in ausländischen (Bürger-)Kriegsgebieten wie Syrien und Afghanistan (acht Nennungen). Außerdem spielten sozial- und ökonomisch-politische Faktoren für sieben Befragte eine Rolle. Schulische Konflikte (fünf Nennungen) und eine allgemeine Suche nach identitätsstiftenden Erlebnissen und Zusammenhängen wurden ebenfalls mehrmals erwähnt (vier Nennungen).

#### Rahmenbedingungen von Präventionsarbeit

Diskriminierungserfahrungen und Rassismus, insbesondere antimuslimischer Rassismus und die damit einhergehenden Ausgrenzungserfahrungen in Bildungskontexten sowie am Arbeitsplatz, werden von den befragten Praktiker\*innen als wesentliches Hindernis für ihre Präventionsarbeit gesehen. 33 Befragte bezogen sich darauf und erläuterten, dass die **Stigmatisierung von muslimischen Jugendlichen und des Islam** im Allgemeinen Zugänge zu den Zielgruppen ihrer Arbeit häufig und stark einschränkt. So werde etwa in der indizierten Prävention in Haftkontexten bereits jegliche Zuwendung zur Religion von den Strafbediensteten als Bedrohung gelesen. Veränderungen gegenüber den Vorjahren sind hier nicht zu erkennen – Probleme mit gesellschaftlich verbreiteter Stigmatisierung und antimuslimischem Rassismus bestehen aus Sicht der Befragten fortdauernd. Weiterhin sind mangelnde **finanzielle, personelle und zeitliche Ressourcen** (31 Nennungen) sowie stark **polarisierte**

**gesellschaftliche Diskurse** (15 Nennungen) die am zweit- und dritthäufigsten genannten gesellschaftlichen oder politischen Hürden, die der präventiven Wirkung der Angebote der Befragten entgegenstehen. Drei Praktiker\*innen beschreiben, wie polarisierte Mediendebatten die fachliche Arbeit der Präventionslandschaft ebenfalls zur Zielscheibe von Stigmatisierung machen. Befristete Arbeitsverhältnisse, zeitliche und finanzielle Engpässe in Kombination mit diesem gesellschaftlichen Druck werden als Gründe für **Fachkräftemangel** in der Prävention benannt. In diesem Zusammenhang wurde mehrmals die Erwartung formuliert, dass sich KN:IX bei der Gestaltung des Demokratiefördergesetzes als **Interessenvertretung** für die Bedarfe der Präventionslandschaft positioniert (Es gibt sechs Hinweise auf diese gewünschte Rolle des Kompetenznetzwerkes.).

Einen Fachkräftemangel beobachten die Praktiker\*innen auch in Schulen und anderen Regelstrukturen wie Jugendamt und Schulsozialarbeit, was wiederum die Zusammenarbeit erschwere (Zwölf Befragte berichten davon.). Dies führe zur **Überforderung der Multiplikator\*innen** und dazu, dass aktiven Fachkräften immer seltener Kapazitäten zur Konfliktmediation zur Verfügung stünden. Mangelnde Personalkapazitäten hätten in den vergangenen zwei Jahren im Zuge der Pandemie die Situation zusätzlich erschwert (zwölf Nennungen) – nicht nur in den Partnerinstitutionen, sondern auch in den eigenen Teams.

Zudem weisen die Praktiker\*innen, wie auch schon in den vergangenen Jahren, auf die dringende Notwendigkeit hin, mehr **Medienkompetenzangebote** machen zu können, da sich die Zielgruppen immer mehr auf virtuelle Räume fokussierten (acht Nennungen). Die vielerorts in den Regelstrukturen mangelnde digitale Infrastruktur erschwere aber die Konzeption und Durchführung von entsprechenden Maßnahmen, die derzeit als besonders wichtig eingeschätzt werden.



## Einzelthemen 2022

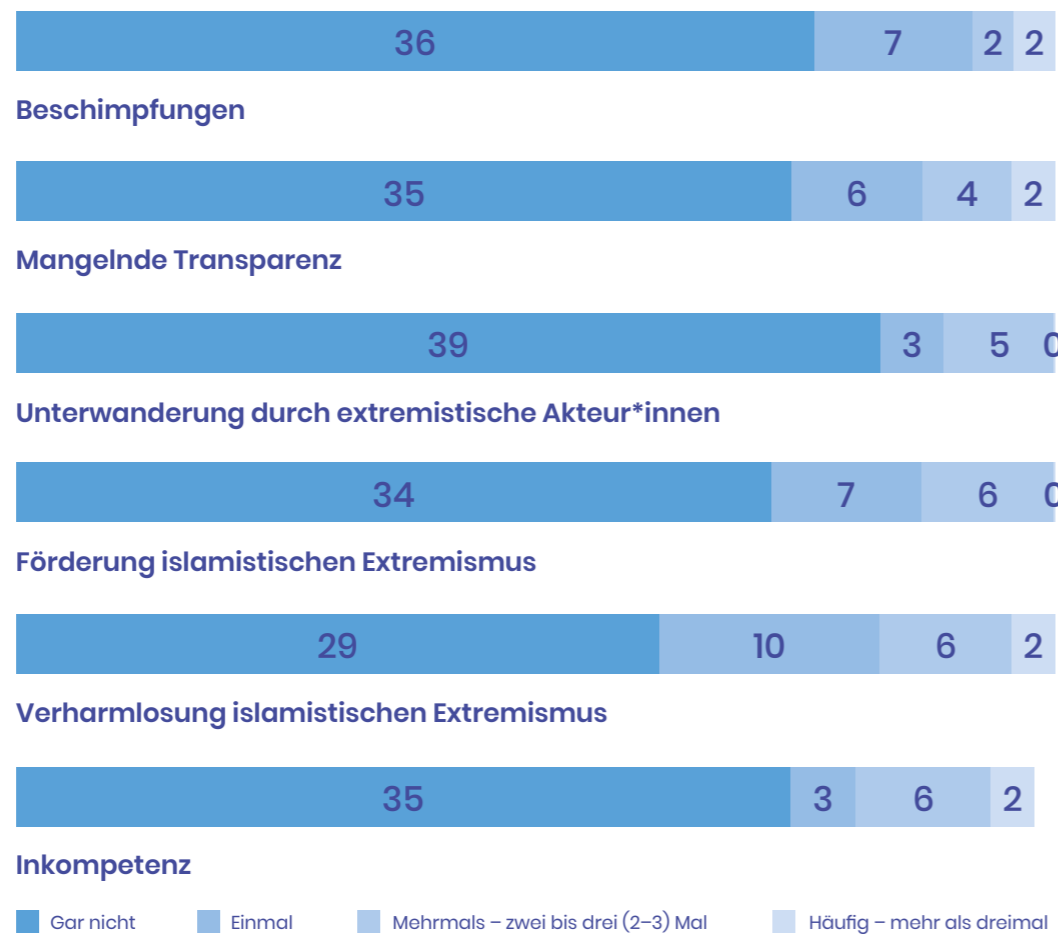
### 1. Anfeindungen gegen Mitarbeitende

Wie 2021 vertiefte die Online-Befragung auch in 2022 einzelne Themen, die sich in den Erhebungen der Jahre zuvor herauskristallisiert hatten, zu denen aber nur wenige Daten erhoben worden waren.

Da die Stigmatisierung der Arbeit im Bereich Extremismusprävention in mehreren Veranstaltungen vonseiten der Fachpraxis angesprochen und bereits in früheren Bedarfsabfragen formuliert wurde, untersuchte KN:IX in diesem Jahr vertieft die Ausprägungen und Motive hinter skeptischen bis hin zu feindlichen Haltungen gegenüber der Präventionsarbeit. In welchen Kontexten begegnen Praktiker\*innen Anfeindungen, und sind dabei wiederkehrende Muster zu erkennen?

Die Befragten hatten die Möglichkeit, ihre Erfahrungen mit Anfeindungen im öffentlichen Raum (auf den Träger und die Arbeit bezogen) und im privaten Kontext (auf Mitarbeitende außerhalb des Arbeitskontextes bezogen), zu benennen, ihre Häufigkeit zu quantifizieren und in Form offener Antworten Vermutungen anzustellen, vor welchen Hintergründen diese Anfeindungen stattgefunden haben.

Im vergangenen Jahr erlebte ich im Zusammenhang mit meiner Arbeit folgende Anfeindungen im öffentlichen Raum (auf den Träger und die Arbeit bezogen).

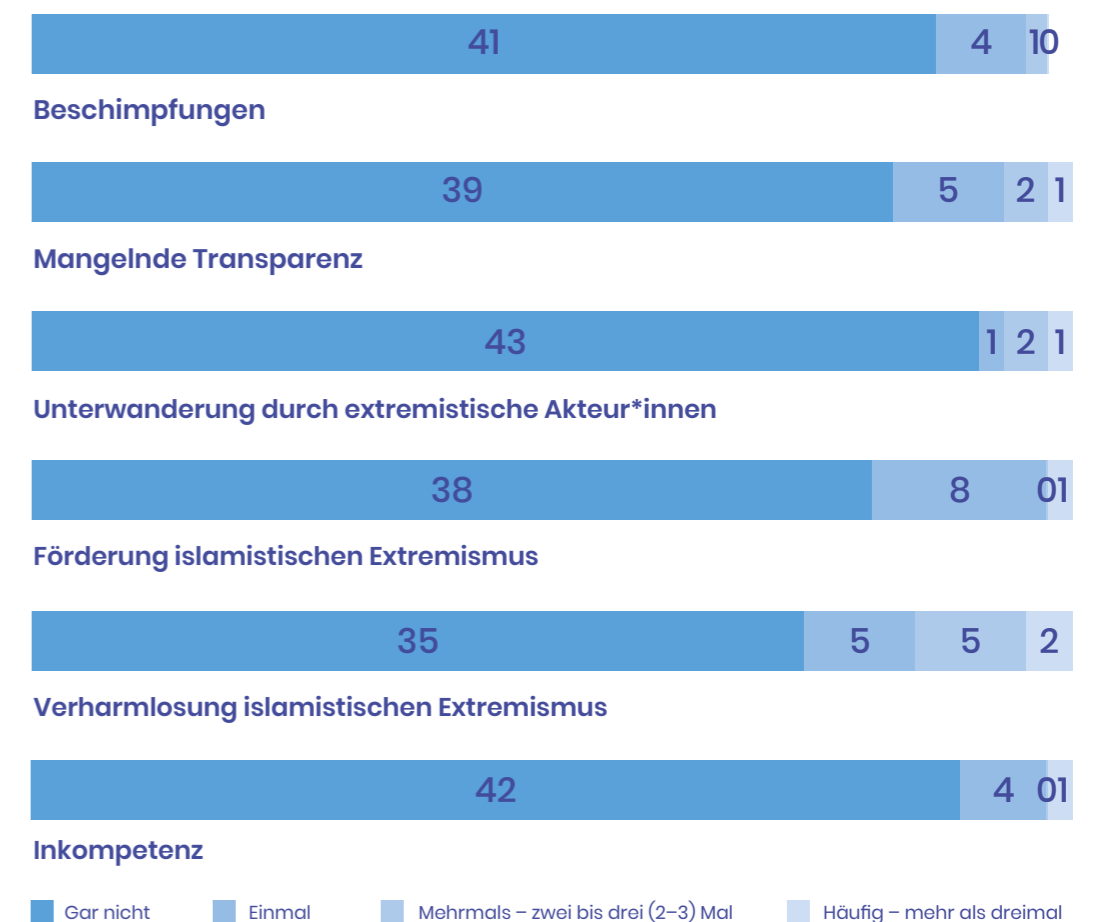


Die Grafik zeigt, dass Anfeindungen der Präventionspraxis **im öffentlichen Raum** vorkommen, aber nicht die Regel darstellen. Die große Mehrheit der Befragten hat im Jahr vor der Erhebung gar keine oder nur

selten Vorwürfe der Inkompetenz, der mangelnden Transparenz oder gar Beschimpfungen erlebt. Das gilt auch für Vorwürfe, den islamistischen Extremismus zu verharmlosen, zu fördern oder durch extremistische Akteur\*innen unterwandert zu sein. Besorgniserregend ist jedoch die Tatsache, dass einzelne Praktiker\*innen (zwischen vier und acht) angeben, alle abgefragten Angriffsformen mehrmals (zwei- bis dreimal) oder sogar häufig (mehr als dreimal) erlebt zu haben. Vorwürfe der Inkompetenz und Vorwürfe, islamistischen Extremismus zu verharmlosen, wurden dabei am häufigsten genannt. In den Kommentaren weisen zwei Betroffene darauf hin, dass ihnen vonseiten einzelner Vertreter\*innen von Sicherheitsbehörden Inkompetenz vorgeworfen wurde. Ein\*e Betroffene\*r präzisiert, dass die Vorwürfe sich stets an den Träger, nicht an Einzelpersonen richten. Eine\*r Betroffene\*r weist darauf hin, dass Anfeindungen im Besonderen gegen Projekte gerichtet waren, die in Sachsen und Thüringen verortet sind.

Im **privaten Raum** geben noch weniger Personen an, im vergangenen Jahr angefeindet worden zu sein. Auffällig ist hierbei, dass es sich bei Anfeindungen meist um Einzeläußerungen und Einzelfälle gehandelt habe und diese nur sehr selten mehrmals vorgekommen seien. Bei den vereinzelt Angriffen handelte es sich am häufigsten um den Vorwurf, islamistischen Extremismus zu fördern (acht Nennungen), ihn zu verharmlosen (fünf Nennungen) oder mangelnde Transparenz an den Tag zu legen (ebenfalls fünf Nennungen).

Im vergangenen Jahr erlebte ich im Zusammenhang mit meiner Arbeit folgende Anfeindungen im öffentlichen Raum (auf den Träger und die Arbeit bezogen).



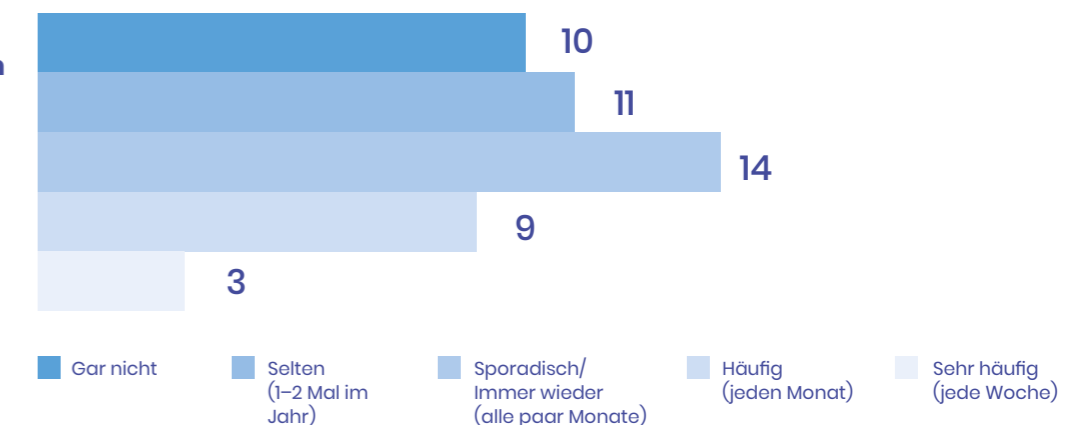
Im Rahmen von offenen Antworten konnten die Befragten auf gesellschaftliche, politische und mediale **Themen und Diskurse** hinweisen, in deren Rahmen die von ihnen erlebten Anfeindungen standen. In 25 Einzelantworten wurde auf eine Vielfalt von Themen verwiesen. In fünf Fällen sahen die Befragten eine Verbindung zwischen ihrer Arbeit zu antimuslimischem Rassismus und dem Vorwurf, Islamismus zu verharmlosen. Weitere zwei benannten eine ihnen begegnende Angst vor einer „Islamisierung der Gesellschaft“, eine Person erkannte hinter der Anfeindung den Wunsch des Gegenübers nach Begrenzung der Rolle von (muslimischer) Religion im öffentlichen Raum. Zweimal wurde direkt auf die Debatte um die sogenannte konfrontative Religionsausübung als Ausgangspunkt von Anfeindungen Bezug genommen. Eine weitere Person wies darauf hin, dass jegliche religiöse oder auf Religion bezogene Argumentation von manchen Gesprächspartner\*innen als Grund angeführt werde, religionssensible Präventionsarbeit anzuzweifeln. Jeweils zweimal wurden als Themen genannt: „Spannungsfeld zwischen Antisemitismus und antimuslimischem Rassismus“, „Generalverdacht gegen muslimische Menschen“ und „Anzweifeln der Wirksamkeit von Prävention als Maßnahme gegen Radikalisierung und Terrorismus“. Ebenfalls zweimal wurde auf Widerstand gegen ein mögliches Demokratiefördergesetz verwiesen. Eine befragte Person vermutete ein grundlegendes Misstrauen des Gegenübers an der NGO-Szene sowie den Wunsch, solche Organisationen nicht in Sicherheitskontexten, aber auch nicht in der Arbeit mit Geflüchteten repräsentiert zu sehen. Zwei Personen sahen rechtspopulistische und rechtsextremistische Einstellungen als Hintergrund erlebter Anfeindungen. Ebenfalls zwei Personen fühlten sich von religiösen Akteur\*innen angefeindet, die Präventionsakteur\*innen vorwarfen, eine eigene Ideologie zu verbreiten und einen „deutschen Islam“ statt des „wahren Islam“ etablieren zu wollen.

Diese Exploration zeigt, dass für einige Präventionsakteur\*innen Anfeindungen im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit eine bekannte Erscheinung sind. In den vergangenen Jahren blieben die Erwähnungen allgemein und bewegten sich zwischen drei und fünf Nennungen. Die hier präsentierte Vertiefung der Datenlage legt indes nahe, dass das Phänomen durchaus eine Rolle im Leben und Arbeiten einer größeren Zahl von Praktiker\*innen spielt, wenngleich nicht von einer „Welle der Ablehnung“ gesprochen werden kann. Anfeindungen äußern sich vielfältig und erfolgen im Kontext vieler aktueller gesellschaftlicher Debatten und Dynamiken. Dabei kann die Grenze zwischen legitimer Kritik und Diffamierung der Präventionsarbeit auf Grundlage der hier präsentierten Antworten nicht immer genau gezogen werden. Zum Thema wurde außerdem ein **Fokusgruppengespräch** organisiert (s.S. 27f.), um auch qualitativ weitere Informationen zu sammeln.

## 2. Familie, Elternschaft, Kindeswohl in der Prävention

Der Themenkomplex Familie, Elternschaft und Kindeswohl wird von Akteur\*innen der Präventionsarbeit oft als wichtiger Baustein zur Stabilisierung der Situation von Zielgruppenangehörigen genannt. Er spielt besonders in der selektiven und indizierten Prävention eine wichtige Rolle, wirkt aber auch in die Universalprävention hinein, etwa wenn Jugendliche und ihre Bezugspersonen im Multiplikator\*innenkreis im Zentrum von Maßnahmen stehen.

Wie oft wurden Sie im letzten Jahr im Rahmen Ihrer Arbeit mit Fragen des Kindeswohls und der Kinderbetreuung konfrontiert?



Die vertiefende Befragung zeigt, dass lediglich zehn Befragte im vergangenen Jahr gar nicht mit Fragen des Kindeswohls und der Kinderbetreuung konfrontiert waren. Während elf weitere Befragte selten (ein bis zwei Mal im Jahr) dazu arbeiten, gibt rund die Hälfte der Befragten an (26 Personen), dass sie alle paar Monate bis sehr häufig (jede Woche) damit konfrontiert seien.

Die 34 offenen Antworten auf die Frage „**Welche unterstützenden Leistungen bieten Sie im Zusammenhang von Familie, Elternschaft, Kindeswohl an?**“ gewähren Einblick in die Arbeitsschwerpunkte der diesbezüglichen Fachpraxis. 15 Befragte bieten selbst Beratung an. Dabei geht es um spezifische Einschätzungen zu Kindeswohlgefährdungen im Rahmen religiös-rigoristischer Erziehungsstile sowie zur Resilienzstärkung von Kindern mit verschwörungsgläubigen Elternteilen, aber auch um Themen wie Zwangsverheiratung, Empfängnisverhütung, Umgang mit ungewollten Schwangerschaften, Gewalt in der Familie, Moderation familiärer und generationeller Konflikte, therapeutische Angebote und Traumabewältigung. Zielgruppen von Beratungen waren radikalierungsgefährdete Klient\*innen mit Kindern, Kinder und Jugendliche selbst, vorwiegend aber auch Familienangehörige ebenso wie das soziale und schulische Umfeld von Klient\*innen. Auch Fachkräfte der Extremismusprävention ließen sich von Kolleg\*innen beraten und nahmen entsprechende Angebote wahr – denn das Thema erfordere, so die Befragten, einen besonders sensiblen und multiperspektivischen Blick. Eltern werden sowohl individuell als auch in Gruppen eingebunden, nicht nur in der selektiven, sondern auch im Rahmen der

Universalprävention. Hier richten sich Gruppenveranstaltungen an Eltern, die so die Möglichkeit bekommen, im geschützten Raum über Werte und Erziehungsstile zu sprechen.

Eine wichtige Rolle spielt im Themenfeld Familie und Kinder auch die Vermittlung an die am besten geeignete Beratungsstelle (neun Nennungen). Dabei werden sowohl Mitarbeitende von Jugendämtern und Einrichtungen der Jugendhilfe an weitere Organisationen mit engem Fokus auf das zu bearbeitende Thema vermittelt als auch – je nach Bedarf – Ratsuchende an das Jugendamt oder die Kinderschutzbeauftragten des Allgemeinen Sozialen Dienstes verwiesen. Vor diesem Hintergrund existieren **Austausch, Vernetzung und Kooperationen** zwischen Präventionsakteur\*innen und Kindertageseinrichtungen, Schulen, der Kinder- und Jugendhilfe, dem Jugendamt und Sozialarbeiter\*innen in allen Regelstrukturen wie der Schulsozialarbeit, Psychosozialen Diensten und Beratungslehrer\*innen-Netzwerken.

**Weitere Partner\*innen**, die als wichtige Ressourcen der Präventionsarbeit im Rahmen von Familie und Kindern benannt wurden und an die sich die Praktiker\*innen bei Bedarf wenden, sind: andere zivilgesellschaftliche Organisationen, die eine spezifische Expertise aufweisen (zwölf einzelne Nennungen); religiöse Einrichtungen (drei Nennungen); in der indizierte Prävention Strafvollzugsbeamt\*innen und Bewährungshelfer\*innen (zwei Nennungen); Universitäten und Hochschulen (zwei Nennungen) sowie private Einrichtungen wie Nachhilfeinstitute, Versicherungsinstitute, medizinische Dienste oder Dienstleister, die für das Umfeld der Betroffenen wichtig sind (zwei Nennungen).

Die Skizzierung dieses umfassenden Hilfsnetzwerkes soll die Komplexität von Interventionen im Feld von Familie und Kindern illustrieren. Neue Konzepte und Ansätze sollten diese Institutionen und ihre unterschiedlichen Expertisen früh in ihre Überlegungen einbinden – etwa in Form von Workshops und Konzeptwerkstätten.

Abschließend wurden die Erfahrungen der Teilnehmer\*innen an Veranstaltungen und Nutzer\*innen von Angeboten des Kompetenznetzwerks KN:IX erhoben und die Entwicklungen im Vergleich zum Jahr 2021 diskutiert.

### 3. Erfahrungen mit KN:IX und Fortbildungsbedarfe

#### Erfahrungen mit dem Kompetenznetzwerk KN:IX im Jahr 2021



Ich bin zufrieden mit der Arbeit von KN:IX.



Die Angebote von KN:IX sind für meine praktische Arbeit hilfreich.

#### Erfahrungen mit dem Kompetenznetzwerk KN:IX im Jahr 2022



KN:IX leistet einen wichtigen Beitrag dazu, den Phänomenbereich „Islamistischer Extremismus“ weiterzuentwickeln.



Ich könnte in wenigen Sätzen beschreiben, welche Arbeit KN:IX leistet.



Ich habe bereits an Veranstaltungen teilgenommen, die durch KN:IX organisiert wurden.



KN:IX ist in meinem Umfeld ein bekannter Akteur.



Ich kannte KN:IX schon, bevor ich diese Umfrage ausgefüllt habe.

■ Trifft voll zu ■ Trifft eher zu ■ Trifft nicht zu ■ Trifft überhaupt nicht zu



Ich bin zufrieden mit der Arbeit von KN:IX.



Die Angebote von KN:IX sind für meine praktische Arbeit hilfreich.



KN:IX leistet einen wichtigen Beitrag dazu, den Phänomenbereich „Islamistischer Extremismus“ weiterzuentwickeln.



Ich könnte in wenigen Sätzen beschreiben, welche Arbeit KN:IX leistet.



Ich habe bereits an Veranstaltungen teilgenommen, die durch KN:IX organisiert wurden.



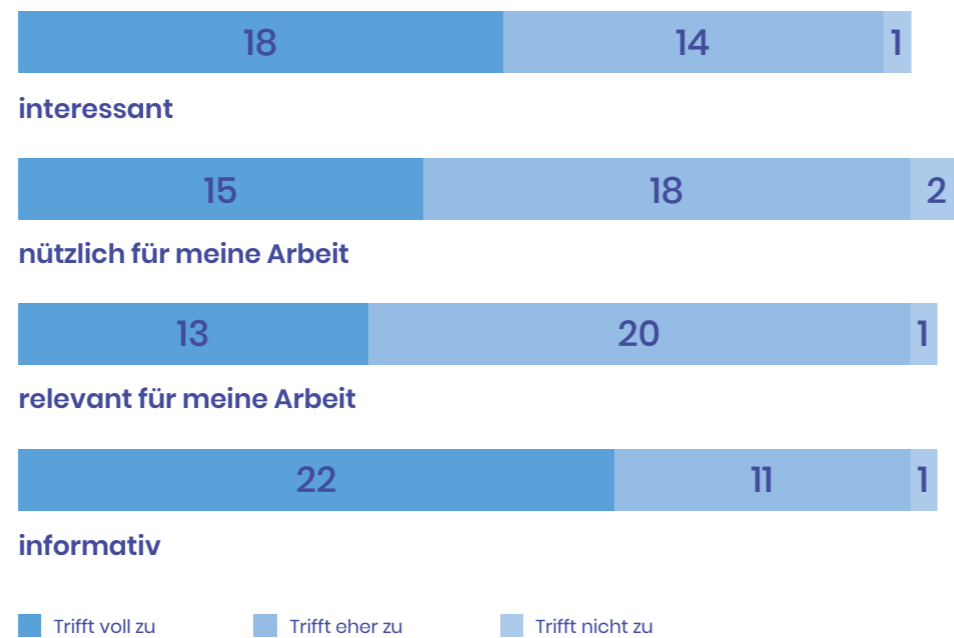
KN:IX ist in meinem Umfeld ein bekannter Akteur.



Ich kannte KN:IX schon, bevor ich diese Umfrage ausgefüllt habe.

Lediglich drei Personen gaben an, KN:IX erst im Kontext dieser Bedarfsabfrage kennengelernt zu haben. 41 Befragte kannten KN:IX bereits. 36 Befragte stimmten zu, dass KN:IX in ihrem Umfeld ein (eher) bekannter Akteur sei. Hier unterscheiden sich die Zahlen kaum vom vergangenen Jahr. 33 Personen gaben an, bereits an mindestens einer KN:IX-Veranstaltung teilgenommen zu haben. Das sind etwas mehr Personen als im zurückliegenden Jahr und anteilig eine deutliche Mehrheit unter den teilnehmenden Befragten – was neu ist. Mit 31 Personen könnte inzwischen auch eine klare Mehrheit in wenigen Sätzen beschreiben, welche Arbeit KN:IX leistet. 18 Befragte stimmten der Aussage voll zu, dass KN:IX einen wichtigen Beitrag dazu leiste, den Phänomenbereich „Islamistischer Extremismus“ weiterzuentwickeln, weitere 18 Personen stimmten dem eher zu, lediglich vier stimmten dem (eher) nicht zu. Diese Verteilung ist proportional vergleichbar mit dem Jahr 2021, wobei die Anzahl derjenigen, die der Rolle von KN:IX keine besondere Wichtigkeit zurechnen, in absoluten Zahlen sinkt. 14 Befragte erkennen in den KN:IX-Angeboten einen klaren Nutzen für ihre praktische Arbeit. 23 Personen stimmen eher zu, dass diese Angebote hilfreich für ihre praktische Arbeit seien. Entsprechend sind 36 Personen mit der Arbeit von KN:IX (eher) zufrieden.

**Ich habe bereits  
Publikationen von KN:IX  
gelesen und fand sie**



In diesem Jahr wurden die Befragten gebeten, insbesondere ihre Erfahrungen mit KN:IX-Publikationen zu bewerten. Diese sind sehr positiv: Von den insgesamt 58 Befragten haben 46 angegeben, bereits Publikationen von KN:IX gelesen zu haben. Unter ihnen haben 35 eindeutige Bewertungen abgegeben. Die Antwortoption „keine Angabe“ wurde von elf Personen, die Option „interessant“ von zwölf Personen gewählt. Unter denjenigen, die eine Einschätzung abgegeben haben, bezeichnen 33 Personen die Publikationen vor allem als (eher) „informativ“ und 32 als

(eher) „interessant“. Die KN:IX-Publikationen wurden ebenfalls mehrheitlich als „nützlich“ und „relevant“ für die Arbeit der Befragten angesehen.

Ein wichtiger Auftrag des Netzwerks besteht darin, in Publikationen, Veranstaltungen und Fortbildungsformaten aktuelle Themen aufzugreifen und den Transfer zwischen Wissenschaft und Praxis zu fördern. Die Befragten konnten dazu in offenen Antworten **Themen, Theorien oder Instrumente** nennen, zu denen sie sich **Fortbildungsangebote** wünschen. Genannt wurden zum Teil Themen, die bereits in den vergangenen Jahren im Rahmen von Fachtagungen, Workshops und Konzeptwerkstätten intensiv bearbeitet wurden – wie etwa der Umgang mit antimuslimischem Rassismus (fünf Nennungen), pädagogische Konzepte für die Schule, die psychologische Ergründung der Ursachen von Radikalisierungsprozessen oder der Themenkomplex „Trauma und Radikalisierung“. Mehrfach benannt (vier Nennungen) wurde das Themenfeld digitale Methoden, digitale Gegenarrative sowie Medienkompetenz (vor allem soziale Medien) und Online-Beratung (vor allem in der selektiven und indizierten Prävention). Hier setzt sich eine bereits beobachtete und beschriebene Entwicklung fort, die offenbar Jahr für Jahr stärker in den Fokus der Befragten rückt. Am häufigsten genanntes Fortbildungsthema bleibt gleichwohl der Umgang mit antimuslimischem Rassismus (fünf Nennungen). Mehrfach genannt wurden zudem sozialpsychologische Konzepte (drei konkrete Nennungen).

Aufschluss geben aber auch die seltener bzw. einzeln erfolgten Nennungen: Ultrationalismus, Antifeminismus und Sexismus, Homofeindlichkeit, Nahost-Konflikt und diskriminierungssensible pädagogische Konzepte mit dem spezifischen Fokus auf Schulen kommen auf jeweils zwei Nennungen. Einzeln genannt wurden christlicher Fundamentalismus sowie Interessen an Methodik spezifischer Beratungsformen und Kompetenzen wie aktives Zuhören oder Rhetorik.

Die Befragten konnten dann frei Gruppen, Träger oder Institutionen definieren, mit denen sie sich in Zukunft mehr Austausch wünschen. **Träger- und disziplinübergreifender Austausch** mit Kolleg\*innen aus folgenden Disziplinen/Arbeitsfeldern soll demnach weiter gefördert werden: Sozialwissenschaftler\*innen (fünf Nennungen), Tätige im Bereich Rechtsextremismus (drei Nennungen), religiöse Vereine und Verbände sowie muslimische Gefängnisfürsorge (drei Nennungen), Psycholog\*innen und Psychotherapeut\*innen (drei Nennungen) sowie Zuständige für die Beurteilung von Kindeswohlgefährdung wie Jugendämter (drei Nennungen). Mehrere Nennungen (7) bezogen sich auf den Wunsch nach Austausch mit anderen Kolleg\*innen, die ebenfalls religiös-begründeten Extremismus behandeln, aber in jeweils anderen Präventionsebenen tätig sind: So wünschen sich Personen, die sich selbst eher im Bereich der Universalprävention verorten, mehr Austausch mit Praktiker\*innen



in der Ausstiegs- und Beratungsarbeit, während sich Kolleg\*innen aus dem Bereich selektiver und indizierter Arbeit mehr Kontakt etwa zu politischen Bildner\*innen wünschten.

## Schlaglichter aus der Befragung

- Antimuslimischer Rassismus und die Diskriminierungserfahrungen vor allem Jugendlicher und junger Menschen wurden auch in diesem Jahr von extremistischen Akteur\*innen aufgegriffen, um für extremistische Deutungen und Gruppierungen zu werben.
- Oft stellen extremistische Akteur\*innen dabei Bezüge zu den Leidenserfahrungen muslimischer Menschen im Ausland sowie zu aktuellen internationalen Krisen her. Dies galt etwa für die Verfolgung der Uigur\*innen in China, den Nahost-Konflikt, die Konflikte in Syrien und Afghanistan und den wahrgenommenen Unterschied zwischen der Behandlung von, wie es hieß, christlichen Geflüchteten aus der Ukraine und muslimischen Geflüchteten aus Nordafrika und Asien.
- Verschwörungsmymen, oft mit Bezug zur Covid-19-Pandemie und ihrer Bekämpfung, wurden auch von extremistischen Akteur\*innen verbreitet und wiesen oft antisemitische Muster auf.
- Die Fachpraxis weist erneut darauf hin, dass die Stigmatisierung in Deutschland lebender Muslim\*innen in Bildungs- und Arbeitskontexten die Zugänge erschwert und eine Hürde für die Praxis der Präventionsarbeit darstellt.
- Die knappe finanzielle, personelle und zeitliche Ausstattung bei einem gleichzeitig stark politisierten Diskurs um das Thema Extremismusprävention führt aus Sicht der Praktiker\*innen zu einem Fachkräftemangel und zu hoher personeller Fluktuation. Die Coronapandemie erschwerte diese Engpässe zusätzlich.
- Auch in Schulen und Regelstrukturen beobachten die befragten Praktiker\*innen einen Fachkräftemangel, der u. a. die Vernetzung erschwere und die Ergebnisse von Sensibilisierungsarbeit infrage stelle.
- Anfeindungen gegen Präventionsakteur\*innen, die zu religiös-begründetem Extremismus arbeiten, betreffen einen kleinen Teil der Praktiker\*innen regelmäßig. Dabei richten sich die Vorwürfe meist gegen Träger und deren Arbeit, seltener gegen einzelne Mitarbeitende. Inhalte der Anfeindungen sind: vermeintliche Inkompetenz und vermeintliche

Verharmlosung von islamistischem Extremismus. Verschärfend wirken hier Debatten um die Präsenz muslimischer Religiosität im öffentlichen Raum und um die Sinnhaftigkeit von Präventionspraxis überhaupt.

- Formate zur Förderung von Medienkompetenz (Schwerpunkt auf digitale Medien) spielen in der Präventionsarbeit eine zunehmend wichtige Rolle. Der Wirkung und Verbreitung dieser Formate steht die noch immer unzureichende Digitalisierung der schulischen Infrastruktur und der Regelstrukturen im Wege.
- Angebote zu Beratung, Vermittlung und Vernetzung im Themenfeld Familie und Kinder spielen eine wichtige Rolle in der aktuellen Präventionsarbeit. Dabei bezieht die Praxis Kooperationen mit Netzwerken vielfältiger Einrichtungen und Ansätze ein.
- Die Befragten wünschen sich präventionsebenen-übergreifende Fortbildungen zu diversen Themen. Konkret genannt wurden: Umgang mit antimuslimischem Rassismus, digitale Methoden, sozialpsychologische und psychologische Konzepte, Ultrationalismus, Antifeminismus und Sexismus, Homofeindlichkeit, Antisemitismus und Nahost-Konflikt, diskriminierungssensible schulische Konzepte, christlicher Fundamentalismus, Beratungskompetenzen wie aktives Zuhören und Rhetorik.
- Ein wachsender Anteil von erreichten Befragten besucht Veranstaltungen, die von KN:IX organisiert sind, und rezipiert KN:IX-Publikationsformate, die mehrheitlich als informativ, interessant und nützlich für die Arbeit eingeschätzt werden.



## Ergebnisse der KN:IX-Fokusgruppengespräche 2022 zu Themen, Trends und Bedarfen in der Islamismusprävention

### Fokusgruppengespräche zur universellen Prävention

Rüdiger José Hamm/Axel Schurbohm (BAG RelEx)

#### 1. Diskussion des Demokratiefördergesetzes

Neben der Online-Umfrage organisierte KN:IX auch regelmäßige **Fokusgruppengespräche**. Sie ermöglichen es, in vertraulicher und heterogener Zusammensetzung ausgewählte Themen und alltägliche Herausforderungen der Präventionsarbeit intensiver zu diskutieren. Basierend darauf können existierende Angebote und Leistungen des Kompetenznetzwerks weiterentwickelt und neue bedarfsorientiert konzipiert werden. Die Gespräche in diesen Runden können unterschiedliche Formen annehmen, vom informellen Austausch bis hin zum gemeinsamen Brainstorming neuer Konzepte. Die dabei gesammelten qualitativen Daten werden ausgewertet und anonym wiedergegeben. In diesem Jahr nahmen insgesamt 56 Fachkräfte aus unterschiedlichen Feldern der Präventionsarbeit an vier Fokusgruppengesprächen zum **Demokratiefördergesetz**, zu **Angriffen auf die Zivilgesellschaft**, zu **Religion in der Beratungsarbeit** und zu **Antisemitismus in Distanzierungsprozessen** teil.

und sich in dieser Form an der Gestaltung des Gesetzes zu beteiligen.

Bei den zivilgesellschaftlichen Trägern der Extremismusprävention im Bereich Islamismus hat der Gesetzentwurf geteilte Reaktionen ausgelöst. Auf der einen Seite wurde die Initiative sowie die schnelle Umsetzung durch die neue Bundesregierung von allen Teilnehmer\*innen der Fokusgruppe als äußerst positiv wahrgenommen. Auf der anderen Seite wurde die Ausrichtung des Diskussionspapiers zum Gesetzentwurf auch kritisch betrachtet, und es wurden – aus Sicht der Teilnehmenden – notwendige Ergänzungen und Änderungen einzelner Aspekte diskutiert. So seien Formen einer Verstärkung von Projektförderungen, die für die beteiligten Akteur\*innen ein erhoffter Eckpfeiler des Gesetzes sein sollte, aus der Vorlage der beteiligten Ministerien nicht deutlich ersichtlich. Außerdem sei die schon in der Vergangenheit immer wieder Fragen aufwerfende Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern nicht ausreichend geklärt. Darüber hinaus merkten die Expert\*innen der zivilgesellschaftlichen Träger an, dass auch nach Verabschiedung eines Demokratiefördergesetzes und einer möglichen Ausdehnung der Förderperioden eine Förderung von Modellprojekten zur innovativen und offenen Entwicklung von neuen Ansätzen in der zivilgesellschaftlichen Präventionslandschaft möglich sein sollte.

Ein Demokratiefördergesetz stand bereits in der zurückliegenden Legislaturperiode kurz vor einer Verabschiedung. Die Parteien der großen Koalition konnten sich jedoch nicht auf einen abschließenden Entwurf einigen, sodass die neue Regierung das Vorhaben in den ersten Monaten ihrer Regierungszeit wieder aufgenommen hat. Am 4. Mai 2022 wurde ein durch das Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) sowie das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) durchgeführtes Beteiligungsverfahren beendet. Darin waren zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen aufgefordert, Stellungnahmen zu einem Diskussionspapier von BMFSFJ und BMI für ein Demokratiefördergesetz abzugeben

#### 2. Angriffe auf die Zivilgesellschaft

So sorgte der vorgelegte Entwurf bei vielen Teilnehmer\*innen zunächst für Ernüchterung, gleichwohl begrüßten alle die Möglichkeit zur Teilhabe am Beteiligungsverfahren, das insgesamt als Chance erachtet wurde, eigene Positionen und Perspektiven in die weitere Ausgestaltung des Gesetzes einbringen zu können. Damit einher ging der Wunsch, die Rollen und Formen, in denen zivilgesellschaftliche Träger im weiteren Ablauf eingebunden würden, transparenter zu gestalten – zumal eine Mitsprache der zivilgesellschaftlichen Praxis bei der Gestaltung des Gesetzes als unverzichtbar erachtet wurde. Die fachliche Expertise derer, die das Gesetz schlussendlich betrifft, müsse – so der Konsens – im weiteren Prozess fortgeführt werden. So bedürfe es aus Sicht der Beteiligten tiefergehender Auseinandersetzungen, die z.B. mögliche Änderungen des Zuwendungsrechts umfassten und fachliche Indikatoren der praktischen Arbeit stärker berücksichtigten. Die zivilgesellschaftlichen Träger stehen mit ihrer Expertise dazu bereit.

Immer wieder gibt es – öffentlich wie nicht-öffentlich geführte – autoritär, antipluralistisch und antimuslimisch gefärbte Angriffe auf zivilgesellschaftliche Träger der Radikalisierungsprävention im Bereich des religiös begründeten Extremismus. Diese Angriffe erscheinen häufig in populistischer und kampagnenhafter Manier und produzieren alarmistische Scheinfakten über ein angeblich unterschätztes Bedrohungsszenario bezüglich „des“ Islams und „der“ Muslim\*innen. Oft geht es dabei nicht um sachbezogene Kritik. So wird sowohl von politischer als auch von medialer Seite mitunter versucht, die Arbeit zivilgesellschaftlicher Organisationen in der Islamismusprävention zu diskreditieren, fundamental infrage zu stellen oder zu delegitimieren, indem in diffamierender Weise berichtet wird oder politische Forderungen erhoben werden, die das Vertrauen in die zivilgesellschaftliche Trägerlandschaft grundsätzlich in Zweifel ziehen.

Dabei hat sich der Ton der Angriffe nach Wahrnehmung der Teilnehmer\*innen am Fokusgruppengespräch in den vergangenen Jahren verschärft. Viele Träger der Radikalisierungsprävention sehen sich Vorwürfen ausgesetzt, die ihnen unterstellen, islamistische Radikalisierung nicht ernst zu nehmen, oder die ihnen gar eine Nähe zu islamistischen Organisationen andichten. Themen und Konflikte, die in Zusammenhang mit migrantisch und/oder muslimisch geprägten Milieus stehen (oder wie etwa Antisemitismus in diesem Kontext diskutiert werden), würden – so die Vorwürfe – verharmlost und Täter\*innen in Schutz genommen. Der auf diese Weise immer wieder öffentlich erzeugte Rechtfertigungsdruck sorgt dafür, dass die eigentliche Arbeit der Präventionsträger darunter leide und auch öffentlich nicht die Aufmerksamkeit erfahre, die sie verdiene und bräuchte. Die beständige Auseinandersetzung mit Angriffen auf ihre Integrität sorgt vielfach dafür, dass die Träger nur noch reagieren und sich verteidigen könnten, statt sich auf ihr eigentliches Themen- und Aufgabenfeld zu konzentrieren.

Um sich dieser Angriffe zu erwehren, haben die Träger unterschiedliche Strategien entwickelt. Vor allem brauche es aus ihrer Sicht eine starke Zivilgesellschaft, die bei Angriffen auch – über die Grenzen der jeweiligen Phänomen- und Themenbereiche hinweg – zusammenhält. Starke lokale, regionale und bundesweite Netzwerke werden von den Akteur\*innen ausnahmslos als unterstützend wahrgenommen und beschrieben. Darüber hinaus halten viele der Teilnehmer\*innen eine gute Vernetzung in die Politik für sinnvoll, zum Beispiel um Fragen, Missverständnisse oder Meinungsverschiedenheiten im persönlichen Kontakt sachlich und fachlich zu klären und um beidseitig Verständnis für die jeweilige Perspektive, Expertise und Zuständigkeit zu schaffen. Zudem wurde empfohlen, dauerhafte Kontakte zu Medienvertreter\*innen aufzubauen und aufrechtzuerhalten, um fehlerhafte, fachfremde und boulevardeske Berichterstattung möglichst zu vermeiden. Herausfordernd bei Etablierung und Unterhalt von Netzwerken mit Politik und Medien sei für viele zivilgesellschaftliche Organisationen jedoch, dass in den Projektförderungen für solche Netzwerkaktivitäten sowie für Öffentlichkeitsarbeit im weiteren Sinne gar keine oder nur teilweise entsprechende Mittel vorgesehen seien. Vor diesem Hintergrund betrachten viele Teilnehmer\*innen es auf Bundesebene als eine der Aufgaben der BAG RelEx, sich für solche Belange einzusetzen – und etwa Netzwerke mit Bundespolitiker\*innen, Medienvertreter\*innen und Bundesarbeitsgemeinschaften sowie Kompetenznetzwerken aus anderen Phänomenbereichen zu unterhalten.

## Fokusgruppengespräche zur selektiven und indizierten Prävention

Svetla Kaynova  
(Violence Prevention Network)

### 1. Die Rolle von Religion in der Beratungspraxis

Im Mittelpunkt der diesjährigen Fokusgruppengespräche im Bereich der selektiven und indizierten Prävention standen die Bedarfe und Handlungsansätze zu den Themen „Die Rolle der Religion in der Beratungspraxis“ (28.6.2022) und „Antisemitismus in der Distanzierungsarbeit“ (30.6.2022). Die so gesammelten Daten wurden durch drei zusätzliche Online-Expert\*inneninterviews ergänzt.

Grundsätzlich hielten alle Expert\*innen das Aufgreifen religiöser Themen in Beratungskontexten für eine geeignete Herangehensweise, um Zielgruppen besser kennenzulernen und deren Prioritäten aufzugreifen.<sup>1</sup> Als **Grundvoraussetzung**, Glaube, Religion und Religiosität in Beratungskontexten behandeln zu können, betonten die Teilnehmer\*innen ein stabiles Vertrauensverhältnis zwischen den Klient\*innen und den Beratenden sowie deren Institution. Dazu gehöre auch die Sicherstellung des Datenschutzes und die persönliche Verantwortung der Beratenden gegenüber den Klient\*innen. Unter anderem seien dies die Voraussetzungen, um eine Auseinandersetzung mit Religion zu ermöglichen, die ja nicht selten sehr persönliche Lebensbereiche der Klient\*innen betrafen.

Grundsätzlich hielten alle Expert\*innen das Aufgreifen religiöser Themen in Beratungskontexten für eine geeignete Herangehensweise, um Zielgruppen besser kennenzulernen und deren Prioritäten aufzugreifen.<sup>1</sup> Als **Grundvoraussetzung**, Glaube, Religion und Religiosität in Beratungskontexten behandeln zu können, betonten die Teilnehmer\*innen ein stabiles Vertrauensverhältnis zwischen den Klient\*innen und den Beratenden sowie deren Institution. Dazu gehöre auch die Sicherstellung des Datenschutzes und die persönliche Verantwortung der Beratenden gegenüber den Klient\*innen. Unter anderem seien dies die Voraussetzungen, um eine Auseinandersetzung mit Religion zu ermöglichen, die ja nicht selten sehr persönliche Lebensbereiche der Klient\*innen betrafen.

### Netzwerke, Kooperationen, Meetings

Dazu bedürfe es auch spezifischer **Vorbereitungen in den Teams**. Die Mitarbeiter\*innen müssten sich immer wieder gut auf die spezifischen Interessens- und Bedarfsfelder einzelner Klient\*innen vorbereiten. So wurde z. B. die Notwendigkeit guter Antworten und geeigneter Angebote unterstrichen, wenn Fragen zu Geschlechterrollen und emanzipatorischer Teilhabe aufgeworfen würden, weil hier viele Klient\*innen in ihren Suchprozessen auch Orientierung in der Religion finden. Gerade wenn in Kontexten von Schule, Familie oder Beruf beraten wird, sei es dabei wichtig, die Zielvorstellung aller an einem Prozess Beteiligten abzustimmen und eine gemeinsame Basis für einen respektvollen und religionssensiblen Ansatz zu finden. Dazu betonten die Expert\*innen, dass Religion grundsätzlich nicht als Problem oder Defizit aufgefasst werden solle, sondern als Ressource etwa in Bezug auf Bindung und Gemeinschaft.

Möglicherweise seien einzelne Teammitglieder aufgrund ihrer eigenen Biografien und Sozialisationen nicht geeignet, Einzelberatungen anzubieten, in denen die Religiosität der Klient\*innen im Mittelpunkt steht. In solchen Fällen könnten andere Teammitglieder hinzugezogen werden, weshalb die Diversität eines jeden Teams von besonderer Wichtigkeit sei. Jede Person solle dazu aus ihrer Perspektive offen mit ihrer Einstellung zu Religion auftreten – und gegebenenfalls auch die persönliche Haltung erläutern. Hier sei zunächst ein authentisches, nicht bewertendes Interesse wichtig. So sollten auch Expert\*innen mit theologischen Vorkenntnissen Neugier zeigen und das Gegenüber nach dessen Deutungen und Wertevorstellungen fragen. Dabei könnte – wenn die Klient\*innen Interesse daran zeigen – die eigene Biografie ein wichtiger Zugang sein. Vor allem müsse sich das Gegenüber wahrgenommen und akzeptiert fühlen, damit ein Austausch über religiöse Fragen gelingen könne, um im Weiteren zu einem Gespräch über allgemeine Bedürfnisse und Weltanschauungsfragen überzugehen. Weiterhin betonten die Expert\*innen, dass Wissen zu Phänomenen wie Sexismus und Rassismus sowie allgemeine Diskriminierungssensibilität ebenfalls wichtige Voraussetzungen für Gespräche über Religion und Religiosität sein können.

Die Expert\*innen benannten Kooperationspartnerschaften mit Freizeitvereinen, Schulen, Nachhilfeinstituten, Jugendleiter\*innen, Sozialarbeiter\*innen und Kultureinrichtungen als besonders zielführend, um das Thema Religion gemeinsam mit Jugendlichen zu erschließen. Je nach Bedürfnis der Ratsuchenden würden die Träger der selektiven und indizierten Prävention Kooperationen mit unterschiedlichen Umfeldakteur\*innen eingehen. Kollegiale Fallberatung, Intervision und/oder regelmäßige Teammeetings, in denen Fragen zur Religion im Beratungskontext besprochen werden, ermöglichten es, Ressourcen in der eigenen Einrichtung besser zu nutzen. Dabei wurden eine gute Moderation und gegenseitige Wertschätzung von den Befragten als

<sup>1</sup> Am Gespräch zum Umgang mit Religion in Beratungskontexten nahmen sechs Expert\*innen aus fünf Bundesländern teil.

Voraussetzung benannt, um kontroverse Positionen oder Einschätzungen unter Kolleg\*innen verhandeln zu können. Regelmäßige Treffen zu den sich im Rahmen der Arbeit stellenden Herausforderungen könnten das Selbstwirksamkeitsempfinden der Beratenden wachsen lassen. Ebenfalls empfohlen wurden auch zum spezifischen Themenfeld von Religion und Religiosität regelmäßige und extern geleitete Fallsupervisionen, um die Sensibilität für den eigenen Background und die eigene Wahrnehmung zu schulen.

### Zieldefinition bei religionspezifischen Fragestellungen

Zur Behandlung religiöser Themen in der Beratungsarbeit bestehen bereits erprobte Ansätze, in deren Rahmen Klient\*innen und deren Umfeld in die Definition gemeinsamer Ziele eingebunden sind. Maßnahmen können in diesem Setting laufend angepasst werden, etwa wenn Klient\*innen Veränderungen in ihren religiösen Bedarfen erkennen lassen. Bei den meisten Rückkehrer\*innen aus Kriegsgebieten im Irak und in Syrien hätte, so die Expert\*innen, eine religiös-ideologische Überzeugung bereits hinter ihrer Radikalisierung und Ausreise gestanden. In Distanzierungsprozessen entstünden Irritationen dann, wenn z. B. die von der extremistischen Gemeinschaft angebotenen Bewertungsmaßstäbe und Deutungsrahmen dem Individuum nicht mehr kohärent erschienen.

Die Klient\*innen stellen in der Folge selbst einzelne Elemente der extremistischen Ideologie infrage. Die Religion des Islam könne dann zwar weiterhin einen orientierenden Rahmen bieten, bei der gemeinsamen Reflexion in der Beratungsarbeit könnten gleichwohl Alternativen aufgezeigt und das Bewusstsein für die persönliche Verantwortung der Klient\*innen bei ihrer Entscheidung für einen religiösen und philosophischen Rahmen ihrer Haltungen und Handlungen gestärkt werden. Im diagnostischen Prozess sollte daher aus Sicht der Teilnehmenden laufend reflektiert werden, was Auftrag der jeweiligen Beratung ist und welches die Ziele der Beratenden sowie der Klient\*innen sind.

### Tabus und Stigmata im Umgang mit Religion

Mehrere Befragte äußerten die Vermutung, dass viele Sozialarbeiter\*innen Religion weiterhin als Tabuthema behandelten. Ursächlich für ein solches Vermeidungsverhalten könnte vor allem eine fachliche Verunsicherung sein. Viele Fachkräfte in der Präventionsarbeit seien in erster Linie Pädagog\*innen und Sozialarbeiter\*innen und befürchten, ohne vertiefte theologische und religionssoziologische Vorkenntnisse gar nicht erst über Religion sprechen zu können. Zudem beschrieben Beratungsaufträge häufig allgemein lebensweltliche Zielstellungen, während Religion in den Augen der Mittelgeber\*innen nicht zum Hauptthema der Beratung werden dürfe. Dabei könne Religion aus Sicht der Befragten eine Ressource sein, die zur Stabilisierung der Klient\*innen beiträgt.

Ein weiteres Problem, das sich mit dem Thema Religion in Beratungskontexten stellt, ist die Stigmatisierung von Islam und Muslim\*innen. So

wird nicht nur in rechtspopulistischen Diskursen bereits die Hinwendung zum Islam als Problem und möglicher erster Schritt zur Radikalisierung betrachtet. Vor diesem Hintergrund könne, so die Expert\*innen, allein das Thematisieren von Glaubensvorstellungen im Rahmen der selektiven Arbeit bei Klient\*innen bereits die Befürchtung auslösen, als Extremist\*innen wahrgenommen zu werden. Viele Gläubige berichteten zudem von einem Dilemma: nämlich dem Wunsch einerseits als Gläubige wahrgenommen zu werden, andererseits jedoch nicht allein darüber definiert werden zu wollen. Im Zuge von Gesprächen zu Religion und Religiosität spielt zudem die Verwendung unterschiedlicher Begrifflichkeiten eine Rolle, ebenso wie das Anliegen Gläubiger, dass ihr Umfeld die Besonderheiten ihrer individuellen Glaubenssätze wahrnehme, ohne sie jedoch in eine vermittelnde und erklärende Rolle zu drängen.

So berichteten Berater\*innen, dass Klient\*innen zu Beginn der Gespräche oft eine defensive Haltung einnehmen, wenn theologische Themen aufkämen, in der Erwartung, dass der\*die Berater\*in kein Verständnis für Religion hätte. Tatsächlich berichteten Expert\*innen von ihrer Erfahrung, dass Religiosität in Deutschland häufig skeptisch oder negativ betrachtet würde, was in besonderem Maße für den Islam gelte, der oft mit Salafismus bzw. Neosalafismus gleichgesetzt werde. Im Gespräch sei es daher wichtig, frühzeitig Vertrauen herzustellen und den Rahmen abzustecken. Hilfreich sei es trotz unterschiedlicher Wissensbestände zur Religion auch, wenn Beratende den Klient\*innen zunächst offene Fragen zu deren Glaubensvorstellungen stellten, um Interesse zu zeigen und Wertschätzung zum Ausdruck zu bringen. Dennoch versperrten Alltagserfahrungen von Klient\*innen mit Diskriminierung, Ausschluss und Rassismus im Gespräch regelmäßig Zugänge. Darauf müssten sich Beratende gefasst machen und vorbereiten.

In diesem Zusammenhang könne auch das **Framing als Präventionsarbeit** gegen Extremismus niedrigschwellige Zugänge erschweren. Zumindest Teilbereiche selektiver Prävention ließen sich – so lauteten Vorschläge – alternativ und vermittelnd als „muslimische Lebensberatung“ oder „Behandlung von Glaubensüberzeugungen“ benennen.

**Berater\*innen, die als gläubige Muslim\*innen auftreten** und z. B. als Frau ein Kopftuch tragen, berichteten zudem, dass sie im Team unter den Verdacht fehlender Neutralität gerieten; oder nur zu religionsbezogenen Beratungen hinzugezogen werden, weil ihnen ausschließlich in diesem Themenkomplex Kompetenz zugeschrieben würde.

Generell hielten die Berater\*innen fest, dass die Sensibilität in der Gesellschaft für Skepsis und Ablehnung von Religion und für antimuslimischen Rassismus zugenommen habe. Das führe aber nach Schilderung einzelner Teilnehmer\*innen manchmal auch dazu, dass **Lehrkräfte**



**davor scheuten**, religionsspezifische Konflikte zu moderieren. Auch wenn es sich nicht um extremismusrelevante Themen handle, hätten viele Angst, diskriminierend zu agieren. Eine direkte Einbindung von Präventionsakteur\*innen, denen Lehrkräfte die aus ihrer Sicht notwendige Expertise zuschrieben, könne in der Folge aber – so die Befürchtung – stigmatisierend wahrgenommen werden und entsprechende Reaktionen bei der jugendlichen Gruppe auslösen.

Gute Erfahrungen haben einige Expert\*innen in **Haftanstalten** gemacht. Hier könne gemeinsam mit JVA-Beamte\*innen, Klient\*innen und Mittelgeber\*innen das Verständnis dafür geschärft werden, dass Religiosität zur Arbeit mit Klient\*innen gehöre. Außerdem konnte vermittelt werden, dass es auch bei Menschen, die rigoristischen Lesarten der Religion anhängen, Abstufungen zwischen gewaltbereiten und gewaltablehnenden Extremist\*innen sowie lediglich streng gläubigen Insass\*innen gebe. Innerhalb der Fallarbeit gehe es nicht darum, Klient\*innen von der Religion abzubringen, sondern sie in die Lage zu versetzen, das Leben außerhalb der Haft in einer freiheitlich-demokratischen Gemeinschaft bewältigen zu können. Religiosität, da sind sich die Beratenden einig, kann dabei eine wichtige Ressource sein.

#### Abgrenzung von familiären Mustern und eigene Elternschaft

Nicht selten versuchen junge Menschen, sich von traditionellen Lebenskonzepten ihrer Herkunftsfamilien abzugrenzen, was mitunter in Prozesse der Hinwendung zu extremistischen Positionen und Organisationen münden kann. Die Familie, so die Expert\*innen, könne in Beratungsprozessen dementsprechend sowohl eine Ressource sein als auch destabilisierend wirken oder sogar ein zusätzliches Risiko für eine Radikalisierung darstellen. Zur biografischen Klärung solcher Konstellationen und Dynamiken gehörten in der Beratungsarbeit die Familienaufarbeitung, z.B. per Genogramm. Für Klient\*innen sei es oft eine neue Erfahrung, ihr Leben und die Herkunftsfamilie als System zu reflektieren und sich selbst darin zu verorten. Ein Sekundärziel von Beratung sei es dann, Entlastung von Konflikten zu ermöglichen und gleichzeitig die Fähigkeit zu fördern, im familiären Kontext Verantwortung für Beziehungen und Entwicklungen zu übernehmen.

Wenn ein\*e Klient\*in religiös sei und die Familienmitglieder seine\*ihre spezifische Orientierung nicht teilten, entstünden häufig Konflikte. Solche Vorbehalte gegenüber religiösen Einstellungen erschweren in der Folge die Beratungsarbeit, z.B. mit Eltern von Klient\*innen. Gleichwohl sei die Familie mit ihrem vertrauten Rahmen häufig ein wichtiger Bezugspunkt für die Klient\*innen. Die Überforderung von Eltern solle daher ernst genommen und es solle Raum angeboten werden, damit sich auch das familiäre Umfeld mit seiner Rolle auseinandersetzen könne: „Was habe ich bislang mitgegeben?“, „Wie war meine Erziehung?“ oder „Was habe ich religiös mitgegeben?“. Wenn die Berater\*innen mit Personen arbeiten,

die – was etwa auch bei vielen Konvertit\*innen der Fall sei – konservativer oder religiöser als ihre Eltern seien, stellten sie oft fest, dass die Entwicklung ihrer Kinder bei Eltern Verlustängste wecken kann: die Annahme, das Kind „verloren“ zu haben. Beratungsarbeit könne hier anknüpfen und die Bindung zwischen den Familienmitgliedern ebenso fördern wie die Stabilität des Kindes oder der\*des Jugendlichen.

Zur Arbeit mit Klient\*innen, die selbst Eltern sind, berichteten die Befragten, dass im Kontext der Arbeit mit Rückkehrer\*innen die meisten Klient\*innen Kinder hätten, die aber häufig getrennt von den Eltern leben würden. In der Beschäftigung mit den Biografien der Klient\*innen stellten die Expert\*innen häufig fest, dass diese die Erziehungsstile ihrer Eltern reproduzierten. Immer wieder fänden unbewusste Spiegelungen des problematischen Verhaltens der Eltern statt. Oft hätte in der Vergangenheit dann auch die Identifikation mit islamistischen Szenen die Individuationsarbeit der Klient\*innen unterstützt, sodass diese Personen nun andere Möglichkeiten finden müssten, um ihre Elternrolle in Abgrenzung zu problematischen Familienverhältnissen und zu ihrer Einbindung in islamistische Milieus zu entwickeln.

#### Bedarfe

Die Expert\*innen identifizierten in den Gesprächen Fortbildungs- und konzeptionelle Bedarfe zu mehreren Themen im Kontext von Religion und Religiosität. So wünschten sich alle Praktiker\*innen mehr **Fortbildungen im Themenfeld Gender** bzw. Männlichkeits- und Weiblichkeitsvorstellungen, da vor allem jugendliche Klient\*innen in der Religion nach orientierenden Vorbildern suchten, anhand derer sie ihr geschlechtsspezifisches Verhalten ausbilden könnten. Der Bedarf nach Fortbildungen und Handlungsempfehlungen besteht hier in besonderer Weise auch deshalb, weil Antifeminismus und Frauenfeindlichkeit Brückennarrative unterschiedlicher extremistischer Strömungen darstellen.

Ein erster Austausch konnte im Fokusgruppengespräch zur Verbindung von **Psychotherapie und Sozialarbeit** angeregt werden. Systemische und psychodynamisch-analytische Ansätze in der Psychotherapie sähen das Thema Religion nicht unbedingt als inhaltlichen Schwerpunkt ihrer Arbeit, betrachteten jedoch die Funktionen von Religion im Leben von Klient\*innen. Manche Teilnehmer\*innen wünschten sich ein Forum, um vertieft über Erwartungen an und Funktionen von psychotherapeutischer Arbeit zu sprechen.

Auch die Verbindung zwischen **Religionssensibilität und Menschenrechtsbildung** wird aus Sicht mancher Befragter in der Sozialen Arbeit noch zu wenig gesehen. Schließlich könne im Kontext von Menschenrechtsbildung frei über die Rolle der Religion im privaten und öffentlichen Leben gesprochen werden, das Recht auf freie Religionsausübung könne hier ein wichtiger Eckpfeiler sein. Einzelne Beratende wünschen

sich hier Möglichkeiten zur konzeptionellen Arbeit, um Ansätze gestalten und diese in der Praxis fördern und verbreiten zu können.

Manche Expert\*innen planen verstärkt Fortbildungen für Multiplikator\*innen, in denen **Lebensrealitäten muslimischer Menschen** im Mittelpunkt stehen. Grund dafür: Diesbezügliche Fortbildungen von Multiplikator\*innen und Beratenden können die Religionssensibilität von Beratungsarbeit fördern und die religionssensible Netzwerkarbeit stärken. Von Präventionsakteur\*innen angebotene Fortbildungen könnten dabei Begriffe klären („Was heißt ‚haram‘?“, „Wie wird es in der Jugendsprache verwendet?“), Vorurteile abbauen und Offenheit für Religion und Religiosität fördern.

## 2. Antisemitismus in der Distanzierungsarbeit

Antisemitische Haltungen begegnen den Praktiker\*innen der selektiven und indizierten Prävention sowohl in Haft- als auch in Beratungskontexten außerhalb der Justizvollzugsanstalten.<sup>2</sup> Auffällig sei, dass antisemitische Aussagen oft in Gruppenkontexten getätigt würden. Sie können dabei als bewusste Provokationen gegenüber den Referent\*innen dienen, aber auch als Mittel, um innerhalb der Gruppe auf sich aufmerksam zu machen. Dies bewerteten die Beratenden als Hinweis darauf, dass antisemitische Aussagen in Beratungskonstellationen oft eine intersubjektive Funktion hätten, mit denen ein jeweils geeigneter Umgang gefunden werden müsse.

### Antisemitische Versatzstücke erkennen

Viele Teilnehmer\*innen berichteten, dass zunehmend Versatzstücke aus unterschiedlichen Antisemitismusphänomenen miteinander verknüpft und zu neuen gemischten Topoi umgewandelt würden. Die Präventionspraxis müsse auf diese unterschiedlichen Argumentationsmuster vorbereitet sein, um sie als Erscheinungsformen von Antisemitismus zunächst erkennen und dann bearbeiten zu können. Vermischt würden dabei Elemente aus bekannten Formen wie Antijudaismus, sekundärem Antisemitismus, islamistischem Antisemitismus, klassischem und modernem Antisemitismus sowie israelbezogenem oder linkem, globalisierungskritischem und kapitalismuskritischem Antisemitismus. Aus Sicht der Befragten gäbe es keine spezifischen antisemitischen Denkmuster, die allein dem islamistischen Extremismus zuzuordnen wären. Typisch für die Verbindung einzelner Motive seien vielmehr Verschwörungsfantasien, in denen z.B. extremistische Impfgegner\*innen Juden\*Jüdinnen mit autoritären Eliten verbinden und dabei tradierte Stereotype aufgreifen. Andere Bilder, wie beispielsweise Darstellungen von Juden\*Jüdinnen als Abbild des Teufels, fänden sich in Rap-Texten etwa von Kollegah

<sup>2</sup> Das Fokusgruppengespräch zum Thema „Antisemitismus in der Distanzierungsarbeit“ fand mit 17 Teilnehmer\*innen im Rahmen des KNIX-Qualifizierungslehrgangs „Antisemitismus“ statt. Ergänzend wurden drei Expert\*inneninterviews mit Fachkräften aus der selektiven Präventionsarbeit geführt.

und Farid Bang und stünden häufig im Kontext von Globalisierungs- und Kapitalismuskritik – inklusive „Rothschild-Verschwörungserzählungen“.

Als besonders verbreitet nehmen die Expert\*innen Formen des israelbezogenen Antisemitismus wahr. Unter anderem würden dabei jüdische Menschen mit dem Staat Israel gleichgesetzt, was häufig mit Holocaust-Relativierungen einhergehe, etwa wenn Menschenrechtsverletzungen an Palästinenser\*innen mit der Shoah verglichen und in der Folge Jüdinnen und Juden in Deutschland angegriffen oder bedroht würden. Daneben wurden Verhaltensweisen wie das medienwirksam inszenierte Verbrennen israelischer Fahnen oder die Verneinung des Existenzrechts des Staates Israel angesprochen – etwa durch die Nutzung von Landkarten ohne Israel. Übereinstimmend beobachteten die Expert\*innen, dass solche Positionen in großem Umfang in den Netzöffentlichkeiten anzutreffen seien, in denen sich viele der Klient\*innen bewegten.

### Herausforderungen

Bei der Begegnung mit antisemitischen Einstellungen besteht bei manchen Teilnehmer\*innen Unsicherheit, wenn es darum geht, tief verwurzelte und schwer zu durchdringende **Positionen und Verschwörungsmysmen zu entkräften**. Um einzelne Annahmen zu untermauern, die einer logischen Überprüfung nicht standhalten, suchten Klient\*innen häufig nach immer weiteren Erklärungen, wodurch das Konstrukt von Annahmen und Überzeugungen zu einem für Außenstehende nur schwer zu durchdringenden „Dickicht“ von Gedanken würde. Andere beobachteten eine Individualisierung der antisemitischen Narrative, bei denen einzelne Motive aus israelbezogenem Antisemitismus, globalisierungskritischem und religiös-begründetem (christlichem wie islamisiertem) Antisemitismus miteinander verknüpft würden, um persönliche Emotionen und subjektive Erfahrungen von Ungerechtigkeit einem Fremdeinfluss zuzuschreiben. Dabei sei interessant, dass rechtsextreme und islamistische Akteur\*innen Argumentationen teilweise voneinander übernahmen. Oft würden aus Sicht dieser Praktiker\*innen Argumente spontan ausprobiert, dann wieder verworfen und von neuen abgelöst, ohne dass diese aus einer ideologisch kohärenten Weltvorstellung abgeleitet würden. In diesem Kontext spielten beispielsweise von TikTok und Instagram übernommene Einzelargumente eine größere Rolle als ausformulierte Ideologien.

In vielen Fällen der im Rahmen selektiver und indizierter Präventionsarbeit geäußerten antisemitischen Haltungen stützen sich diese auf unterschiedliche **Emotionen**. Dabei spielten in manchen Fällen persönliche Tragödien und andere Traumata eine Rolle, die zu Wut und Trauer führten. Konfliktbeladene persönliche Beziehungen zu einzelnen Personen, die als jüdisch oder „jüdischer Herkunft“ gelesen würden, seien ein wiederkehrender Bestandteil von antisemitischen Erklärungsmustern.



Oft diene zudem der **Staat Israel als Feindbild**, der im Weiteren direkt mit Jüdischsein verknüpft würde und Anlass gebe, Israelis wie Jüdinnen\*Juden gleichermaßen kollektive Verantwortung zuzuschreiben. Bei Fachkräften herrsche mit Blick auf israelbezogenen Antisemitismus Unsicherheit und es fehle häufig an Hintergrundwissen, um menschenfeindliche und antisemitische Aussagen einschätzen, identifizieren und benennen zu können.

Auch in Bezug auf antisemitische Haltungen wiesen die Expert\*innen darauf hin, dass es in der Präventionsarbeit darum gehe, gemeinsam mit den Klient\*innen die **Motive und Bedürfnisse** herauszuarbeiten, die hinter den Äußerungen und Haltungen stehen. Hierfür sei es wichtig, Emotionen, Traumata und eingenommene ideologische Haltungen, die in einzelnen Fällen alle miteinander verbunden sein könnten, getrennt voneinander zu betrachten, um ihnen durch gezielte Maßnahmen einzeln begegnen zu können.

Dabei spiele die **intersubjektive Beziehung** in Beratungsprozessen und bei Gruppenveranstaltungen eine große Rolle. Personen, die antisemitische Haltungen äußerten, sei fast immer bewusst, dass sie provokant auftreten und beim Gegenüber eine starke Reaktion auslösen könnten. Daher sei es für Beratende wichtig, die eigene Beteiligung oder Betroffenheit zu berücksichtigen, sich aber nicht von ihr beherrschen zu lassen, sondern zu prüfen, was das Gegenüber auslösen wolle. Das stelle sie, so die Expert\*innen, regelmäßig vor große Herausforderungen.

Die Expert\*innen wiesen darauf hin, dass sich antisemitische Haltungen bei ihren Klient\*innen oft nicht erst mit dem Eintritt in die extremistische Szene entwickelten, sondern ihnen entsprechende Positionen und Denkmuster bereits aus ihrem Umfeld und der öffentlichen Diskussion bekannt seien. In Beratungsgesprächen sei die antisemitische Provokation für viele eine Strategie, die bewusst oder unbewusst verwendet werde, um ins Gespräch über den Nahost-Konflikt oder eigene Diskriminierungserfahrungen zu kommen. So gingen Klient\*innen häufig davon aus, dass Antisemitismus in Deutschland als besonders brisant wahrgenommen werde und eine antisemitische Aussage daher fast immer eine Reaktion des Gegenübers auslöse, die dann einen Raum eröffne, um ins Gespräch etwa über mangelnde Inklusion von Muslim\*innen sowie eigene sozial-ökonomische Missstände, Deprivations- und Diskriminierungserfahrungen zu kommen. Deprivationserfahrungen sollten aus Sicht der Expert\*innen nicht als Rechtfertigung für antisemitische Muster gelesen werden, sondern als Hintergrund der entwickelten Haltungen.

Angesichts der Vielschichtigkeit und Komplexität solcher Konstellationen sehen sich viele Praktiker\*innen überfordert, auf der individuellen Beziehungsebene mit ihnen umzugehen. Vor diesem Hintergrund

betonten einzelne Teilnehmer\*innen, dass Auseinandersetzungen mit Deprivationserfahrungen auch in Schule und Politik mehr Raum erhalten müssten, um einer emotionalen Instrumentalisierung von Ungerechtigkeitsnarrativen durch extremistische Akteur\*innen entgegenzuwirken.

## Bedarfe

Die Bedarfe der befragten Expert\*innen orientieren sich an den von ihnen beschriebenen Herausforderungen. Die Teilnehmer\*innen äußerten den Bedarf, sich mehr faktisches Wissen über den **Nahost-Konflikt und israelbezogenen Antisemitismus** anzueignen, um den Umgang mit entsprechenden Narrativen einüben zu können. Gleichermäßen wichtig sei es, **Gesprächsführungsstrategien** zu erproben (z. B. in Formaten mit Rollenspielen und Handlungsübungen), um eigene Emotionen und die des Gegenübers erkennen und mit ihnen umgehen zu können.

Besondere Zugänge zu jugendlichen Zielgruppen böten z. B. Diskussionen von Rap-Texten. Bereits jetzt spiele **Jugendkulturarbeit** in der selektiven Arbeit eine besondere Rolle – zum Beispiel zur Förderung von Empathiefähigkeit mit Musik- und Theatermethoden. Hier wünschten sich die Praktiker\*innen weitere Hintergrundinformationen und methodische Workshops zum Umgang mit problematischen Texten oder emotionalisierenden Videos in Gesprächssituationen.

Mehrere Befragte, die in Haftkontexten arbeiten, äußerten darüber hinaus den Bedarf nach mehr Raum zur **Reflexion der intersubjektiven Konstellation** in Begegnungen. Aus ihrer Sicht dürfe die Begegnung nicht zu einer seelsorgerischen Einheit werden, bei der ausschließlich pädagogisch und hierarchisch diskutiert werde. Vielmehr wünschten sich die Befragten, bewusst aus hierarchischen Strukturen in Begegnungssituationen ausbrechen zu können, um etwa Ambiguitätstoleranz und Empathiefähigkeit der Klient\*innen schulen und fördern zu können.

## Deprivations- erfahrungen sichtbar machen

## 03

## Schlaglichter 2022

## Phänomen- übergreifende Arbeit in der Extremismus- prävention

### Chancen und Grenzen eines „neuen“ Ansatzes

Rüdiger José Hamm und Axel  
Schurbohm (BAG RelEx)

Die Entwicklungen der vergangenen Jahre in den Bereichen Islamismus und Rechtsextremismus sowie Beobachtungen rund um die Proteste gegen die Coronamaßnahmen haben zum einen gezeigt, dass sich die Erscheinungsformen von Extremismen ausdifferenzieren, und zum anderen, dass Überschneidungen zwischen den einzelnen Phänomenen bestehen. Dies hat Anlass zu „neuen“ Überlegungen hinsichtlich der Präventionsangebote in Deutschland gegeben und die Diskussion über phänomenübergreifende Ansätze in der Präventionsarbeit (wieder) eröffnet. Es stellt sich also die Frage, ob diese Diskussionen bereits Einfluss auf die Arbeit und die Formate der zivilgesellschaftlichen Träger zur Prävention von Islamismus genommen haben: Gibt es bereits explizit phänomenübergreifend konzipierte Angebote? Welche Vorteile ergeben sich, und wo stößt man an Grenzen?

Anfang der 2000er Jahre galt islamistischer Extremismus in öffentlichen Diskursen als relativ neues Phänomen. In den Folgejahren kamen Debatten darüber auf, ob es neben Unterschieden auch Gemeinsamkeiten auf ideologischer und organisatorischer Ebene zwischen extremistischen Phänomenbereichen gibt. Diskutiert wurde und wird nach wie vor auch die Frage möglicher Wechselwirkungen zwischen unterschiedlichen Formen von Extremismus. Dabei stehen meist die Phänomene Rechtsextremismus und Islamismus im Mittelpunkt. Zudem machen die Entwicklungen seit Anfang der 2000er Jahre, aber auch die Anschläge der vergangenen Jahre sowohl aus dem islamistischen als auch aus dem rechtsextremen Spektrum deutlich, dass extremistische Milieus weiterhin ein Bedrohungspotenzial darstellen. Die Anschläge von Dresden, Wien, Nizza oder Halle und Hanau sowie der Mord an Walter Lübcke sind dabei nur Ausschnitte, die öffentlich zutage treten und verhandelt werden. Auch im Kontext von Protesten gegen staatliche Corona-

maßnahmen mit verschwörungsideologischen und demokratiefeindlichen Inhalten und Bestrebungen zeigte sich zuletzt eine Ausweitung extremistischer Radikalisierungen. Vor allem der vom Bundesamt für Verfassungsschutz in seinem aktuellen Bericht neu aufgenommene Phänomenbereich „Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“, der verfassungsfeindliche Coronaproteste und die Querdenken-Bewegung beschreiben soll, wirft erneut Fragen nach inhaltlichen Überschneidungen unterschiedlicher Extremismen auf.

Bisher wird den verschiedenen Phänomenen in der Regel durch spezifische Präventionsangebote begegnet. Diese Ausrichtung spiegelt sich sowohl in den Förderstrukturen als auch in den Inhalten bzw. der durch die Angebote angesprochenen Zielgruppen wider. In Ansätzen und Formaten der Primärprävention, die bereits phänomenübergreifend konzipiert sind und die Radikalisierung und Extremismus über die Grenzen der einzelnen Phänomene hinweg bearbeiten, wird diese Herangehensweise inzwischen zumindest teilweise infrage gestellt. Anders in der Tertiärprävention: Hier sind solche Entwicklungen in der Begegnung von Radikalisierung, Extremismus und Menschen- und Demokratiefeindlichkeit bisher nicht zu beobachten. Auf welche Unterschiede zwischen Primär- und Tertiärprävention weist das hin? Und wo stoßen phänomenübergreifende Ansätze in beiden Bereichen an Grenzen?

Angesichts des Aufkommens neuartiger Erscheinungsformen von Extremismus stellt sich schließlich auch die Frage, inwiefern Präventionsangebote mit klarem phänomenspezifischem Zuschnitt auch im Kontext

zivilgesellschaftlicher Demokratieförderung und Radikalisierungsprävention durch phänomenübergreifende Ansätze ergänzt werden sollten. Diese Diskussion findet unter dem Schlagwort „phänomenübergreifende Arbeit“ statt, wobei wichtig ist zu beachten, ob jeweils von übergreifender Arbeit im Sinne von Extremismusphänomenen (also z.B. Links-, Rechts- und islamistischer Extremismus) die Rede ist oder ob menschen- und demokratiefeindliche Ideologien (z.B. Antisemitismus, antimuslimischer Rassismus, Queerfeindlichkeit, Sexismus) gemeint sind. Schließlich kommen letztere Phänomene nicht nur in extremistischen Kreisen vor, sondern sind gesamtgesellschaftlich verankert.

Im Folgenden wird zunächst die Aufstellung der Präventionslandschaft im Bereich des religiös begründeten Extremismus skizziert, um anschließend darstellen zu können, wie phänomenspezifische und phänomenübergreifende Ansätze in der Primär- und der Tertiärprävention bereits umgesetzt werden. Danach werden in einem Fazit Implikationen für die Praxis erörtert, um abschließend die Frage nach Chancen und Grenzen phänomenübergreifender Arbeit beantworten zu können.

### Die Präventionslandschaft im Bereich religiös begründeter Extremismus

Die Präventionslandschaft im Bereich des religiös begründeten Extremismus ist im gesamten Bundesgebiet sehr divers aufgestellt. Auch bedingt durch die föderale Organisation der Bundesrepublik und die damit einhergehenden unterschiedlichen Förderstrukturen hat sich eine große Vielfalt von erfolgreichen Ansätzen in der Primär- und Tertiärprävention entwickelt. Gleiches gilt für die Zusammensetzung der Teams der im Arbeitsfeld tätigen Träger. Von Beginn an wurde bei der Zusammenstellung in einer Vielzahl der Organisationen Wert auf Multiprofessionalität gelegt. So finden sich in den Projekten der Islamismusprävention u.a. Sozialarbeiter\*innen, Pädagog\*innen, Psycholog\*innen, Islamwissenschaftler\*innen, islamische Theolog\*innen, Politikwissenschaftler\*innen und Soziolog\*innen (vgl. Behr et al: 2021). Diversität ist vielfach auch in Bezug auf z. B. sprachliche, gender- und herkunftsbezogene Aspekte gegeben. Darüber hinaus blicken viele Mitarbeiter\*innen und Träger auf eine eigene Geschichte in der Rechtsextremismusprävention zurück, die neben den Erfahrungen aus der Arbeit mit sogenannten Sekten auf die Entwicklung der Ansätze im Bereich Islamismus Einfluss genommen hat. Das bringt den Vorteil, dass den einzelnen Trägern bei der Gestaltung ihrer Angebote ein breites Spektrum sowohl phänomenspezifischer als auch phänomenübergreifender Expertise zur Verfügung steht.

Auf lokaler, regionaler und auch auf Bundesebene gibt es innerhalb der jeweiligen Phänomenbereiche (Prävention von Rechtsextremismus, Prävention von Islamismus etc.) regelmäßige Vernetzungstreffen, Austauschformate und befristete oder gar dauerhafte Kooperationen. Aufgrund der diversen Teamzusammensetzungen und Geschichten der Träger, aber auch aufgrund der Förderung von Vernetzungsaktivitäten

seitens der Fördermittelgeber, wie im Programm „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) beispielsweise, existieren mittlerweile auch erste größere Vernetzungen zwischen Trägern unterschiedlicher Phänomenbereiche. So können im Handlungsfeld Extremismusprävention von „Demokratie leben!“ derzeit auch Modellprojekte gefördert werden, die sich explizit phänomenübergreifend ausrichten.

Solche Möglichkeiten des Austauschs über Unterschiede und Ähnlichkeiten von Rechtsextremismusprävention auf der einen und Prävention von religiös begründetem Extremismus auf der anderen Seite sind ebenso sinnvoll wie der in diesem Kontext enthaltene phänomenübergreifende Austausch zu Querschnittsthemen wie Antisemitismus oder antimuslimischer Rassismus. Im Zuge dieser Vernetzungsaktivitäten haben Diskussionen über mögliche Hürden, Herausforderungen, Chancen und Grenzen phänomenübergreifender Ansätze begonnen. Dabei werden auch Ansätze aus der Intersektionalitätsforschung herangezogen, etwa um die eigene Arbeit anzureichern und der Komplexität sozialer Schief lagen gerecht werden zu können, da Diskriminierungen von Gruppen einzelne Menschen gleichzeitig auf verschiedenen Ebenen betreffen können.<sup>3</sup> Nicht zuletzt in diesen Querschnittsthemen von Präventionsarbeit erweist sich ihr phänomenübergreifendes Potenzial.

### Phänomenspezifische und phänomenübergreifende Ansätze in der Primärprävention

In Angeboten der primären Islamismusprävention finden sich bereits seit geraumer Zeit Beispiele für phänomenübergreifende Ansätze. Diese nehmen – etwa in Workshops für Jugendliche oder in Fortbildungen zu Radikalisierung und Extremismus für Fachkräfte – nicht nur den Islamismus in den Blick, sondern erweitern die Betrachtung auf andere Phänomene wie den Rechtsextremismus. Sie verweisen auf Gemeinsamkeiten der Phänomene, auf die Vergleichbarkeit von Radikalisierungsverläufen, die möglichen Faktoren und Motive von Radikalisierungsprozessen sowie auf ähnliche Formen der Ansprache vulnerabler Zielgruppen durch extremistische Akteur\*innen. Sie behandeln darüber hinaus menschen- und demokratiefeindliche Positionen als Querschnittsthemen wie z.B. antimuslimischen Rassismus oder Antisemitismus. Dabei kann die ideologische Prägung des einzelnen Extremismusphänomens durchaus in den Hintergrund treten, und stattdessen rücken allgemeine soziale Motive und Bedürfnisse von Jugendlichen in den Mittelpunkt – etwa die Suche nach Zugehörigkeit und Identität.

Allerdings wird diese Gewichtung in politischen und vor allem medialen Debatten nicht selten als Verharmlosung oder Relativierung von

<sup>3</sup> Intersektionalität beschreibt die Überschneidung unterschiedlicher Diskriminierungsformen, wie z. B. Diskriminierung aufgrund des sozialen Status, der Herkunft, des Geschlechts, der sexuellen Identität, des Alters oder einer Behinderung, die eine Person gleichzeitig betreffen, sich aber je nach Person sehr unterschiedlich auswirken können.

Radikalisierungen bezeichnet. Dabei ist das Gegenteil der Fall: Gerade, weil Radikalisierungen oftmals Ausdruck (unbefriedigter) sozialer Bedürfnisse sind (vgl. Freiheit et al: 2022), versucht primäre bzw. universelle Prävention die Motive in den Blick zu nehmen, die Jugendlichen menschen- und demokratiefeindliche Ideologien und/oder Gruppierungen attraktiv erscheinen lassen können. Häufig geht es dann darum, Jugendlichen demokratische Werte und Verfahren erfahrbar zu machen, damit sie Fähigkeiten erlangen, selbstständig und kompetent Verantwortung für das eigene Denken und Handeln zu übernehmen – auf einer demokratischen und menschenrechtlichen Basis. Das heißt auch, Jugendliche mit und in ihren Problemlagen ernst und als autonome Subjekte wahrzunehmen. Diese Maßnahmen finden in der universellen Prävention ohne konkreten Anlass in Bezug auf mögliche Radikalisierungen statt. Die BAG ReEx spricht in diesem Sinne von Präventionsarbeit als „(...) Entwicklung und Stärkung demokratischer und an den Menschenrechten orientierter Kompetenzen, der Ambiguitätstoleranz, des Umgangs mit Diversität sowie sozialer und emotionaler Fähigkeiten“. Sie fördert Resilienz gegenüber antidemokratischen Denk- und Handlungsweisen und ist eine Form von Empowerment zur Bewältigung jugendphasentypischer Entwicklungsaufgaben sowie für den Umgang mit individuellen und gesellschaftlichen Krisen (BAG ReEx 2019: 20f.).

Phänomenübergreifende Betrachtungen haben den Vorteil, dass speziell im Bereich der Islamismusprävention Stigmatisierungen von Zielgruppen minimiert oder gar ausgeschlossen werden. Herausfordernd sind jedoch die Anforderungen, die an die Mitarbeiter\*innen in den Projekten gestellt werden. Neben der vorhandenen Expertise im Phänomenbereich Islamismus und dessen ideologischen Eigenheiten brauchen sie auch tiefergehendes Wissen in mindestens einem weiteren Phänomenbereich – meist dem Rechtsextremismus – oder in Querschnittsthemen wie Rassismus, Sexismus oder Antisemitismus.

Allerdings verfolgt primäre Prävention auch weiterhin phänomenspezifische Themen und Ansätze, um umfassenderes Wissen und ein tieferes Verständnis des jeweiligen Phänomens zu erreichen und in entsprechende Maßnahmen einfließen zu lassen. Daher haben phänomenspezifische Ansätze nach wie vor ihre Berechtigung und lassen sich nicht durch phänomenübergreifende Formate ersetzen (vgl. Müller 2020: 61f.) Entscheidend sind letztlich der jeweilige Kontext, die Zielgruppe und das Ziel der Maßnahme.

#### **Phänomenspezifische und phänomenübergreifende Ansätze in der Tertiärprävention**

In der Tertiärprävention finden sich bisher keine explizit phänomenübergreifenden Angebote. Dafür mag es vor allem zwei Gründe geben: Zum einen sind hier unterschiedliche und spezifische Ansprachen erforderlich, um die jeweiligen Zielgruppen zu erreichen, die anders als in der universellen Prävention bereits deutliche Anzeichen einschlägiger

Ideologisierung aufweisen oder sogar in extremistischen Gruppierungen aktiv sind. Sie wären durch eine phänomenübergreifende Ausrichtung der Beratungsangebote voraussichtlich nicht oder nur schwer zu erreichen. So wären Klient\*innen aus dem islamistischen Spektrum kaum für Angebote zur Begegnung von Rechtsextremismus empfänglich und umgekehrt. Zum anderen – das zeigen beispielsweise Erfahrungen aus der Arbeit mit stark ideologisierten Personen im Bereich der Islamismusprävention – stellen Fachexpert\*innen wie Islamwissenschaftler\*innen oder auch islamische Theolog\*innen spezifisches Wissen bereit und ermöglichen Zugänge zu Klient\*innen, die andere Fachkräfte nicht hätten herstellen können.

Generell bedarf es in der Ausstiegs- und Distanzierungsarbeit professionellen – und durchaus auch phänomenübergreifenden – Fachwissens über Beratung, um nachhaltig und erfolgreich arbeiten zu können. Wissensbestände Sozialer Arbeit und Psychologie sowie methodisches Wissen aus mindestens einem der vielzähligen Beratungsansätze, wie der klient\*innenzentrierten Gesprächsführung, dem systemischen Ansatz oder der Gestalttherapie, sind eine unabdingbare Voraussetzung, um sowohl für die Klient\*innen als auch die Berater\*innen eine gelingende Arbeitsbeziehung gewährleisten zu können. Dieser Herausforderung entsprechen einige Beratungsstellen teilweise auch dahingehend, dass Beratungen im Tandem aus zwei Mitarbeiter\*innen mit sich ergänzendem Fachwissen durchgeführt werden.

Die enge, vertrauensvolle und jahrelange Zusammenarbeit der Fachkräfte in multiprofessionellen Teams hat dafür gesorgt, dass Wissensbestände ausgetauscht wurden und auch in Formaten teaminterner Weiterbildungen ein erhöhter Wissenstransfer gefördert wurde. Zudem – so unsere Erfahrungen aus der Verbandsarbeit – haben viele Mitarbeiter\*innen von Präventionsprojekten in hoher Eigenverantwortung und -motivation externe Weiterbildungsmöglichkeiten in Anspruch genommen (und diese nicht selten sogar aus eigenen Mitteln finanziert).

#### **Fazit**

Vor allem in der Primärprävention von religiös begründetem Extremismus besteht bereits eine Vielzahl phänomenübergreifender Angebote. Ihr Hauptvorteil in der Arbeit mit Jugendlichen, pädagogischen Fachkräften und Lehrer\*innen besteht darin, dass sie tendenziell weniger stigmatisierend wirken als Angebote, die sich ausschließlich und spezifisch auf das Phänomen des Islamismus beziehen. Darüber hinaus verschafft phänomenübergreifendes Wissen den Teilnehmer\*innen ein tieferes und von der jeweiligen Ideologie unabhängiges Verständnis von Radikalisierungsprozessen, den unterschiedlichen Einfluss- und Hinwendungsfaktoren sowie herausfordernden Lebenssituationen junger Menschen, auf die sie in der Folge leichter und den jeweiligen Umständen angepasst reagieren können. Dabei stellt die Bearbeitung mindes-



tens zweier Extremismusphänomene für die Fachkräfte von Trägern der Islamismusprävention eine besondere Herausforderung dar, weil weitere Kompetenzen verlangt werden, die ein tieferes Verständnis beider behandelten Bereiche ermöglichen. Hier sind Kooperationen zwischen Trägern der Rechtsextremismus- und Islamismusprävention bzw. mit Trägern sinnvoll, die über besondere Kompetenzen etwa im Bereich des antimuslimischen Rassismus oder Antisemitismus verfügen. Solche Kooperationen sind ressourcenaufwendig und nicht ohne Weiteres, sprich ohne zusätzlichen Aufwand, zu leisten. Das gilt auch für trägerinterne Fortbildungen zu unterschiedlichen Extremismusphänomenen sowie menschen- und demokratiefeindlichen Ideologien.

Vor diesem Hintergrund sollten phänomenübergreifende Perspektiven und Kooperationen in besonderer Weise gefördert werden – ohne dass dabei der Blick für das Spezifische verloren ginge. Zudem gilt: Nicht alle müssen alles können. Vielmehr sollen sich Träger und Fachkräfte bei Bedarf an potenzielle Kooperationspartner\*innen wenden können. Phänomenspezifisches Wissen bleibt vor allem in der Ausstiegs- und Distanzierungsarbeit notwendig, da gelingende Ansprache und wirksame Angebote für sich radikalisierende Personen hier in besonderer Weise davon abhängen, dass sie möglichst niedrigschwellig Zugänge ermöglichen. So kann vertieftes phänomenspezifisches Wissen den Zugang zu stark ideologisierten Klient\*innen erleichtern.

Um die Angebote phänomenübergreifender Präventionsarbeit ausweiten zu können, ist überdies eine weitere Anpassung der Förderstrukturen erforderlich, die sowohl phänomenspezifische als auch phänomenunabhängige Inhalte und Methoden umfasst. Dazu könnten Förderanreize zur Zusammenarbeit ausgebaut und gegebenenfalls verstetigt werden, um eine Fortführung von bisher erfolgreichen Kooperationen zwischen Trägern unterschiedlicher Phänomenbereiche zu ermöglichen. Phänomenübergreifende Fortbildungen für Fachkräfte können dabei helfen, die Kolleg\*innen über ihr jeweils phänomenspezifisches Wissen hinaus weiterzubilden. Und: Um Expert\*innen in den Organisationen zu halten sowie den steigenden Anforderungen in der alltäglichen Arbeit, ihrem Know-how und ihrer jahrelangen Erfahrung in multiprofessionellen Teams gerecht werden zu können, sind verlässliche und planbare Projektlaufzeiten und die Verbesserung teils prekärer Beschäftigungsverhältnisse erforderlich. Die Frage, ob und wie phänomenübergreifende Arbeit gestaltet werden kann, ohne phänomenspezifische Zugänge einzuschränken oder zu verbauen, ist also auch eine Herausforderung für die Gestaltung und Ausstattung der entsprechenden Förderstrukturen.

## Der „IS“ nach dem Ende seines Kalifats

### Langfristige Herausforderungen für die Präventionsarbeit in Deutschland

Ulrike Hoole und Jamuna Oehlmann (BAG RelEx)

### Globale Entwicklung des sogenannten „Islamischen Staates“

Seit dem weitgehenden Verlust der Territorien seines selbst proklamierten Kalifats und eines sicheren Rückzugsorts für die Planung großer Anschläge auch im Westen, ist es um den sogenannten „Islamischen Staat“ („IS“) in der deutschen Öffentlichkeit still geworden. Als im April 2022 der Sprecher des „IS“ zu einer globalen Anschlagskampagne während des Ramadans aufforderte,<sup>4</sup> tauchte dies nur als kleine Meldung in deutschen Medien auf – obwohl im Aufruf explizit formuliert wurde, dass „IS“-Anhänger\*innen die „Gelegenheit“, dass Russland und der Westen derzeit mit sich selbst beschäftigt seien, für Anschläge in Europa nutzen sollten (FAZ 2022). Tatsächlich ist der „IS“ heute sehr viel dezentraler organisiert. Grund genug zu fragen, welche Relevanz diese globale Entwicklung in Deutschland und für die Präventionsarbeit hat.

Der Verlust der territorialen Basis seines „Kalifats“ und die Desillusionierung vieler Anhänger\*innen haben den „IS“ stark geschwächt. Auch die Zahl der geplanten und durchgeführten Anschläge in Europa ist seit 2017 stark zurückgegangen (Steinberg 2021: 36). Dennoch ist der „IS“ weiterhin aktiv. So wurde etwa der Aufruf zu einer Kampagne während des Ramadans weltweit aufgegriffen, und der „IS“ intensiviert seine Angriffe in verschiedenen Regionen der Welt (Kittleson 2022). Die Organisation hat in den vergangenen Jahren zahlreiche lokale Ableger geschaffen und ist heute weit dezentraler strukturiert. Dabei verdienen die Entwicklungen in einigen Regionen besondere Aufmerksamkeit.

**Afghanistan:** Vor allem durch den Rückzug der NATO-Truppen ist beim „IS“-Ableger in Afghanistan seit 2021 eine dynamische Entwicklung zu beobachten. So hat sich in der Konsequenz der Truppenabzüge seit August 2021 der Handlungsspielraum der regionalen Organisation „Islamische Provinz Khorasan“ („ISIS-K“) vergrößert, was sich an einer seither gestiegenen Anzahl von Anschlägen im Land zeigt (Steinberg 2021: 37). Allerdings ist der „IS“ aus ideologischen und machtpolitischen Gründen mit den Taliban verfeindet. Deren Regierung hat die Bekämpfung des „IS“ zur

Priorität erklärt und ihn in weiten Teilen Afghanistans zurückgedrängt (Refslund Hamming 2022; Bundesministerium des Innern und für Heimat 2022a: 184). Die vermehrte Zahl von „IS“-Anschlägen im Land lässt jedoch Zweifel daran aufkommen, ob die Taliban wirklich in der Lage sind, die dortigen „IS“-Zellen nachhaltig zu bekämpfen und in dieser Hinsicht eine stabile Sicherheit zu garantieren – zumal die schlechte wirtschaftliche und politische Situation in Afghanistan dem „IS“-Ableger ein wachsendes Rekrutierungspotenzial bietet.

**Afrikanischer Kontinent:** Seit der „IS“ in seinen Kerngebieten Irak und Syrien zurückgedrängt wurde, liegt ein besonderer Fokus der Organisation auf dem afrikanischen Kontinent, wo in unterschiedlichen Regionen Ableger gegründet wurden (CTED 2021: 5). Dabei gibt es Netzwerke zwischen den Ablegern auch über den Kontinent hinaus: In seiner Propaganda demonstriert der „Islamische Staat in Westafrika“ („ISWAP“) sowohl die Verbindung zur Sahel-Region als auch zur Kernorganisation des „IS“ (CTED 2021: 10). Die aus der weiter bestehenden islamistischen Gruppierung „Boko Haram“ hervorgegangene Organisation kooperiert mit lokalen Gruppen und instrumentalisiert bestehende Missstände wie Korruption, Arbeitslosigkeit und unzulängliche

Regierungsführung, um Anhänger\*innen zu rekrutieren und fehlendes

4 Der Name der Kampagne – „Rache für die zwei Scheichs“ – bezog sich auf die Vergeltung für den Tod zweier früherer „IS“-Führungspersonen.



Vertrauen in staatliche Kräfte weiter zu bestärken (CTED 2021: 12). Insgesamt ist die Tendenz terroristischer Anschläge durch den „IS“ in Afrika steigend (CTED 2021: 5) So hat der „ISWAP“ im ersten Quartal 2022 mehr Anschläge verübt als jeder andere „IS“-Ableger (Zenn 2022: 1). Weitere bedeutende Ableger sind der „Islamic State in Central Africa Province“ („ISCAP“) und der „IS Greater Sahara“ („ISGS“).

**Irak & Syrien:** Auch in seiner Kernregion, vor allem im Norden und Nordwesten des Irak und im Osten Syriens, ist der „IS“ weiterhin aktiv und verfügt über zahlreiche Kämpfer (Schätzungen schwanken zwischen 4.000 – 10.000). Dabei profitiert die Organisation von der instabilen politischen und prekären wirtschaftlichen Situation in beiden Ländern (Hodali 2022, Almohamad 2021: 5f.). Zu den potenziellen „IS“-Unterstützer\*innen müssen insbesondere auch die in Gefängnissen und Lagern in der Region inhaftierten (teilweise ehemaligen) „IS“-Anhänger\*innen besonders in Nordostsyrien gezählt werden. Deren Situation und die ihrer Familien ist weiterhin prekär und bietet den Nährboden für eine (Re-)Radikalisierung, weshalb der „IS“ diese Camps infiltriert und genau hierauf abzielt (Almohamad 2021: 6ff.). Ereignisse wie der Angriff auf ein Gefängnis im Nordosten Syriens im Januar 2022, bei dem einige hundert dort inhaftierte „IS“-Kämpfer befreit werden konnten (Schmidinger 2022b), weisen auf die große Bedeutung hin, welche die Gefängnisse und Lager für die Rekrutierung haben. Durch den aktuellen Krieg Russlands gegen die Ukraine sind zudem Machtverschiebungen in der Region möglich, die sich auch auf die Entwicklung dschihadistischer Gruppierungen, vor allem in Syrien, auswirken könnten. Hier besteht eine Gefahr darin, dass durch den Konflikt zwischen den USA und Russland, die ohnehin prekären Waffenstillstände längerfristig nicht halten werden und das entstehende Sicherheitsvakuum von einem wiedererstarkenden „IS“ ausgefüllt werden könnte (Schmidinger 2022a). Ein weiteres Risiko bestünde in der bereits angekündigten neuen Offensive der Türkei gegen die kurdischen Kräfte in Nordsyrien. Eine solche Offensive würde den Kampf gegen den „IS“ in der Region schwächen, bei dem die kurdischen Kräfte eine wichtige Rolle spielen, und die Region zusätzlich destabilisieren (Vugteveen/Farrell-Molloy 2022).

### Auswirkungen auf Deutschland ...

Global gesehen erhöhte sich zuletzt die Zahl von „IS“-Anschlägen (Kittleson 2022). Dabei scheinen sich die „IS“-Ableger in Afrika und Afghanistan überwiegend auf regionale Ziele zu fokussieren und stellen damit keine direkte Bedrohung für die europäische Sicherheit dar (Merz 2022: 4). So zeigte auch der im April lancierte Aufruf zu einer Rachekampagne in Europa (siehe oben) bisher keine unmittelbaren Auswirkungen. Zudem ist bisher der von manchen befürchtete Anstieg deutscher Ausreisender nach Afghanistan nach der Machtübernahme durch die Taliban ausgeblieben (Flade 2022). Dennoch könnten die Propaganda und die Aufrufe der Kernorganisation des „IS“ zu Anschlägen in Europa von

einzelnen internationalen Ablegern und individuellen Anhänger\*innen durchaus aufgegriffen werden. Auffällig ist jedenfalls, dass Anschläge in Europa, die durch dschihadistische Akteure aus dem Ausland angeleitet oder inspiriert waren, in den vergangenen Jahren im Vergleich zur Zahl von solchen Anschlägen an Bedeutung zugenommen haben, die direkt durch dschihadistische Gruppierungen organisiert und durch Personen verübt werden, die aus Konfliktgebieten eingereist waren (Steinberg 2021: 28ff.).

Sollten sich die Entwicklungen in den beschriebenen Konfliktzonen fortsetzen, stiege in der Folge auch die Fähigkeit des „IS“, in Europa Anschläge auszuführen oder anzuleiten (Merz 2022: 4). Denn der „IS“ ist heute in deutlich mehr Ländern präsent als zu den Hochzeiten des selbst ausgerufenen Kalifats. Lokale Entwicklungen, wie beispielsweise der US-Truppenabzug in Afghanistan, könnten schnell dazu führen, dass einzelne „IS“-Ableger wieder erstarken – was auch bedeuten kann, dass diese ihren Aktionsradius wieder ausweiten (Steinberg 2021: 36f.).

Auch die erwähnte prekäre Situation der in Syrien und im Irak inhaftierten (ehemaligen) „IS“-Anhänger\*innen ist dabei mit der Sicherheitslage in Deutschland und Europa verbunden, da eine nicht unerhebliche Zahl von ihnen selbst aus Europa stammt. Je länger diese Personen nicht in ihre Herkunftsländer zurückgeführt werden, als desto wahrscheinlicher muss die Verhärtung ihrer extremistischen Einstellungen eingeschätzt werden (Merz 2022: 3).

### ... und auf die zivilgesellschaftliche Präventionsarbeit

Dass dschihadistische Gruppen nicht mehr so stark im Fokus von Öffentlichkeit und Politik stehen wie noch vor einigen Jahren, hat für den Arbeitsalltag zivilgesellschaftlicher Träger durchaus positive Folgen, da Präventionsakteur\*innen mit weniger Alarmismus hinsichtlich (tatsächlicher oder vermeintlicher) Anzeichen islamistischer Radikalisierung konfrontiert sind. Neben allen Chancen für eine nachhaltige Präventionsarbeit, die diese Situation vor allem im Rahmen universeller Prävention bietet, bleibt es jedoch wichtig, globale Entwicklungen und ihre Auswirkungen im Feld nicht aus dem Blick zu verlieren. Kontinuierliches Monitoring von globalen und nationalen Entwicklungen sowie der Wissenstransfer in Politik und Praxis sind weiterhin notwendig – hat sich in der Vergangenheit doch immer wieder gezeigt, dass dschihadistische Bewegungen sich stetig verändern, anpassen und sowohl in als auch außerhalb von Konfliktzonen (wie in Deutschland) erneut an Popularität gewinnen können. Vor diesem Hintergrund führt KN:IX alljährlich ein Monitoring mit Praktiker\*innen und Wissenschaftler\*innen im Themenfeld durch. Ihre Beobachtungen und Erfahrungen ermöglichen eine kontinuierliche Übersicht der Entwicklungen und bieten die Grundlage dafür, zielgerichtete Angebote für die unterschiedlichen Zielgruppen zu kreieren. Meist sind es die Praktiker\*innen, die – online oder offline – einen

direkten Draht zu Zielgruppen haben und die somit häufig als erste neue Trends beobachten.<sup>5</sup>

Bereits in der Vergangenheit hatten die Entwicklungen beim „IS“ direkten Einfluss auf die zivilgesellschaftliche Präventionsarbeit. So stand diese noch vor ein paar Jahren stark unter dem Eindruck des Erschreckens, das die Ausreisewellen junger Menschen aus Deutschland und Europa in der Gesellschaft und vor allem bei nahen Angehörigen auslöste. Damals waren insbesondere die Träger der Tertiärprävention stark ausgelastet und mussten viele Fälle gleichzeitig bearbeiten. Heute liegt der Fokus ihrer Arbeit stärker auf der Reintegration von Rückkehrer\*innen, ihren Familien sowie der langfristigen Begleitung ehemaliger Anhänger\*innen des „IS“.

Die oben skizzierten aktuellen internationalen Entwicklungen des „IS“ sind in Deutschland vor allem auf digitalen Kanälen und in den sozialen Medien sichtbar. Dabei handelt es sich nicht mehr um brutale Propagandavideos, die von den Plattformbetreibern mittlerweile sehr schnell gelöscht werden. Dennoch ist nach wie vor Videomaterial des „IS“ im Internet zu finden – zum Beispiel Videos, die islamistische Utopien inszenieren. Häufig werden dabei die Logos des „IS“ in den Videos oder auf Bildern unkenntlich gemacht. Insgesamt ist der Diskurs um den „IS“ sehr klandestin geworden: So vermeiden es bekannte salafistische Prediger, sich auf öffentlichen Plattformen positiv über den „IS“ zu äußern – oder dies geschieht nur noch in verschlüsselten Chats.<sup>6</sup> Um der Strafverfolgung zu entgehen, nutzen Unterstützer\*innen des „IS“ verschlüsselte Messengerdienste für die Kommunikation und wechseln zwischen verschiedenen Kanälen. Dies macht es nicht nur für Sicherheitsbehörden schwierig, strafbare Inhalte zu verfolgen, sondern auch Präventionsakteur\*innen ist es nicht ohne Weiteres möglich, die Diskurse und Debatten zu beobachten und sich Chatgruppen anzuschließen. Auf den gängigen und leicht zugänglichen Plattformen sind extremistische Inhalte entsprechend weniger präsent. Dies bedeutet jedoch nicht, dass sie von den Akteur\*innen nicht innerhalb ihrer Netzwerke weiterverbreitet würden. Zudem sind die islamistischen Inhalte insgesamt subtiler geworden und oft schwieriger als solche zu erkennen.

Diese Entwicklungen haben Implikationen für die Präventionsarbeit: So wird verstärkt auf die Förderung von Medienkompetenz gesetzt, um es Jugendlichen zu ermöglichen, Rekrutierungsversuche und Propagandamaterialien als solche zu erkennen. Außerdem setzt die

Präventionsarbeit u.a. auf Gegen- oder alternative Narrative und verfolgt Peer-to-Peer-Ansätze, um vor allem Jugendliche und junge Erwachsene zu befähigen, islamistischer Ansprache und Propaganda offline und zunehmend online – etwa in Online-Communitys – entgegenzutreten zu können. Zu beachten ist in der Präventionsarbeit weiterhin, dass die oben beschriebenen globalen Konflikte und Krisen bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu Verunsicherungen, psychischen Belastungen und erhöhter Vulnerabilität beitragen können. So kann auch eine als ungerecht empfundene Außenpolitik zu Sympathien mit radikalen Gruppen führen. Vor dem Hintergrund der Vielfalt von Faktoren, die Radikalisierungsprozesse auslösen und befördern können, ist es daher langfristig eine Aufgabe von Präventionsarbeit, tieferliegende Ursachen für die Anfälligkeit für extremistische Ansprachen, Angebote und Propaganda in den Blick zu nehmen und zur Förderung von Teilhabe und Zugehörigkeit beizutragen.

Der „IS“ und andere dschihadistische Bewegungen haben sich außerhalb von Europa in konfliktbehafteten und instabilen Regionen entwickelt und sind auch weiterhin primär dort aktiv. Die Vergangenheit hat jedoch gezeigt, dass dschihadistische Ideologien auch in Europa auf fruchtbaren Boden fallen können. Vor diesem Hintergrund sollte die aktuell zumindest in Deutschland ruhige Phase genutzt werden, um zu reflektieren, welche Faktoren dazu beigetragen haben, dass die Ideologie des „IS“ auch auf Menschen in Deutschland und Europa attraktiv wirken konnte – und wie dem langfristig vorgebeugt und begegnet werden kann (Merz 2022: 4).

<sup>5</sup> Die Ergebnisse des KN:IX Monitoring (Online-Bedarfsabfrage) vom Frühjahr 2022 finden sich in diesem Report S. 10ff.

<sup>6</sup> Vortrag Ahmet Numan Cakilum „Die Rolle dschihadistischer Bewegungen in sozialen Medien“, 15.06.2022, <https://www.bag-relex.de/angebot/mediathek/#6321abb94d424> (zuletzt abgerufen am 14.09.2022).

## Und es macht Klick

### Wie Präventionsarbeit auf die Diversifizierung der islamistischen Szene in Deutschland reagieren kann

Götz Nordbruch (*ufuq.de*)

In der islamistischen Szene sind in den vergangenen Jahren zahlreiche neue Initiativen entstanden, die sich in Auftreten, Themensetzung und Strategie von etablierten Strömungen unterscheiden. In dieser Entwicklung spiegeln sich die unterschiedlichen Motive und Bedürfnisse, die von islamistischen Szenen angesprochen und bedient werden. Wie im Rechtsextremismus ist es auch im Islamismus immer weniger möglich, idealtypische Biografien und Motivlagen auszumachen, die der Hinwendung zu islamistischen Szenen zugrunde liegen. Der gewalttätige Rechtsrocker ist genauso wenig repräsentativ für den Rechtsextremismus wie der salafistische Prediger mit Bart und Beinkleid für den Islamismus. Umso wichtiger ist es, Präventionsansätze von den unterschiedlichen Bedürfnissen der jeweils angesprochenen Zielgruppen her zu denken: Ein Jugendlicher im Umfeld von „Muslim interaktiv“ findet dort andere Angebote als eine junge Frau, die sich salafistischen Gruppierungen zuwendet. Entsprechend vielfältig müssen auch die Präventionsangebote sein, die sich an diese Zielgruppen wenden.

Der YouTube-Kanal „Macht's Klick?“ zählt zu den reichweitenstärksten deutschsprachigen Angeboten, mit denen islamistische Inhalte vermittelt werden. In den Videos referiert der stets adrett gekleidete Sprecher in sachlichem Ton über Fragen aus dem jugendlichen Alltag. Es geht um Freundschaft, Freizeitaktivitäten, den Tod oder um Sexualität – und darum, was „der“ Islam an Regeln und Geboten zu diesen Themen vorgibt. Mit über 150.000 Abonnent\*innen auf YouTube erreicht der Kanal ein Publikum, das deutlich über das engere Spektrum islamistischer Organisationen hinausreicht und auch in Mainstreamdiskurse hineinwirkt. In der öffentlichen Debatte erfährt „Macht's Klick?“ – ähnlich wie Angebote anderer Akteure aus diesem Spektrum, die in den vergangenen Jahren entstanden sind – allerdings kaum Beachtung. Die zurückhaltende Gestaltung und die inhaltlichen Schwerpunkte tragen dazu bei, dass der Kanal weder in Debatten über den Einfluss islamistischer Denkweisen noch in Präventionsmaßnahmen eine größere Rolle spielt.

In den vergangenen Jahren hat sich die islamistische Szene in Deutschland sichtbar ausdifferenziert, ohne dass die zunehmende Breite dieses Spektrums in öffentlichen Debatten berücksichtigt wird. So erreichen Organisationen aus dem Umfeld islamistischer Bewegungen wie der Muslimbruderschaft, der Hamas oder der Hisbolah weiterhin ein größeres Publikum. Dies gilt in gleicher Weise für salafistische Prediger und Initiativen. Allerdings sind weitere Akteure hinzugetreten, die sich in Auftreten, inhaltlichen Schwerpunkten und Aktionsformen zum Teil deutlich von etablierten Organisationen und ihren Protagonist\*innen unterscheiden. In sozialen Medien äußert sich dies in der Vielzahl der Angebote und Kanäle unterschiedlicher islamistischer Strömungen, deren Zielgruppen sich aber durchaus überschneiden.<sup>7</sup> In dieser Entwicklung spiegelt sich eine Vervielfältigung der Angebote, mit denen islamistische Akteure auf unterschiedliche lebensweltliche Bedürfnisse reagieren und Bewältigungsstrategien für vielfältige soziale, psychologische, familiäre oder werte- und verhaltensbezogene Unsicherheiten und Krisen anbieten.

<sup>7</sup> Till Baaken, Friedhelm Hartwig und Matthias Meyer sprechen in diesem Zusammenhang von einem Cluster islamistischer Akteure auf YouTube, der von den restlichen YouTube-Kanälen weitgehend unabhängig sei. Durch die Algorithmen der Plattform werden die Inhalte innerhalb des Clusters – unabhängig von der konkreten inhaltlichen Ausrichtung der einzelnen Kanäle – kanalübergreifend verbreitet. Eine Ausnahme bilden die reichweitenstarken Kanäle „Macht's Klick?“ und „Botschaft des Islam“, die mit ihren Inhalten eine Brücke in den Mainstream bilden und damit auch Zugänge zu islamistischen Clustern eröffnen (Baaken et al. 2020: 17–19).

Für die Präventionsarbeit verbindet sich damit die Herausforderung, diese unterschiedlichen Angebote und Ansprachen und die damit jeweils adressierten Zielgruppen mitzudenken und bei der Entwicklung von Präventionsangeboten zu berücksichtigen. Die Motivationen, sich den einzelnen Strömungen zuzuwenden, unterscheiden sich: Zwischen einem 50-jährigen Funktionär aus dem Umfeld der Muslimbruderschaft, einem 21-Jährigen, der sich dem „Dschihad“ verpflichtet sieht, oder einer 17-Jährigen, die sich für die Videos von „Macht's Klick?“ begeistert, gibt es biografisch und lebensweltlich wenig Gemeinsamkeiten. Entsprechend müssen auch Präventionsansätze auf unterschiedliche Motive eingehen und unterschiedliche Zielgruppen ansprechen. „One size fits all“-Ansätze, die die Hinwendung zu islamistischen Szenen erklären und als Grundlage für Präventionsmaßnahmen dienen, erscheinen angesichts der Vielzahl unterschiedlicher Bedürfnisse von Personen in ganz unterschiedlichen Lebenslagen und der unterschiedlichen islamistischen Akteure, die diese Personen ansprechen, immer weniger angebracht.

### Ausdifferenzierung des islamistischen Spektrums

Die Ausdifferenzierung des islamistischen Spektrums zeigt sich insbesondere in der Ausweitung von Zielgruppen, die durch die jeweiligen Akteure angesprochen werden. Ähnlich wie rechtsextremistische Szenen beschränken sich islamistische Strömungen nicht auf einzelne Milieus, sondern erreichen mit unterschiedlichen Stilen, ideologischen Ansprachen und Organisations- und Handlungsformen zunehmend weitere Personengruppen. So spielt die Strömung des Salafismus, die in den vergangenen Jahren im Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit stand, zwar weiterhin eine große Rolle. Sie ist aber kaum mehr repräsentativ für die Vielfalt an stilistischen, emotionalen, habituellen und handlungsbezogenen Angeboten, die die Hinwendung zu islamistischen Ideologien motivieren können. Wie im Falle der „Reichsbürger“ und der „Identitären Bewegung“, die ideologisch durch viele Gemeinsamkeiten verbunden sind, sich aber in Auftreten und lebensweltlichen Angeboten deutlich unterscheiden, lassen sich auch im islamistischen Spektrum entsprechende Differenzierungen beobachten.

Exemplarisch hierfür stehen die Initiativen „Generation Islam“, „Realität Islam“ und „Muslim Interaktiv“, die seit 2014 mit Aktionen im öffentlichen Raum on- und offline größere Sichtbarkeit erhalten und dabei auch Menschen erreichen, die sich vom Auftritt salafistischer Prediger nicht angesprochen fühlen (vgl. Baron 2021). Als Initiativen aus dem Umfeld der internationalen Bewegung „Hizb ut-Tahrir“, die in Deutschland 2003 verboten wurde, stehen sie für eine islamistische Ideologie, die die Wiedererrichtung des Kalifats als Herrschaftsform anstrebt und dabei vor allem auf einen öffentlichkeitswirksam und jugendkulturell gestalteten gesellschaftspolitischen Aktivismus setzen. Dazu zählen Protestaktionen vor dem Brandenburger Tor genauso wie das Verteilen von Flugblättern im Umfeld von Moscheen, mit denen vor Anschlägen wie in Christchurch



gewarnt wird und Muslim\*innen in Deutschland zum Rückzug in die „islamische Gemeinschaft“ aufgefordert werden. Religiöse Fragen, beispielsweise zur Lebensgestaltung, spielen hier nur am Rande eine Rolle, deutlich mehr Raum bekommen Berichte über Diskriminierungen und Rassismus in Deutschland und Europa, aber auch über internationale Konflikte und die Verantwortung, die westliche Staaten für diese Konflikte haben.

Die Attraktivität und mobilisierende Wirkung dieser Initiativen gründen nicht zuletzt darin, dass sie Antworten und gemeinsam erlebte Aktionsformen für von gesellschaftlichen Fragen und Konflikten ausgelöste Emotionen wie Empörung, Ohnmacht und Wut anbieten. Mit ihren Aktionen bieten sie Selbstwirksamkeitserfahrungen, die an realen gesellschaftlichen Missständen anknüpfen. Nicht zufällig finden diese Initiativen gerade auch unter bildungsnahen Jugendlichen und jungen Erwachsenen Zuspruch, die hier gesellschaftlichen Protest und Widerstand zum Ausdruck bringen.

Sowohl in der Ansprache als auch in den Aktionsformen zeigen sich dabei deutliche Parallelen beispielsweise zur rechtsextremen „Identitären Bewegung“. Zugleich unterscheiden sich die Initiativen im Umfeld von „Hizb ut-Tahrir“ deutlich von den Angeboten islamistischer YouTube-Kanäle wie „Macht’s Klick?“, „Botschaft des Islam“ oder auch von salafistischen Angeboten. Trotz der Schnittmengen, die zwischen den Zielgruppen der unterschiedlichen Akteure bestehen, bedienen Letztere mit ihren Inhalten deutlich andere Bedürfnisse. Ihre Schwerpunkte setzen sie weniger auf gesellschaftliche Fragen von Gerechtigkeit und Teilhabe als vielmehr auf entwicklungsbezogene, lebensweltliche Konflikte („Ist das haram?“, „Darf ich als Muslim ...?“), zu denen sie explizit religiöse Antworten geben. Dabei kommen immer wieder auch schambesetzte Themen wie der Umgang mit Sexualität, Pornografie oder Spielsucht zur Sprache, für die im anonymen Format repressive, religiös begründete Bewältigungsstrategien aufgezeigt werden. Damit wenden sich diese Akteure gezielt an Nutzer\*innen, denen sich Fragen zur Vereinbarkeit ihres Alltagslebens mit „dem Islam“ stellen – allgemeinere gesellschaftliche oder politische Missstände dienen hier lediglich als Begründung für die von ihnen behauptete Überlegenheit des Islam und die Dringlichkeit, vermeintlich islamischen Vorgaben genau zu folgen.

Für die Breite des islamistischen Spektrums stehen schließlich auch Personen, die islamistische Weltbilder nur punktuell reproduzieren, aber dennoch entsprechende Narrative verstärken. Beispielhaft hierfür steht der Frankfurter Gangsta-Rapper SadiQ, der sich mit seiner Musik und seinem Auftreten deutlich in Widerspruch zu islamistischen Idealen setzt, in seinen Liedern aber immer wieder auch an dschihadistische Narrative anknüpft und Gewalt als legitime Form des Widerstandes gegen oft nur

vage definierte Missstände beschreibt. Die Konfliktlinie zwischen dem hier konstruierten Wir-Kollektiv und dem zu bekämpfenden Anderen verläuft dabei nicht durchgängig zwischen „Muslimen“ und „Nichtmuslimen“, greift diesen Konflikt aber immer wieder auf („Denn ich bin die Rache von den Bergen Afghanistans“, „Ich bin Osama, du Charlie“, zitiert aus dem Lied „Kalaschnikow Flow 2“, 2020). Dieses explizit gewaltaffine Widerstandsnarrativ, das für ein vornehmlich männlich geprägtes Publikum attraktiv sein kann, dürfte viele Nutzer\*innen der Kanäle von „Generation Islam“ oder „Macht’s Klick?“ eher weniger ansprechen, reproduziert aber für das eigene Publikum Geschlechterrollen und dichotome Welt- und Feindbilder, wie sie auch islamistischen Ideologien zugrunde liegen.

### Mehr als ein Jugendphänomen

Diese Angebote und Ansprachen stellen unterschiedliche Zugänge dar, über die potenzielle Anhänger\*innen mit den entsprechenden Szenen in Kontakt kommen. Anders als bei etablierten islamistischen Strömungen wie der Muslimbruderschaft oder dem nicht-reformorientierten Teil der Islamischen Gemeinschaft Millî Görüş (IGMG), bei denen bereits bestehende Bindungen von Angehörigen an die jeweiligen Vereine eine wichtige Rolle spielen, erfolgte die Hinwendung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen zur salafistischen Szene in der Vergangenheit häufig gerade in Abgrenzung zu Elternhaus und familiärem Umfeld und erfüllte damit auch die biografische Funktion adoleszenter Ablösung. Die Hinwendung zu einer salafistischen Gruppe stand nicht selten auch für einen Protest gegen einen vermeintlich „verwestlichten“ Lebensstil der Eltern (vgl. u.a. Frank/Scholz 2022: 110–112). Demgegenüber lässt sich die Bindung jüngerer Mitglieder von Organisationen wie der IGMG häufig gerade auf deren familiäres Umfeld zurückführen.<sup>8</sup> Auch in dieser Hinsicht liegt es nahe, zwischen den individuellen Beweggründen für das Engagement beispielsweise bei der IGMG oder der „Deutschen Islamischen Gemeinschaft“ auf der einen und neueren islamistischen Gruppen wie „Generation Islam“ auf der anderen Seite zu unterscheiden.

Allerdings beschränken sich islamistische Szenen keineswegs auf jugendliche und junge Erwachsene. So zeigen Auswertungen der Sicherheitsbehörden zur salafistischen Szene einen hohen Anteil an älteren Personengruppen, die der Szene zugeordnet werden. In einem Lagebild kam der Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen für das Jahr 2019 zu dem Ergebnis, dass 41 Prozent der Anhänger\*innen der salafistischen Szene zwischen 26 und 35 Jahren sind, 38 Prozent der Anhänger\*innen waren über 35 Jahre. Bei lediglich 21 Prozent handelt es sich um

<sup>8</sup> Werner Schiffauer beschreibt das Vereinsleben der IGMG bis zu Beginn der 2000er Jahre als oft „dörflich-familiär“, Neuankömmlingen sei in dieser Zeit oft misstrauisch begegnet worden (Schiffauer 2010: 330). Dabei spielte auch das Selbstverständnis als „Heimatverein“ bzw. als landsmannschaftliche Gemeinschaft eine Rolle. Die Geschichte der IGMG in Deutschland ist zugleich ein Beispiel für den ideologischen und strukturellen Wandel einer Organisation, der durch generationelle Veränderungen angestoßen wird.



Jugendliche und junge Erwachsene unter 26 Jahren, Minderjährige spielen in der Szene nur eine marginale Rolle (Ministerium des Innern NRW 2020: 19). Ähnliche Altersverteilungen sind auch für die salafistischen Szenen in Berlin und Niedersachsen dokumentiert (vgl. Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport – Verfassungsschutz 2020; Senatsverwaltung für Inneres und Sport 2018). Für den Berliner Kontext verweisen die Sicherheitsbehörden auf die über Jahre gewachsenen Strukturen der Szene in der Stadt, die „neben Moscheen unter anderem auch Kleidergeschäfte, Buchhandlungen und Lebensmittelläden umfasst“ (Senatsverwaltung für Inneres und Sport 2018: 9) und eine längerfristige Bindung auch über das junge Erwachsenenalter hinaus ermöglicht.

Diese Einschätzung unterstreicht die Dynamik dieser Szenen, deren Altersstruktur keineswegs statisch ist. So rückte in den vergangenen Jahren verstärkt auch das Phänomen von Kindern aus salafistisch geprägten Elternhäusern in den Blick; angesichts der Altersverteilung ist es naheliegend, dass Angehörige der Szene zukünftig auch als Eltern eine Rolle spielen, die mit ihren Einstellungen und Lebensentwürfen Einfluss auf die Sozialisation ihrer Kinder nehmen (Becker/Meilicke 2019).

Das große Altersspektrum der Personen, die islamistischen Szenen zuzuordnen sind, steht im Widerspruch zur weitverbreiteten Wahrnehmung des Islamismus als Jugendphänomen, welches sich wesentlich aus jugendphasentypischen Herausforderungen und Entwicklungsaufgaben ableiten lässt. Tatsächlich beschränken sich die ideologischen und verhaltensbezogenen Angebote islamistischer Szenen nicht auf unmittelbar jugendspezifische Bedürfnisse, sondern können auch jenseits des Jugendalters identitätsbildend und gemeinschaftsstiftend wirken. Trotz der jugendkulturellen Prägungen vieler islamistischer Angebote geht es in den jeweiligen ideologischen Deutungsangeboten im Kern nicht um einen Konflikt von muslimischen *Jugendlichen* und der Gesellschaft, sondern um einen Konflikt von *Muslim\*innen* und einer *nichtmuslimischen* Gesellschaft. Als übergreifende Deutung für gesellschaftliche Entwicklungen sowie als kognitive und emotionale Bewältigungsstrategien im Umgang mit individuellen oder gesellschaftlichen Verunsicherungen und Krisensituationen vermittelt dieses Weltbild unabhängig von Alter und Lebensphase vermeintliche Orientierung und konkrete Handlungsanweisungen für den Alltag.

### Was bedeutet das für die Präventionsarbeit?

In der Forschung herrscht weitgehend Einigkeit darüber, dass Radikalisierungen sehr individuell verlaufen und durch viele unterschiedliche Faktoren beeinflusst werden. Unterschieden wird dabei auch zwischen Radikalisierungen, die vor allem auf kognitiver Ebene zu beobachten sind, beispielsweise in der Übernahme von dichotomen Welt- und Feindbildern oder rigiden Religionsverständnissen, und verhaltensbezo-

genen Radikalisierungen, die sich in der Akzeptanz oder Anwendung von Gewalt ausdrücken können.

Nicht erfasst wird damit allerdings die Vielschichtigkeit der psychologischen, ideologischen und sozialen Angebote, die von *unterschiedlichen* islamistischen Strömungen mit ihren jeweiligen religiösen, lebensweltlichen und gesellschaftlichen Schwerpunkten und Organisations- und Handlungsformen formuliert werden. Islamismus und islamistische Organisationen in Deutschland lassen sich immer weniger als einheitliches Phänomen beschreiben, das ein gleichförmiges Set an Bedürfnissen und Motivationen der jeweiligen Anhänger\*innen bedient. Noch vielschichtiger wird das Bild, wenn der Blick nicht nur auf die Jugendphase beschränkt bleibt, sondern auch ältere Personengruppen in diesen Szenen mitberücksichtigt. Auch in dieser Hinsicht macht es einen Unterschied, ob die Bindungen an eine islamistische Strömung beispielsweise bereits im Kindesalter familiär vermittelt und im Erwachsenenalter aufrechterhalten wurden, oder ob sich ein 35-Jähriger aufgrund einer persönlichen Krise – als subjektiver biografischer „Neuanfang“ im Bruch mit seinem vorherigen Leben – einer islamistischen Strömung zuwendet.

Auffallend sind dabei die Parallelen zum Bereich des Rechtsextremismus, in dem sich eine ähnliche Auffächerung der Strömungen und der darin zum Ausdruck kommenden individuellen Motivlagen nachzeichnen lässt. Auch hier gilt es beispielsweise, zwischen Anhänger\*innen der Bewegung „Völkische Siedler“ und etwa der Rechtsrockszene zu unterscheiden, wenn es darum geht, die Attraktivität dieser Szenen nachzuvollziehen und entsprechende Präventionsangebote zu entwickeln. So haben auch Forschungen und Medienberichte über die Querdenken-Bewegung dazu beigetragen, idealtypische Annahmen über rechts-extreme Biografien zu hinterfragen und die Vielschichtigkeit der ideologischen Angebote wahrzunehmen, die sich zwar als rechtsextrem beschreiben lassen, sich in ihrer jeweiligen Funktion für die betreffenden Individuen aber unterscheiden.

Für alle Ansätze zur Prävention von islamistischen Orientierungen und Einstellungen verbindet sich mit diesem Befund die Herausforderung, ihre Angebote und Maßnahmen nicht von einem abstrakten Phänomen „Islamismus“ her zu denken („Was ist das Islamistische bzw. das ‚Problematische‘ an der Strömung XYZ?“), sondern von den konkreten Bedürfnissen und Motivationen derjenigen Personen auszugehen, die sich von den Angeboten *dieser* – und eben *dieser* und nicht *einer anderen* – Strömung angesprochen fühlen (oder angesprochen fühlen könnten). Für die Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit, die sich nicht zuletzt aus sozialarbeiterischen oder psychotherapeutischen Perspektiven mit einzelnen Fällen beschäftigt, erfordert dies, spezifische Motivlagen noch mehr in den Blick zu nehmen, die hinter Hinwendungen zu

neueren islamistischen Strömungen stehen können. Für die universelle Prävention – die sich gerade nicht an einzelne Personen wendet, die bereits mit bestimmten Szenen in Kontakt stehen, sondern an allgemeine, weitgehend unbestimmte Zielgruppen – ist die Herausforderung dagegen umso größer: Hier gilt es, die Bedeutung der unterschiedlichen Handlungsfelder hervorzuheben, in denen in den vergangenen Jahren Präventionsansätze zum Beispiel in der Schule umgesetzt wurden. Diese reichen von der politischen und religiösen Bildung über Ansätze der Antidiskriminierungsarbeit sowie der geschlechtersensiblen Pädagogik bis hin zu demokratiefördernden Angeboten in der Elternarbeit und berufsbildenden Maßnahmen, die Ressourcen stärken und alternative Bewältigungsstrategien für individuelle Lebenslagen fördern. Je vielschichtiger die den einzelnen Radikalisierungsprozessen zugrunde liegenden Motivlagen ausfallen, desto breiter und vielfältiger sollten die Ansätze und Methoden sein, die auf diese Bedürfnisse frühzeitig reagieren, um solchen Prozessen vorzubeugen.

## Auch „Nazis“ fallen nicht vom Himmel

### Plädoyer für die akzeptierende Jugendarbeit zur Prävention und Begegnung von Rechtsextremis- mus und Islamis- mus

Jochen Müller (*ufuq.de*)

In vielen Auseinandersetzungen um die verschiedenen Formen von Islamismusprävention ging es zuletzt auch um den aus der Prävention und Begegnung von Rechtsextremismus bekannten Ansatz der akzeptierenden Jugendarbeit. In diesen Diskussionen werden rechts- oder islamistisch orientierte Jugendliche oft in erster Linie als Opfer gesellschaftlicher oder familiärer Verhältnisse gesehen. Andere Stimmen betonen demgegenüber die Eigenverantwortlichkeit, den ideologischen Hintergrund und – daraus abgeleitet – die Notwendigkeit von Konfrontation und Repression in der Prävention. So gelten Diskriminierungserfahrungen junger Muslim\*innen solchen Stimmen oft als überbewertet und – manchmal vorschnell – wird hier auf islamistische Ideologisierung geschlossen. Auch in der Auseinandersetzung mit rechten Positionen fällt auf, dass zivilgesellschaftliche Organisationen Rechtsextremismus „bekämpfen“ wollen, wobei – vergleichbar mit dem Blick auf islamistische Radikalisierungsprozesse – das gesellschaftlich bedingte Gewordensein von Positionen und Verhaltensweisen aus dem Blick gerät. Am Beispiel der Diskussion um akzeptierende Jugendarbeit versucht der folgende Beitrag eine phänomenübergreifende Betrachtung der Diskurse.

Mit dem so pauschalen wie abfälligen, gleichwohl weiterhin viel zitierten polemischen Slogan „Glatzenpflege auf Staatskosten“ (Buderus 1998) wird seit vielen Jahren über Jugendarbeit zur Prävention und Begegnung von Rechtsextremismus debattiert. Aktueller Hintergrund dürfte die wachsende Präsenz von rechtsaffinen, rechtsorientierten und rechtsextremen Positionen und Stimmungen im öffentlichen Diskurs sein, die nicht zuletzt in der zivilgesellschaftlichen Szene das Bedürfnis verstärkt haben, dem Rechtsextremismus entschlossener als bisher zu begegnen bzw. ihn zu „bekämpfen“. Kritisiert wird in diesem Zusammenhang, dass der vor allem in den 1990er Jahren praktizierte Ansatz der akzeptierenden Jugendarbeit rechtsextremen Positionen und Personen zu viel Anerkennung, Raum und Macht überlassen habe – sei es im öffentlichen Diskurs, im kommunalen System oder der örtlichen Jugendarbeit.<sup>9</sup> „Kuschelpädagogik“ ist ein anderes böses Wort, mit dem akzeptierende pädagogische Jugend- und Präventionsarbeit mitunter diskreditiert wird.

In vergleichbarer Weise wird immer wieder auch die Praxis von Islamismusprävention infrage gestellt: Religiös begründete antipluralistische und islamistische Positionen würden hier nicht klar erkannt und konfrontiert, so der Vorwurf – vor allem weil die Präventionsarbeit „muslimische“ Akteure nicht als mögliche Täter\*innen, sondern in erster Linie als „Opfer“ von Rassismus und Diskriminierungen betrachte. Opfer islamistischer Gewalt blieben unbeachtet und konkrete Maßnahmen zur Begegnung islamistischer Positionen und ihrer Vertreter\*innen würden erschwert und verhindert, indem solche Maßnahmen und ihre Fürsprecher\*innen vorschnell unter Rassismusverdacht gestellt würden. In dieser Weise argumentieren etwa Stimmen, die sich selbst als „religionskritisch“ beschreiben, religiös begründete Positionen von Jugendlichen als „konfrontativ“ betrachten und sie im Vorfeld von Islamismus verorten.<sup>10</sup>

### Was ist akzeptierende Jugendarbeit?

Beide Argumentationsmuster, die sich gegen eine aus ihrer Sicht zu verständnisvolle Haltung in der Präventionsarbeit zu Rechtsextremismus und Islamismus aussprechen, ähneln sich: Hier wie dort geht es darum, demokratiefeindliche Positionen, auch in frühen Phasen,

<sup>9</sup> Vgl. dazu den Beitrag „Zurück zur Glatzenpflege?“ aus dem Projekt „MUT gegen rechte Gewalt“ der Amadeu-Antonio-Stiftung (2013).

<sup>10</sup> Siehe dazu in der Diskussion um den Berliner Träger DEVI und das Konzept der „konfrontativen Religionsbekundung“ u. v. a.: KN:IX (2022a): Stellungnahme des „Kompetenznetzwerks Islamistischer Extremismus“ zum Ansatz der „konfrontativen Religionsbekundung“.

als solche zu identifizieren, sie nicht durch Verweise auf allgemeine gesellschaftlich-krisenhafte Entwicklungen zu relativieren, sondern ihren ideologischen Gehalt zu erkennen, ihnen entschiedener zu begegnen und betroffene Opfer(gruppen) zu stärken. Beide Perspektiven teilen zudem die Kritik am Ansatz der akzeptierenden Jugendarbeit. Dieser Ansatz dominierte in den 1990er Jahren die offene Jugendarbeit vor allem mit Blick auf die Begegnung von Rechtsextremismus in Ostdeutschland (aber nicht nur dort) und wirkt bis heute fort. Was also ist akzeptierende Jugendarbeit, wie wurde und wird sie umgesetzt, was wird kritisiert und welche Alternativen gibt es in der Präventionsarbeit?

Entwickelt wurde der Ansatz der akzeptierenden Jugendarbeit in den frühen 1990er Jahren durch den an der Fachhochschule Bremen lehrenden Sozialpädagogen Franz Josef Krafeld (1996) und Mitarbeitende in seinem Umfeld. Hintergrund war der nach 1989 neu aufkommende Rechtsextremismus, der nicht mehr von den bekannten „Altnazis“, sondern vor allem durch Jugendliche bzw. Cliques junger Erwachsener geprägt war. Bis dahin bestand ein Großteil der in Westdeutschland überhaupt erst in den 1970er und 1980er Jahren entstandenen Jugendeinrichtungen in selbst organisierten und eher dem linken Milieu zuzuordnenden Initiativen, die keinen Platz für ein politisch eher rechts orientiertes Klientel boten, das von Angeboten sozialer Arbeit oft ausgeschlossen blieb. Auch Formen aufsuchender Arbeit gab es bis dahin erst punktuell. In den östlichen Bundesländern galt das umso mehr, da auch im Bereich von Jugendarbeit den vertrauten und abgewickelten DDR-Strukturen wenig neue und angepasste Angebote für Jugendliche in schwierigen und erschwerten Lebensumständen gegenüberstanden.

Ausgangspunkt des Ansatzes einer akzeptierenden Jugendarbeit war vor diesem Hintergrund zunächst der im Kinder- und Jugendhilfegesetz formulierte und uneingeschränkt geltende Anspruch: „Jeder junge Mensch hat das Recht auf Förderung seiner Entwicklung und Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit.“ Im Mittelpunkt der akzeptierenden Jugendarbeit, so formulierte Krafeld, stünden nicht die Probleme, die „Jugendliche machen“, sondern die Probleme, die „Jugendliche haben“ (Krafeld 1996: 4). Der Blick auf die „problematischen“, das heißt gefährdeten oder bereits ideologisierten Jugendlichen sollte sich dabei also immer auch auf die gesellschaftlichen Verhältnisse richten, in denen sie lebten und groß wurden. Das Wissen um und das Einfühlen in die Lebenswelten und Erfahrungen von Jugendlichen kann hier als Voraussetzung dafür gelten, dass pädagogische Fachkräfte deren Perspektiven verstehen (im Sinne von nachvollziehen) und eine Bindung zu ihnen aufnehmen können, auf deren Grundlage ihre Ansprachen und Angebote nur Wirkung entfalten können (das heißt, von den Klient\*innen nicht geradewegs abgewehrt werden). In der praktischen Umsetzung dieser Grundgedanken standen dann die

folgenden Aspekte im Mittelpunkt (vgl. zum Folgenden: Glaser 2021; Tiedeken 2015):

**1. Trennung von Person und Position:** Respekt, Anerkennung und Akzeptanz sollen demnach grundsätzlich der Person des\*der Jugendlichen entgegengebracht werden. Nur auf dieser Basis kann eine Beziehung entstehen, die es im Weiteren erst ermöglicht, vom\*von der jeweiligen Jugendlichen vertretene Positionen und Überzeugungen infrage stellen zu können. Ein Beispiel: Voraussetzung dafür, dass der\*die Jugendarbeiter\*in sich mit den Jugendlichen an ihrem Ort treffen und dort deutlich machen kann, dass er\*sie die im Hintergrund laufende rechte Musik „scheiße“ findet und nicht hören will, ist die bestehende Beziehung.<sup>11</sup> Voraussetzung für das Gelingen pädagogischer Arbeit wäre demnach, dass die Jugendlichen „ihre“ Pädagog\*innen anerkennen, was nur der Fall sein kann, wenn diese ihnen mit grundlegender Akzeptanz und Wertschätzung begegnen können. Ein „Herz für Rechte“ also als Voraussetzung pädagogischer und präventiver Arbeit? Bereits an dieser Stelle steht unter anderem die Frage nach dem Spektrum der erreichbaren Jugendlichen und jungen Erwachsenen: von rechtsaffinen Pubertierenden bis hin zu ideologisierten Kadern?

**2. Unterstützung bei der Selbstsozialisation:** Zur „Förderung der Entwicklung und Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit“ gehört in der akzeptierenden Jugendarbeit die Unterstützung von Wirksamkeitserfahrungen durch Selbstsozialisation, die es entsprechend zu unterstützen gilt. Ein Beispiel: In Bremen wurden rechten Gruppen Räumlichkeiten („Erfahrungs- und Bildungsräume“) und Unterstützung beim Erwerb von Musikinstrumenten oder technischem Equipment gewährt, um Jugendlichen Erfahrungen von Eigenregie, Selbstwirksamkeit und Anerkennung zu ermöglichen. Auch hier stellen sich u. a. die Frage, wie weit die Unterstützung (hier: rechte Rockmusik) gehen oder ob die Fokussierung auf rechtsextreme Jugendliche nicht dazu führen kann, andere Jugendliche, vor allem solche, die von rechter Macht und Gewalt betroffen sind, noch weiter zu verdrängen, statt sie und ihre Erfahrungen zum Ausgangspunkt der Praxis zu machen?

**3. Strategien zur Lebensbewältigung:** Akzeptierende Jugendarbeit sollte nicht an vorgefassten Zielen politischer Bildung (Belehrungs- und Aufklärungsangebote) ansetzen, sondern Lebenswelten, Interessen, Bedarfe und konkrete Probleme der Jugendlichen zum Ausgangspunkt ihrer Praxis machen. Ein Beispiel: Bei der Errichtung und Gestaltung dörflicher Kinderspielplätze oder Jugendzentren können Jugendliche nicht nur handfeste Erfolge feiern, sondern auch lernen, eigene Interessen zu

<sup>11</sup> Aus dem Gespräch des Autors mit einem Jugendarbeiter, der in den 1990er Jahren in Göttingen mit rechten Jugendlichen gearbeitet hat.

verfolgen. Initiativen, so die zugrundeliegende Annahme, die nicht von den Eigeninteressen der Jugendlichen ausgingen, blieben wirkungslos, weil sie nicht durch die Jugendlichen selbst gewünscht und getragen werden. Auch hier stellt sich die Frage, wie weit die Orientierung an den Wünschen rechtsaffiner oder rechtsextremer Jugendlicher gehen kann und an welcher Stelle ihre Positionen und Einstellungen durch Kritik oder Verunsicherung hinterfragt und konfrontiert werden können?

### In der Praxis ...

... zeigte sich, dass unter dem Eindruck des Primats von Beziehungsaufbau die Elemente der Konfrontation und Grenzsetzung häufig zurücktraten, obgleich sie sehr wohl Grundbestandteile des akzeptierenden Ansatzes sind.<sup>12</sup> So steht außer Frage, dass der Zugang über Beziehung, Akzeptanz und Förderung an vielen Orten eher zur Stabilisierung und Stärkung der rechten Szene beigetragen hat, statt diese zu schwächen und weiteren Zulauf zu verhindern. Alternative Jugendszenen wurden auf diese Weise verdrängt und unterdrückt, Betroffene rechter Gewalt und Repression zusätzlich marginalisiert. Außerdem führte die Priorität des Aufbaus persönlicher Bindungen und die Fokussierung auf die Probleme, die rechte Jugendliche „haben“, zu einer Entpolitisierung. So wurden „rechte“ Positionen und Verhaltensweisen oft nicht grundlegend hinterfragt, sondern toleriert und damit das Entstehen von Orten befördert, an denen rechtsorientierte und rechtsextremistische Positionen und Jugendliche dominierten und Andersdenkende verdrängten. Begünstigt wurde dies, indem Durchführung und Betreuung der Angebote in die Hände von häufig fachfremdem Personal gelegt wurden, das auf Basis kostengünstiger und kurzfristiger ABM-Stellen eingestellt und schon von daher am geforderten Aufbau langfristiger stabiler Beziehungen zu den Jugendlichen scheitern musste, obgleich eben diese die Voraussetzung von gelingender Konfrontation und Verunsicherung hätten sein sollen.

Michaela Glaser (2021) beschreibt die Wirkung des akzeptierenden Ansatzes im „Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt“ (AgAG) von 1992 bis 1996 so: Anlass zur Etablierung des Programms waren demnach vor allem Ausschreitungen in Ostdeutschland nach 1989, in deren Folge Konzepte aus dem Westen implementiert wurden. 120 Projekte wurden gefördert, die großenteils mit rechtsextremen Jugendlichen arbeiteten, meist mit dem akzeptierenden Ansatz. Zwar seien, so Glaser, in diesem Zuge wichtige Beiträge zur Schaffung von bis dato gar nicht existenten Jugendhilfestrukturen bzw. abgewickelten Einrichtungen geleistet worden. Gleichwohl hätten die Projekte ohne „flankierende Maßnahmen“ und Kooperationen vor Ort auf sich gestellt ohne Anbindung an die Kommunalpolitik arbeiten müssen. Unter Bezug auf Studien zum Programm betont Glaser, wie das in der Praxis verkürzte Verständnis des Konzepts

<sup>12</sup> Zum Folgenden siehe Tiedeken (2015: 7f.); Glaser (2022: 180ff.); vgl. auch Schuhmacher/Zimmermann (2021).

fälschlicherweise oft als „Synonym für keine Regeln setzen, alles erlauben, niemanden ausgrenzen“ verstanden worden sei. Nur wenige der Projekte hätten sich „ernsthaft mit dem eigentlichen Konzept beschäftigt, das sehr wohl (...) Grenzsetzungen vorsieht“ (Baer, zitiert nach Glaser 2021).

Dieses verkürzte Verständnis von „Akzeptanz“, die einseitige Fokussierung auf Desintegrations- und Frustrationserfahrungen nach 1989 als Ursachen von Gewalt und Ideologisierung, die de facto oft resultierende Verdrängung nichtrechter Jugendlicher sowie die Übertragung eines für Randgruppen in westdeutschen Städten entwickelten Konzepts auf den ländlichen ostdeutschen Raum gelten als Hauptgründe für das vielerorts zu konstatierende Scheitern von Projekten der akzeptierenden Jugendarbeit. Damit war aber nicht nur die Arbeit mit rechtsgerichteten Jugendlichen auf Jahre gestoppt – erst 2011 wurde sie als „Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen“ wieder zum Förderschwerpunkt im Programm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ des BMFSFJ.<sup>13</sup> Darüber hinaus geriet der Ansatz der akzeptierenden Jugendarbeit insgesamt so stark in Misskredit, dass er, wie eingangs skizziert, in der politischen Auseinandersetzung heute oft nur noch in abgrenzender negativer Konnotation und als Beweis dafür angeführt wird, dass pädagogische und präventive Arbeit im Kontext von Extremismus auf keinen Fall „zu verständnisvoll“ sein dürfe.<sup>14</sup> Auch in Auseinandersetzungen um die Islamismusprävention gilt das vermeintliche Scheitern der akzeptierenden Arbeit mit rechtsextrem gefährdeten bzw. orientierten Jugendlichen als abschreckendes Beispiel und dient der Kritik an Zugängen (hier vor allem solchen in der universellen Präventionsarbeit in Schulen beispielsweise), denen vorgeworfen wird, gesellschaftliche Verhältnisse in der Migrationsgesellschaft, vor allem Rassismuserfahrungen von Jugendlichen, über Gebühr hervorzuheben und damit den Islamismus als Ideologie zu relativieren, obwohl diese doch hinter religiös begründeten Protesten und Provokationen stünde (siehe oben sowie Anmerkung 2).

### Gibt es Alternativen?

Kurz gesagt: Nein. Denn pädagogische, präventiv wirksame Arbeit – gleich ob in der universellen, selektiven oder indizierten Prävention – ist weder Politik noch Polizeiarbeit. Sie kann nicht gelingen ohne grundlegende Akzeptanz und Empathie für die Jugendlichen – gleich ob sie rechtsextremistische, islamistische oder andere menschenverachtende und -abwertende Positionen vertreten mögen. Dazu gehört auch das Bestreben in Pädagogik, Prävention und Distanzierungsarbeit, „problematische“ bis hin zu ideologischen Positionen junger Menschen im Kontext ihres individuellen und nicht zuletzt gesamtgesellschaftlich be-

<sup>13</sup> Zu weiteren Fördermaßnahmen im Bereich siehe Glaser (2022: 180ff).

<sup>14</sup> Eine Bestandsaufnahme von Wilfried Schubarth (Universität Potsdam aus dem Jahr 2002) zu den Erfahrungen aus der pädagogischen Arbeit zur Begegnung von Rechtsextremismus in den 1990er Jahren zeigt, wie sich die Themen der Debatte wiederholen (Schubarth 2002).



dingten Entstehens zu betrachten. Denn „Nazis“ oder Islamist\*innen fallen nicht vom Himmel. Vielmehr sind ihre Denkmuster, Wahrnehmungen, Überzeugungen, Haltungen, Positionen und Verhaltensformen bei aller Eigenverantwortlichkeit immer auch Produkte und Erscheinungsformen gesellschaftlicher Verhältnisse. Dieses im Blick zu halten, muss Bestandteil jeder sich kritisch nennenden präventiven Praxis sein. Und es ist die Voraussetzung, um Ansätze, Wege und Zugänge zu finden, junge Menschen zu erreichen und gegenüber extremistischen Angeboten stärken bzw. bei bereits bestehender Ideologisierung irritieren und verunsichern zu können. Denn kein Argument und keine konfrontierende und repressive Maßnahme wird jungen Menschen Anstöße geben, wenn sie nicht einher geht mit dem Versuch und der Bereitschaft von Fachkräften, selbst Perspektivwechsel vorzunehmen und sich auf die grundlegende Verletzbarkeit von Menschen, auf biografische Erfahrungen und auf entwürdigende gesellschaftliche Verhältnisse einzulassen, die diese meist geprägt haben. Erst das schafft auch die Voraussetzung zu kritischer Reflexion und Konfrontation.

Dass gerade in Zeiten zunehmend als polarisierend wahrgenommener gesellschaftlicher Auseinandersetzungen die akzeptierende Jugendarbeit auch von zivilgesellschaftlichen Akteuren im Feld grundlegend infrage gestellt wird, ist eher Ausdruck und Teil der Krise und keineswegs ein Beitrag zu ihrer Bewältigung. So auch das geflügelte Wort vom „Glatzenputzen“: Ähnlich wie die pauschalisierende Kategorie „Nazis“ entwürdigt es Menschen, kategorisiert sie, reduziert sie auf ein äußerliches Merkmal und spiegelt eine Haltung, mit der Präventionsarbeit und gesellschaftliche Inklusion nicht gelingen können, die aber stattdessen Desintegration, Polarisierungsphänomene und Ideologisierungen noch Vorschub leistet. In der Folge differenziert der öffentliche, teilweise auch der Fachdiskurs nicht genügend zwischen „gefährdeten“ und rechts- bzw. rechtsextrem „orientierten“ Jugendlichen und spricht oft über Prävention von Rechtsextremismus im Allgemeinen. Gleiches gilt für den Diskurs zum Islamismus: Hier werden religiös konnotierte Protesthaltungen und Verhaltensweisen, wie die Verweigerung von Schweigeminuten oder Handgeben durch Jugendliche, vorschnell und ohne Blick auf die Lebenswirklichkeiten, den situativen Kontext und die Perspektiven der Jugendlichen in die Nähe von Islamismus oder gar Terrorismus gerückt und sollen entsprechend „bekämpft“ werden.<sup>15</sup>

Ignoriert wird in der pauschalisierenden Kritik auch, dass aus den Erfahrungen mit akzeptierender Jugendarbeit schließlich Schlüsse gezogen

<sup>15</sup> Mit dem Hinweis auf Parallelen in der Diskussion zur Islamismusprävention sollen keineswegs die Unterschiede von rechtsorientiertem und religiös begründetem Protestverhalten negiert werden – hieße das doch in der Regel, entweder Rechtsorientierung zu relativieren oder problematische religiös begründete Positionen zu dramatisieren. Beispielhaft für eine vorschnelle Klassifizierung von schwierigem Verhalten Jugendlicher als „islamistisch“ sind etwa die Reaktion des Berliner Geschichtslehrerverbands (Stolz 2020) und der offene Brief des Präventionsträgers DEVI (2020) an die Berliner Bildungssenatorin nach dem Mord am französischen Geschichtslehrer Samuel Paty.

werden konnten. So sind in den vergangenen Jahren Ansätze ent- und weiterentwickelt worden, die nicht zuletzt auf dem Konzept der akzeptierenden Jugendarbeit beruhen. Glaser (2021) nennt etwa die „gerechtigkeitsorientierte Jugendarbeit“ (Krafeld), die „Integrationspädagogik“ (VAJA), die „subversive konfrontative Verunsicherung“ (Osborg), den „biografisch-narrativen Ansatz“ (Köttig) und „genderreflektierende Perspektiven“ (u.a. Radvan). Hinzuzufügen wäre hier z. B. auch die „Verantwortungspädagogik“ (Violence Prevention Network).<sup>16</sup>

All diese Ansätze versuchen unterschiedliche Lebenswirklichkeiten, biografische Erfahrungen und das Gewordensein von Positionen einzubeziehen, ohne die Betroffenen aus eigener Verantwortlichkeit zu entlassen und ohne auf Konfrontation und Repression zu verzichten, wenn es zu Grenzüberschreitungen bis zur Ausübung von Gewalt kommt. Das ist herausfordernd. Denn für die Fachkräfte bedeutet dies in der Praxis immer auch, über den Tellerrand zu blicken und die eigene Blase zu verlassen, was heißt, sich selbst (Wo liegen meine Grenzen?), die eigene privilegierte Position und die eigene Perspektive beständig zu reflektieren (z.B. mit Blick auf Milieu, Bildung oder Zugehörigkeit). Das schließt ein, Werte junger Menschen (z.B. im Verhältnis zu Arbeit oder Geschlechtern) und politische Positionen (z.B. zu Migration und Nation) auch dann zu akzeptieren, wenn sie den eigenen diametral gegenüberstehen mögen und sich für gänzlich andere Normen und Formen (z.B. in Musik, Ästhetik) zu interessieren. Als Fachkräfte müssen sie in diesem Zuge zunächst sich selbst in Ambiguitätskompetenz üben, bevor diese an andere zu vermitteln wäre (Müller 2021). Das ist umso wichtiger vor dem Hintergrund, dass Fachkräfte sich oft als marginal, gesellschaftskritisch oder oppositionell verstehen. Im Verhältnis zu ihrem Klientel gehören sie jedoch oft – zum Beispiel in der außerschulischen Jugendarbeit oder in zivilgesellschaftlichen Organisationen – irgendwie selbst zum bürgerlich-liberalen Mainstream bzw. zu den gesellschaftlichen Eliten oder Diskurs- und Meinungsführer\*innen.

Es versteht sich von selbst, muss aber gegenüber polemischen Anwürfen immer wieder beteuert werden, dass akzeptierende Jugendarbeit dort ihre Grenzen hat, wo Menschen nicht (mehr) zu erreichen und andere vor ihnen zu schützen sind; und dass im Kontext von Prävention zwischen universeller, selektiver und indizierter Dimension zu unterscheiden ist: So müssen gegebenenfalls Kader rechts liegen gelassen und lediglich mit Blick auf Strafrecht und Sicherheit betrachtet werden. Auf der anderen Seite stehen „gefährdete“ und rechts oder islamistisch „orientierte“ Jugendliche. Bevor nämlich Kritik und Konfrontation bei ihnen wirken können, benötigen gerade sie – da weiß die präventive Praxis schon lange, was die politisch geführte Debatte schnell vergessen macht – besonders viel Zuwendung, Empathie und: Akzeptanz.

<sup>16</sup> Auch die oft in Gegensatz zum akzeptierenden Ansatz formulierte „menschenrechtsorientierte“ Arbeit mit Jugendlichen speist sich aus dessen Erfahrung (siehe dazu Feustel 2014).

## Netzwerke ausbauen – Nachhaltige Kooperationen schaffen

### Empfehlungen zur proaktiven Stabilisierung von Zugangswegen zu Zielgruppen der selektiven und indizierten Prävention

Thomas Mücke und  
Johanna West  
(Violence Prevention Network)

#### Klient\*innenzugang durch aufsuchende Ansätze

Die schwierigste Phase der Deradikalisierungs- und Distanzierungsarbeit mit Klient\*innen der selektiven und indizierten Prävention ist die Kontaktaufnahme. Der Aufbau einer Vertrauensbasis zum\*zur Klient\*in stellt eine überaus anspruchsvolle Aufgabe dar, da meist junge Menschen erreicht werden sollen, die sich bereits von der Gesellschaft und den staatlichen Strukturen entfremdet haben. Mit dem Eintauchen in extremistische Szenen und den damit einhergehenden Isolationstendenzen kommt es häufig zu einer Abschottung gegenüber der als feindlich wahrgenommenen Außenwelt. Wie können solche Personen erreicht werden?

Dieser Herausforderung stellen sich zivilgesellschaftliche Akteur\*innen der selektiven und indizierten Prävention, indem sie verschiedene Zugangswege zu ihren Klient\*innen ausloten und sichern. Als Zugangswege lassen sich dabei reaktive und proaktive Ansprachen unterscheiden, die sowohl offline als auch online erfolgen und umfeld- bzw. lebensweltbezogen oder individuell, direkt und personenbezogen sein können. Ein weiterer wichtiger Zugangsweg zu den Klient\*innen entsteht durch Kooperationen mit Behörden, Schulen, Fachkräften und Multiplikator\*innen im Feld, die Fälle an die Beratungsstellen überweisen. Doch was gilt es dabei zu beachten? Gerade die proaktive Ansprache stellt die Extremismusprävention vor große Herausforderungen. Wie können relevante Klient\*innen identifiziert werden, ohne Stigmatisierung und Vorurteile zu fördern? Diesen Fragen nähern wir uns im Folgenden an, um anschließend Empfehlungen zur Stabilisierung der Fallzugangswege geben zu können.

Der direkte Kontaktaufbau zu Klient\*innen gelingt durch aufsuchende Berater\*innen, die sich nicht in die Vermittlung von Gegennarrativen verstricken, sondern zunächst eine grundsätzlich interessierte Haltung gegenüber den Betroffenen und ihrer Lebenssituation einnehmen. Die radikalisierte Person wird über lebensweltnahe Ansprachen und niedrigschwellige Angebote direkt adressiert. Die Berater\*innen nehmen die Klient\*innen mit ihren individuellen Stärken und Schwächen an und

reduzieren sie nicht auf ihre extremistischen Einstellungen oder Taten. In der Beratung geht es um das Verstehen der Entwicklungen und nicht um ein Verständnis für die Taten. Es gilt, das Denken, Fühlen und Handeln der Klient\*innen nachzuvollziehen, ohne es dabei zu rechtfertigen. Diese Akzeptanz kann dazu führen, dass die Klient\*innen sich schrittweise für die Beratung öffnen. Berater\*innen müssen besonders darauf achten, dass sie authentisch bleiben, um für die Klient\*innen kongruente und nahbare Gesprächspartner\*innen sein zu können. Dazu gehört ein fortwährendes selbstkritisches Betrachten der eigenen professionellen Arbeitsweise – persönlich und als Team (vgl. Mücke 2020). Die Haltung der Berater\*innen und die Kenntnis der Lebenswelten junger Menschen sind unverzichtbare Bedingungen für eine gelingende Kontaktaufnahme.

Erfahrene Berater\*innen sollten beides mitbringen und können in dieser Arbeit unter bestimmten Voraussetzungen auch von Aussteiger\*innen der extremistischen Szene unterstützt werden. Dieser Zugang ist nicht unproblematisch (vgl. RAN 2017), doch können ehemalige Extremist\*innen unter professioneller Anleitung und Begleitung eine besondere Bedeutung erhalten. Sie können beispielhaft

zeigen, dass es möglich ist, sich von der jeweiligen Szene zu lösen und das eigene Leben zu verändern. Sie können es schaffen, sich mit Klient\*innen auf einer lebensweltnahen Ebene zu treffen – gerade durch ihre eigene, persönliche Geschichte – und können nachfühlen, was eine Person während eines Ausstiegs erlebt (vgl. RAN 2017). Die eigene Biografie kann dabei ein wertvolles Handwerkszeug in der Beratungsarbeit sein und beispielhaft aufgearbeitet werden. Dies kann vor allem in sozialen Milieus erfolgen, in denen gegenüber Polizei und Staat eher Misstrauen herrscht. Möglicherweise sprechen Aussteiger\*innen eine dem\*der Klienten\*in vertraute Sprache und finden dadurch besser Zugang zu bereits radikalisierten Personen oder vulnerablen Zielgruppen (vgl. Tapley/ Clubb 2019). Hat eine Person Zweifel und erkennt Widersprüche, können Aussteiger\*innen von Bedeutung sein, um einen Ausstieg weiter voranzutreiben (vgl. RAN 2017).

#### Die besondere Bedeutung von Aussteiger\*innen:

- Aussteiger\*innen können wichtige Schlüsselpersonen für den Zugang zu Personen sein, die durch andere Menschen nicht mehr erreicht werden. Sie können den schwierigen Distanzierungsprozess empathisch begleiten, kennen die Risikofaktoren aus der eigenen Biografie und haben eine gute Kenntnis über praxisnahe Lösungsstrategien.
- Aussteiger\*innen sind interessante und authentische Erzähler\*innen und können damit eine sinnvolle Ergänzung der Präventionsprogramme sein.
- Aussteiger\*innen haben einen aufgrund ihrer Szenekenntnisse eigenen Blick auf den Fall und können somit ein wichtiges Korrektiv zur sozialarbeiterischen Sichtweise darstellen.
- Aussteiger\*innen haben Wissen über Rekrutierungsstrategien der extremistischen Szene und deren Dynamiken. Sie können damit einen Beitrag leisten, extremistische Gefahren frühzeitig zu erkennen.

Wenn ehemalige Extremist\*innen eingebunden werden, um neue Zugänge zu vulnerablen und extremismusgefährdeten jungen Menschen zu schaffen, müssen jedoch auch mögliche negative Einflüsse und Risiken bedacht werden. So sind Rückfälle in den Extremismus bei Aussteiger\*innen auch Jahre nach ihrem Verlassen der Szene möglich. Außerdem qualifiziert der Status als Aussteiger\*in nicht automatisch für eine Mentor\*innenrolle, zusätzliche Ausbildungen sind in der Regel erforderlich. Auch können Aussteiger\*innen aufgrund ihrer eigenen Betroffenheit nicht immer eine professionelle Distanz zu ratsuchenden Menschen garantieren (vgl. RAN 2017).

## Klient\*innenzugang durch Kooperationsstrukturen

Ein authentisches Auftreten professioneller Berater\*innen und ihr Bezug zum Lebensraum der Klient\*innen sind nicht nur bei der direkten, aufsuchenden Kontaktaufnahme ausschlaggebend. Auch beim Aufbau von Kooperationsstrukturen mit zugangsschaffenden Institutionen und Personen, wie etwa Schulen oder Moscheegemeinden, sind diese beiden Faktoren erfolgversprechend. Die enge Zusammenarbeit mit solchen Kooperationspartner\*innen ist für den Zugang zu den Klient\*innen von großer Bedeutung. Denn nur selten wendet sich eine gefährdete Person selbst an eine Beratungsstelle oder ein Ausstiegsprogramm. Oftmals sind es Angehörige oder Freund\*innen, aber auch Institutionen und Personen im sozialen Umfeld wie Schulen, Jugendeinrichtungen oder Jugendamtsmitarbeiter\*innen, die sich an die Beratungseinrichtung wenden und so einen ersten Kontakt zur betroffenen Person ermöglichen. Daher ist die informelle Vernetzung mit unterschiedlichen Akteur\*innen für die Fallakquise ein zentraler Faktor. Grundsätzlich zeigt sich auch im weiteren Verlauf, dass gerade solche Distanzierungsangebote angenommen werden, die in kommunalen bzw. lokalen Strukturen verankert sind und – mit Unterstützung von Multiplikator\*innen, Personal und Fachkräften – in möglichst diverse Lebensbereiche (behördlich, politisch, zivilgesellschaftlich) relevanter Zielgruppen hineinreichen (vgl. Praßer et al. 2018). Die indirekte Arbeit mit Bezugspersonen aus dem sozialen Umfeld einer extremismusgefährdeten bzw. extremistischen Person hat mehr Aussicht auf Erfolg, wenn diese Schlüsselpersonen gut und authentisch in einer Zielgruppen-Community vernetzt sind und glaubwürdig auftreten. Die Berater\*innen können auf diese Weise mithilfe des sozialen Umfelds Distanzierungsprozesse bei der betroffenen Person begleiten und eine Deradikalisierung anstoßen.

Um möglichst proaktiv Zugänge zu Klient\*innen zu finden und Fälle in möglichst frühen Phasen von Radikalisierung zu akquirieren, spielen effektive Kooperationsstrukturen und eine informelle Vernetzung im Feld eine bedeutende Rolle (vgl. Gruber et al. 2016: 36). Als zentrale Handlungsfelder für eine Professionalisierung der Fallakquise haben sich dabei neben dem sozialen Umfeld der radikalisierten bzw. radikalierungsgefährdeten Person insbesondere die Polizei und Sicherheitsbehörden, Jugendämter und Jobcenter, Schulen sowie muslimische Communitys erwiesen.<sup>17</sup>

<sup>17</sup> Die folgenden Erkenntnisse basieren zum großen Teil auf den Ergebnissen des vom BAMF geförderten Projekts „Zugangswege erweitern – Professionalisierung der Fallakquise im Bereich islamistischer Extremismus“ vom Violence Prevention Network. Im Rahmen des Projekts wurden im Zeitraum 2021–2022 erste grundlegende Erkenntnisse gewonnen, welche Zugangswege effektive Kooperationsstrukturen und eine Stabilisierung der Fallakquise versprechen. Darüber hinaus konnten sowohl erfolgsmindernde Faktoren als auch wirksame Methoden und Strategien identifiziert werden. Mittels einer Bedarfsanalyse wurden bisher unterrepräsentierte Zugangswege ermittelt, die anschließend in der Phase des methodischen Testing erprobt wurden. Zum Vergleich wurden zwei Bundesländer ausgewählt, ein Stadtstaat (Berlin) und ein Flächenstaat (Hessen), um differenzierte Transferempfehlungen für andere Bundesländer zu entwickeln. Zur Auswertung der erprobten Zugangswege hinsichtlich Herausforderungen und Gelingensbedingungen wurden qualitative, teilstrukturierte Expert\*inneninterviews mit den Projektdurchführenden geführt.

## Gelingensbedingungen von Kooperationsstrukturen in unterschiedlichen Handlungsfeldern

Beim Ausbau von Kooperationsstrukturen zeigen sich je nach Handlungsfeld unterschiedliche Herausforderungen. Neben strukturellen Hürden können mitunter Vorurteile und fehlendes Wissen über die Arbeit einer Beratungsstelle dazu führen, dass die Bereitschaft gering ausfällt, Zeit und Raum für eine Kooperation zu schaffen. Die Vorbehalte betreffen etwa Sinn und Erfolgsaussichten des pädagogischen Ansatzes der Präventionsarbeit. Durch fehlendes Verständnis für die unterschiedlichen Rollen und Aufträge der beteiligten Akteur\*innen können Misstrauen und Konkurrenzdenken entstehen, die einen Austausch auf Augenhöhe verhindern.

So fürchten etwa Mitarbeitende in Behörden nicht selten, dass es als Ausdruck mangelnder Kompetenz gesehen wird, wenn sie externe, für die Bearbeitung von islamistischem Extremismus spezialisierte Fachkräfte beauftragen oder hinzuziehen. Eigene Unsicherheiten im Umgang mit extremistisch gefährdeten Jugendlichen und jungen Erwachsenen werden jedoch nicht immer ausreichend reflektiert und eingestanden. Häufig spielt dabei auch der Wunsch eine Rolle, Konflikte selbst lösen zu wollen, oder die Meldung und Weitervermittlung an eine Beratungsstelle wird nicht als Teil des eigenen Aufgabenbereichs verstanden. Auch unterschiedliche Einschätzungen bezüglich des Radikalisierungspotenzials können dazu führen, dass eine Kooperation mit den Beratungsstellen nicht als sinnvoll angesehen wird. Der Mehrwert einer Zusammenarbeit wird so mitunter aufgrund mangelnder Sensibilität für den Themenbereich nicht erkannt, gerade bei Verdachtssachverhalten fehlt häufig ein Problembewusstsein.<sup>18</sup>

Insbesondere beim Zugang zu muslimischen Communitys, Moscheegemeinden sowie islamischen Organisationen und Einrichtungen liegen spezifische Gelingensbedingungen und Voraussetzungen vor.<sup>19</sup> Fahim/Ghandour verweisen in diesem Zusammenhang auf Stigmatisierungen, die – basierend auf Zuschreibungen in Richtung „Islam“ und „Muslim\*innen“ – den Aufbau von Kooperationsstrukturen belasten können. Vor diesem Hintergrund fürchten Gemeinden und Verbände zum Beispiel, unter Extremismusverdacht zu geraten und vom Verfassungsschutz beobachtet zu werden, wenn sie mit einem Träger aus dem Bereich der

<sup>18</sup> Ein tragfähiges System zur institutionalisierten Kommunikation zwischen Beratungsstellen und Behörden bietet beispielsweise das Hessische Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus (HKE). Das HKE koordiniert und vernetzt die landesweiten Bemühungen zur Prävention und Intervention gegen verfassungsfeindliche Bestrebungen aus allen Bereichen des Extremismus zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Stellen.

<sup>19</sup> Das „Präventionsnetzwerk gegen religiös begründeten Extremismus“ warnt besonders vor einer undifferenzierten Zielgruppendefinition, ausschließlich basierend auf der zugeschriebenen Gruppen-, hier Religionszugehörigkeit, die Stigmatisierung und Vorurteile befördern könne. Diese Gefahr bestehe besonders, wenn im Vorfeld der Maßnahmen keine oder nur eingeschränkte Kontakte und Beziehungen zu muslimischen Gemeinden bestanden. Im Umkehrschluss bedeute dies, dass eine Vertrauensbasis in muslimischen Gemeinden solchen Gefahren entgegenwirken könne (siehe Fahim/Ghandour 2019).



Deradikalisierung zusammenarbeiten. Auch wenn Communitys aufgrund öffentlicher Diskurse vermuten, dass Präventionsträger hauptsächlich staatliche Sicherheitsinteressen verfolgen, erschwert dies den Zugang zu gefährdeten Zielgruppen über den Weg der muslimischen Gemeinden (vgl. Dantschke/Köhler 2013: 19). Ohnehin ist deren Vertrauensverhältnis zu staatlichen und zivilgesellschaftlichen Institutionen nicht zuletzt aufgrund von zunehmendem antimuslimischem Rassismus häufig beschädigt und die Zusammenarbeit vielfach durch „strukturelle Asymmetrien und Misstrauen gegenüber dem Präventionsanliegen geprägt“ (Deutscher Bundestag 2017).

Hinzu kommt auch hier die Angst vor Imageverlust. Häufig wird die Zusammenarbeit mit Deradikalisierungsträgern als Eingeständnis verstanden, nicht selbst in der Lage zu sein, mit diesen Fällen umgehen und die Probleme intern lösen zu können. Mitunter fehlt es auch am Verständnis für den pädagogischen Ansatz von Beratungsarbeit und für die Komplexität von Radikalisierungsprozessen, deren Begegnung es erfordert, Alltag und Lebenswelten gefährdeter Personen in die pädagogische Arbeit zu integrieren und nicht etwa ausschließlich auf theologischer Ebene zu arbeiten – könnte es doch bei einer ausschließlich theologischen Bearbeitung unter anderem zur „Vernachlässigung gesellschaftlicher, politischer, familiärer und psychologischer Einflussfaktoren auf Radikalisierungsprozesse“ (El-Mafalaani et al. 2016: 19) kommen, die zu beachten für Deradikalisierungsprozesse unerlässlich ist.

Auch im Handlungsfeld Schule hat sich die Angst vor einem Imageverlust und einer Stigmatisierung der Schüler\*innen als Hürde für die Einbindung von spezialisierten Beratungsstellen erwiesen. Es wird befürchtet, aufgrund der Zusammenarbeit mit einer Beratungsstelle im Bereich „Islamistischer Extremismus“ öffentlich als Problemschule bzw. -einrichtung dazustehen.



Hindernisse und Erfolgsfaktoren beim Aufbau nachhaltiger Kooperationsstrukturen zur Fallakquise

Voraussetzung für eine gelingende Zusammenarbeit im Bereich der Fallakquise sind in allen zugangsschaffenden Handlungsfeldern Vertrauen und eine Kommunikation, die sich durch Augenhöhe und Wertschätzung auszeichnet. Offenheit und Interesse für die Thematik und den Präventionsansatz ist ausschlaggebend für eine nachhaltige Zusammenarbeit, auf deren Basis Falltransfers gelingen können. Deswegen gilt es, in enger Beziehungsarbeit ein gegenseitiges Verständnis für den jeweiligen Ansatz und die unterschiedlichen Rollen, Methoden und Arbeitsaufträge aufzubauen und so mögliche Vorbehalte abzubauen und eine Kommunikation auf Augenhöhe zu etablieren. Zudem müssen stabile Rahmenbedingungen für einen gemeinsamen Austausch geschaffen werden, in dem die Chancen multiperspektivischer Fallarbeit verdeutlicht werden und in dem immer wieder herausgestellt wird, dass ein gemeinsames Ziel verfolgt wird. Auch durch Fortbildungen und Sensibilisierungsmaßnahmen, die Präventionsträger für Behördenvertreter\*innen und Multiplikator\*innen in den genannten Arbeitsfeldern anbieten, kann ein Problembewusstsein für das Themenfeld und für die Aufgaben und Methoden von Beratungsstellen geschaffen werden.

#### Empfehlungen für die Praxis

Dem in der Islamismusprävention hohen Stigmatisierungspotenzial kann durch breit gefächerte, niedrigschwellige und lebensweltorientierte Beratungsangebote begegnet werden, die erste Zugänge ermöglichen. Besonders förderlich ist im Weiteren das Auftreten von Beratungskräften als authentische, glaubwürdige, verständnisvolle Ansprechpartner\*innen, die im besten Fall Identifikationsmöglichkeiten bieten, auf deren Grundlage eine persönliche Beziehung entstehen kann, die auf Vertrauen basiert und durch beständige und zeitaufwendige Pflege aufrechterhalten und gestärkt werden muss. Neue Zugangswege können über Aussteiger\*innen oder digitale Ansprachen und Formate geschaffen werden – hier stellen sich weitere Herausforderungen für eine Professionalisierung der Fallakquise.

Als förderlich für die Fallakquise haben sich auch langjährige Kooperationsstrukturen und eine intensive Vernetzung von Präventionsträgern mit Akteur\*innen in relevanten Handlungsfeldern erwiesen. So sind effektive Kooperationen insbesondere mit Institutionen und Einzelpersonen entstanden, die bereits positive Erfahrungen und Erlebnisse mit Projektmitarbeiter\*innen der Beratungsstellen bzw. dem Träger gemacht haben, auch wenn diese mitunter in anderen Kontexten stattgefunden hatten. Gerade in Handlungsfeldern mit hohem Stigmatisierungspotenzial können solche Kontakte und Kooperationen durch Präventions- und Empowerment-Workshops, Austauschformate und das Angebot themenspezifischer Begleitung noch gefördert werden.



Im Zuge dieser Kontaktaufnahme und der Etablierung von Kooperationsstrukturen können Personen mit Interesse am Themenbereich, an einer Zusammenarbeit und am pädagogischen Ansatz als Schlüsselpersonen dienen. Bei der Suche nach solchen Schlüsselpersonen können wiederum Organisationen und Einrichtungen als Türöffner einbezogen werden, die bereits das Vertrauen einer Moscheegemeinde oder einer Schule gewonnen haben. Solche Organisationen und Einrichtungen im weiteren Umfeld von Zielgruppen können zu wichtigen Vermittlern werden – denn die formelle und informelle Vernetzung von Trägern der Präventionsarbeit im Feld ist entscheidend für eine Verstärkung der Fallakquise. Auch der bestehende, auf Vertrauen und eingeübter Praxis basierende Austausch zwischen der Trägerlandschaft und den Sicherheitsbehörden kann hier als Beispiel für eine gelungene Kooperation in der Fallakquise angeführt werden.

## Erfolgsfaktoren

**Verständnis von (De-)Radikalisierung als gesamtgesellschaftlichem Ansatz**

**Problembewusstsein für das Themenfeld und Verständnis für die Aufgaben bzw. den Auftrag der Beratungsstellen**

**Schlüsselpersonen in den Handlungsfeldern und institutionelle Schlüssel- und Vermittlungskontakte**

**Verankerte Strukturen der Kooperation und Zusammenarbeit**

**Vertrauen, Transparenz und Kommunikation auf Augenhöhe**

## Strategien

- **Sensibilisierungsmaßnahmen: Workshops, Fortbildungen, Schulungen**
- **Sensibilisierungsmaßnahmen: Workshops, Fortbildungen, Schulungen**
- **Informationsveranstaltungen, Austauschformate, gemeinsame Fallarbeit**
- **Umfassende Vernetzungsarbeit (formell und informell)**
- **Einbeziehung weiterer Träger oder Institutionen als Türöffner bzw. Vermittler**
- **Treffen fester Vereinbarungen mit Einrichtungen und Behörden bzgl. des Ablaufs bei Verdachtsfällen**
- **Professionalisierung ehrenamtlicher Strukturen durch Qualifizierungsangebote**
- **Schaffung entsprechender Strukturen und Ressourcen**
- **Niedrigschwellige, geregelte Rahmenbedingungen**
- **Langfristige und andauernde Kommunikation**
- **Persönlicher Kontakt**
- **Niedrigschwellige Kontaktaufnahme und Angebote**
- **Breite Themenaufstellung**
- **Beziehungspflege**
- **Austausch über Rollen- und Aufgabenverteilung**

## Erfahrungen aus der Rechtsextremismusprävention nutzen

### Queerfeindlichkeit in der selektiven und indizierten Prävention von religiös begründetem Extremismus

Alexandra Korn  
(Violence Prevention Network)

Aus der indizierten Prävention im Phänomenbereich Rechtsextremismus ist bereits bekannt, dass Ablehnung von und Feindlichkeit gegenüber queeren Menschen ein Anknüpfungspunkt für die Beratungspraxis darstellen kann (vgl. KN:IX 2022b). Im Phänomenbereich Islamismus existiert insbesondere im Kontext schulischer Präventionsarbeit bereits Informations- und Lehrmaterial zu Queerness und Religiosität (vgl. Yavas et al. 2021; ufuq.de o. J.). In der selektiven und indizierten Präventionsarbeit klafft hier jedoch noch eine Wissenslücke. Im Folgenden soll deshalb eine Bestandsaufnahme vorgenommen werden, die den Wissenstand zu Queerfeindlichkeit und Islamismus mit Praxiserkenntnissen aus der Rechtsextremismusprävention verbindet. Darauf aufbauend soll überprüft werden, ob und wie Queerfeindlichkeit in der pädagogischen Beratungsarbeit zur Distanzierung von islamistischer Ideologie nutzbar gemacht werden kann.

Rechtsextremistische und islamistische Anschläge haben in den vergangenen Jahren gezeigt, dass Queerfeindlichkeit ein Motiv für extremistische Gewalt darstellen kann. Bereits in den Jahren 2016 und 2020 richteten sich zwei islamistische Anschläge gezielt gegen queere Menschen und Gemeinschaften.<sup>20</sup> Im Juni 2022 erfolgte zuletzt ein weiterer queerfeindlich motivierter Anschlag durch einen mutmaßlich islamistisch motivierten Täter.<sup>21</sup> Zwar betrifft das Problem queerfeindlich motivierter Gewalt nicht nur extremistische Szenen, doch bieten solche Gewalttaten extremistischer Täter\*innen Anlass für einen genaueren Blick auf die Schnittstellen zu anderen Merkmalen extremistischer Ideologien.

#### Universelle Prävention

Die allgemeine Vorbeugung extremistischer Einstellungen, beispielsweise durch Angebote der politischen Bildung

#### Selektive Prävention

Die Arbeit mit Personen oder deren Umfeld, bei denen sich bereits erste Anzeichen von Radikalisierung abzeichnen oder bei denen die Radikalisierung bereits fortgeschritten ist

#### Indizierte Prävention

Die Arbeit mit bereits radikalisierten Personen, zwecks der Verhinderung von (erneuter) Gewalt

20 Ziel des islamistisch motivierten Attentäters von Orlando im US-Bundesstaat Florida war 2016 der queere Nachtclub „Pulse“, während 2020 im sächsischen Dresden ein schwules Paar angegriffen wurde, wobei einer der Partner ums Leben kam.

21 Kurz vor der Pride Parade in Oslo wurden, abermals in einem queeren Nachtclub, zwei Menschen durch einen mutmaßlich islamistisch motivierten Täter getötet sowie weitere verletzt.

## Was ist Queerfeindlichkeit?

Queerfeindlichkeit, also die Ablehnung von queeren<sup>22</sup> Menschen bis hin zu deren Diskriminierung sowie gegen sie gerichtete psychische und körperliche Gewalt, ist ein gesamtgesellschaftliches Thema. Das machen nicht zuletzt die Fallzahlen im Bereich der Hasskriminalität gegen LSBTI<sup>23</sup> deutlich, wie sie in der offiziellen Statistik zu politisch motivierter Kriminalität des Bundesministeriums des Innern und für Heimat (BMI) erhoben werden.<sup>24</sup> Demzufolge wurden für das Jahr 2021 insgesamt 1.051 Straftaten in den Feldern „Geschlecht/Sexuelle Identität“ und „Sexuelle Orientierung“ registriert, davon 190 Gewalttaten (vgl. Bundesministerium des Innern und für Heimat 2022b). Dies stellt einen erneuten Anstieg im Vergleich zum Vorjahr dar, als insgesamt 782 Straftaten von Hasskriminalität gegen LSBTI verzeichnet wurden, davon 154 Gewalttaten.<sup>25</sup> Zwar können steigende Fallzahlen auch Folge vermehrter Anzeigen aufgrund eines zunehmenden Problembewusstseins sein. Doch machte beispielsweise die 2020 veröffentlichte LGBTI<sup>26</sup>-Studie der EU-Grundrechteagentur noch einmal das Ausmaß der nach wie vor großen Dunkelziffer deutlich: Im EU-Durchschnitt gaben lediglich 14 Prozent der befragten Opfer queerfeindlicher Angriffe an, zur Polizei gegangen zu sein, um einen physischen Angriff oder sexualisierte Gewalt anzuzeigen. Im EU-Durchschnitt lehnten 2019 noch 20 Prozent der EU-Bürger\*innen die Aussage ab, dass schwule, lesbische und bisexuelle Menschen die gleichen Rechte haben sollten wie heterosexuelle Menschen. In Deutschland waren es noch neun Prozent (Statista 2022).

Queerfeindlichkeit als eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung wahrzunehmen, muss deshalb zunächst bedeuten, anzuerkennen, dass durch die Wahrnehmung von queeren Menschen ausgelöstes Unbehagen und ihnen gegenüber bestehende Vorurteile nach wie vor ein weit verbreitetes Phänomen in der sogenannten Mitte der Gesellschaft sind. Gleichzeitig stellt Queerfeindlichkeit nachweislich auch eine Ausprägung Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (GMF) dar und ist als solche ein zentrales Element extremistischer Ideologien.<sup>27</sup>

22 Der Begriff bezeichnet sexuelle und geschlechtliche Identitäten, die nicht heterosexuellen Normen entsprechen. Unterschiedlichen Erhebungen nach identifizieren sich in Deutschland zwischen sieben und zehn Prozent der Bevölkerung als queer.

23 Das Akronym steht für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans- und Intersexuelle Personen.

24 Dabei werden Straf- und Gewalttaten gegen LSBTI seit dem Jahr 2020 zwei unterschiedlichen Unterthemenfeldern zugeordnet, um zwischen „transphob“ und „homofeindlich“ motivierten Taten zu unterscheiden, wobei sich erstere auf Geschlecht/Sexuelle Identität und letztere auf die sexuelle Orientierung beziehen.

25 Wobei außerdem noch von einer Dunkelziffer auszugehen ist, da viele Fälle von queerfeindlich motivierter Gewalt nicht zur Anzeige gebracht werden oder nicht als solche in die Statistik einfließen (LSVD o. J.).

26 Dieses Akronym steht für die englischen Begriffe lesbian, gay, bisexual, transgender und intersexual.

27 An dieser Stelle kann nicht darauf eingegangen werden, dass durchaus Fälle offen homosexueller Mitglieder rechtsextremistischer Szenen bekannt sind, wie beispielsweise Michael Kühnen. Auch die Selbstwahrnehmung des US-amerikanischen Rechtsextremisten Jack Donovan als androphil statt homosexuell bietet Anlass, sich dem Thema noch differenzierter zu widmen.

Dies heißt nicht, dass alle Menschen, die Vorurteile gegenüber queeren Menschen haben, Extremist\*innen wären. Die Anerkennung von Queerfeindlichkeit als gesamtgesellschaftliche Herausforderung muss allerdings bedeuten, die Sichtbarkeit und Teilhabe queerer Menschen auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Zusammenlebens zu fördern. So kann das Bewusstsein dafür geschärft werden, wann eine ablehnende Haltung gegenüber queeren Menschen und Gemeinschaften gewaltlegitimierend bzw. Ausdruck einer extremistischen Denkweise sein kann. In der Folge muss Queerfeindlichkeit auch als phänomenübergreifende Herausforderung in der Präventions- und Distanzierungsarbeit Anerkennung finden und in Beratungskontexten aufgegriffen werden, wenn sie sich dort als Thema abzeichnet.

### Ideologieübergreifende Queerfeindlichkeit

In einem Beitrag für die Bundeszentrale für politische Bildung über Frauen- und Queerfeindlichkeit als ideologieübergreifendes Element extremistischer Gruppierungen im Kontext Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit trägt Ariane Wolf die neuesten Erkenntnisse über queerfeindliche Elemente extremistischer Ideologien zusammen (Wolf 2021). Dabei beschreibt die Autorin unter anderem, wie heteronormative Vorstellungen von Geschlecht, Sexualität, Partnerschaft und Familie mit der Ablehnung von Queerness verknüpft sind.<sup>28</sup> Daraus geht hervor, dass rechtsextremistische und islamistische Kreise besonders stark von traditionellen, heterosexuellen Rollen- und Familienbildern geprägt sind, was, abhängig vom jeweiligen Kontext, biologistisch, religiös, traditionalistisch oder völkisch begründet wird. Die von heterosexuellen Normen ausgehende Ablehnung abweichender Geschlechter- und Familienverhältnisse und die damit verbundene Abwertung von als „anders“ markierten Personen und Gruppen haben in extremistischen Denkweisen zugleich identitätsstiftenden Charakter.

Diese Vorstellungen von heteronormativen Geschlechterverhältnissen umfassen auch Männlichkeits- und Weiblichkeitskonstruktionen, die sowohl im Rechtsextremismus als auch im Islamismus eine wichtige Funktion für den Zusammenhalt der Gruppe haben – gleichwohl sie auch in der Gesamtgesellschaft noch weit verbreitet sind. Während hier die Ablehnung zunehmender Bestrebungen nach Anerkennung geschlechtlicher und sexueller Vielfalt oft mit dem Argument einer vermeintlichen Sprachkontrolle in Erscheinung tritt, wird sie in extremistischen Kreisen offen propagiert. Dort heißt es, dass die eigene Gruppe gestärkt und stabilisiert werden müsse und dabei Männern die Rolle zukäme, Frauen in der Gruppe zu schützen, während Frauen bestimmte weiblich normierte Aufgaben zufielen wie beispielsweise die Sorgearbeit für den Nachwuchs der Gruppe. Homosexualität und andere nicht-heteronormative

<sup>28</sup> Heteronormativität beschreibt die Annahme, dass Heterosexualität die Norm darstellt. Eine heteronormative Sichtweise spiegelt sich zum Beispiel in der Vorstellung, dass Familien auf die Konstellation Vater, Mutter und Kind beschränkt sind.

Identitäten und Lebensentwürfe stehen diesen klar definierten Vorstellungen über die Stärkung der eigenen Gruppe durch Reproduktion traditioneller Rollenbilder diametral entgegen.

Phänomenübergreifend zu beobachten ist auch das Nachtrauern einer Vergangenheit patriarchaler Autorität und einem damit einhergehenden Männlichkeitsverständnis, aus dem sich männliche Besitzansprüche ableiten (Wolf 2021). Die Verteidigung rechtsextremistischer und islamistischer patriarchaler Anspruchslogik unterscheidet sich dabei ideologisch: So wird im Rechtsextremismus explizit ein weißer männlicher Anspruch verteidigt, während in islamistischen sowie auch anderen religiös-fundamentalistischen Diskursen oftmals eine angebliche moralische Degeneration der Gesellschaft im Fokus steht, die verhindert werden müsse.

### Queerness und Religion

Religiös begründete Vorstellungen gegen nicht-heteronormative sexuelle und geschlechtliche Identitäten beruhen meist auf einer wortwörtlichen und mitunter selektiven Auslegung religiöser Schriften und Überlieferungen wie dem Koran oder der Bibel. So interpretieren zum Beispiel die meisten traditionellen Lesarten die Geschichte über Sodom und Gomorrha bis heute als ein Verbot von Homosexualität, während andere Interpretationen davon ausgehen, dass in der Geschichte lediglich sexualisierte Gewalt verurteilt wird und nicht Homosexualität. Gleichmaßen lassen sich entsprechende Stellen in Bibel oder Koran, die gegen Homosexualität als eine auf Dauer angelegte Liebesbeziehung zwischen Menschen gleichen Geschlechts verstanden werden und zur religiösen Legitimierung von Queerfeindlichkeit herangezogen werden, aus heutiger Sicht eher als Hinweis auf den Zusammenhang zwischen Sexualität und Macht lesen (Spendier 2018).

In seinem Buch „Muslimaniac“ verweist der Politikwissenschaftler Ozan Zakariya Keskinliç darauf, dass zunehmend auch queerfeministische Lesarten der islamischen Schriften zur Verfügung stehen. Aufbauend auf der langen Tradition gleichgeschlechtlicher Beziehungen im heutigen Nahen und Mittleren Osten sowie einer traditionell großen Ambiguitätstoleranz und Meinungspluralität im Islam, verweist Keskinliç darauf, dass auch solche Haltungen herausgearbeitet werden könnten, die Islam und Queerness miteinander verbinden (Keskinliç 2021). Ähnlich argumentierend fordert etwa die Initiative #OutInChurch die Anerkennung von Vielfalt, Homosexualität und Queerness in der katholischen Kirche in Deutschland. Sie bietet außerdem Informationsmaterialien und Möglichkeiten für Vernetzung (#OutInChurch 2022).<sup>29</sup>

<sup>29</sup> Informationen und Beratung zum Thema bieten unter anderem auch der Liberal-Islamische Bund e.V. (LIB) oder ufuq.de (o. J.).

## Erfahrungen aus der Rechts-extremismus-prävention nutzbar machen

Peter Anhalt ist als Fachbereichsleiter Rechtsextremismus bei Violence Prevention Network zuständig für die Distanzierungs- und Ausstiegsbegleitung der Beratungsstellen. Er erläutert die Auseinandersetzung mit Queerfeindlichkeit in der Beratungsarbeit als einen möglichen Zugangsweg für Reflexion und auch biografisches Arbeiten (vgl. KN:IX 2022b): Zunächst einmal gehe es – wie immer in der Beratungspraxis – darum, zuzuhören und im Verlauf gemeinsamer Gespräche herauszufinden, ob eine ablehnende Haltung gegenüber queeren Menschen möglicherweise ein Thema des\*der Klienten\*Klientin darstellt. In diesem Fall könne im Rahmen nachfolgender Gespräche darüber in einen Austausch getreten werden – wobei der Grundsatz gelte, alles als eventuell distanzierungsrelevantes Arbeitsthema zu prüfen, was Klient\*innen „anbieten“.

Um die Chancen zu erhöhen, dass sich Klient\*innen trauen, bestimmte Gedanken auszusprechen, sei es von Vorteil, so Anhalt, Offenheit und Wertfreiheit zu signalisieren. So sprechen Berater\*innen in Gesprächen mit Klient\*innen oft über ihre eigenen Werte und geben bisweilen auch etwas über sich selbst preis. Um Klient\*innen zu unterstützen, für die das Thema Queerfeindlichkeit eine Relevanz haben könnte, müssten sich Berater\*innen deshalb gegebenenfalls zunächst selbst die Frage stellen, wie frei und offen sie im Umgang mit Queerness eigentlich sind. Das könnte zum Beispiel auch im Rahmen einer Supervision geschehen.

Erfahrungsgemäß taucht das Thema oft dann in Beratungskontexten auf, wenn es um Werte und Bilder von Männlichkeit geht. Männlichkeitsbilder können dabei als Anforderung verstanden werden, sich so zu verhalten, „wie Männer sind“, oder wie sie denken, sich verhalten zu müssen, um als männlich zu gelten.<sup>30</sup> Zwar können diese Vorstellungen individuell variieren, doch gelten beispielsweise aggressives Auftreten oder das Verbergen von Emotionen nach wie vor als zentrale Attribute von Männlichkeit. Auch dieses Bild beschränkt sich mitnichten auf extremistische Kreise, sondern ist gesamtgesellschaftlich weit verbreitet und bietet gerade deshalb Anknüpfungspunkte für eine extremistische Zuspitzung. Dazu gehört beispielsweise die Ausübung oder zumindest die Glorifizierung direkter körperlicher Gewalt im Kontext des politischen Kampfes, der als ein soldatisch-kriegerischer begriffen wird – zum Beispiel in der Abwehr behaupteter Bedrohungen – oder in der Regulation weiblicher Sexualität.<sup>31</sup> Die Reflexion und Dekonstruktion von Männlichkeits- und Weiblichkeitsvorstellungen kann sich insofern phänomenübergreifend als Einstieg in das Thema Queerness bzw. Homosexualität eignen.

<sup>30</sup> Ebenso ist es wichtig, mit weiblichen Klientinnen Weiblichkeitsbilder aufzuarbeiten. Die Erfahrungen, aus denen Peter Anhalt spricht, beziehen sich allerdings überwiegend auf die Beratungsarbeit mit männlichen Klienten.

<sup>31</sup> Vgl. hierzu Overdieck (2014) – zwar bezieht sich der vorliegende Beitrag ausschließlich auf den Phänomenbereich Rechtsextremismus, doch trifft diese Betrachtung im selben Maße auf den Phänomenbereich islamistischer Extremismus zu.

Wichtig zu beachten sei dabei, so Anhalt, dass Gespräche mit Klient\*innen über Homosexualität bzw. Homofeindlichkeit einen sensiblen Teil ihrer Identität berühren, da mit Sozialisation und sexueller Orientierung sehr intime biografische Komponenten betroffen seien. Demgegenüber könnten sich Klient\*innen in anderen Ungleichheitsideologien – wie etwa im Antisemitismus – in dem Wissen, selbst keine jüdische Person zu sein, persönlich leichter von Jüdinnen\*Juden abgrenzen, weil man eben Antisemit sei und nun einmal keine Jüdinnen\*Juden möge. Gleichmaßen ginge das als weiße Person mit Blick auf die Abwertung von People of Color (PoC).<sup>32</sup> Anders verhält es sich in Bezug auf sexuelle Identität: Hier spürt ein\*e Klient\*in vielleicht ein homosexuelles Begehren, das sich ihm\*ihr jedoch aufgrund des eigenen Feindbildes verbietet. Mit diesem Widerspruch konfrontiert, könnte sich die Ablehnung bis hin zum Hass entwickeln, der sich nach außen richtet. Vor diesem Hintergrund rät Anhalt dringend davon ab, Klient\*innen direkt und vorschnell auf eine mögliche homosexuelle Neigung anzusprechen. Ergänzen lässt sich hier, dass sich auch hinter der Abwertung von PoC und Jüdinnen\*Juden versteckte Begehren verbergen können, was etwa im Hass auf das „exotisierte Andere“ zum Ausdruck kommen kann. Genauso kann die Abwertung von PoC auch damit in Zusammenhang stehen, dass die eigene Identität als *Weißer* und damit verbundene Privilegien als bedroht wahrgenommen werden.

Für die Beratungspraxis bleibt daher festzuhalten, dass es auch beim Thema Queerfeindlichkeit wichtig ist, unterschiedliche Formen möglicher persönlicher Betroffenheit der Klient\*innen in den Blick zu nehmen. Hauptsächlich geht es dann in jedem Beratungsangebot darum, dass die Klient\*innen ihre Handlungsmöglichkeiten erweitern, sich selbst weiterdenken und von extremistischen Denk-, Handlungs- und Fehlweisen distanzieren können. Indem sich persönliche Reflexions- und Handlungsmöglichkeiten erweitern, können sich auch die Wahrnehmung der Umgebung und der Umgang mit ihr verändern. Wenn es in diesem schwierigen Bemühen den Beratenden einmal nicht oder nur schwer möglich sein sollte, die eigenen Perspektiven und die eigene Arbeit mitzudenken, können sie sich selbst beraten lassen, andere Kolleg\*innen einbeziehen oder um Unterstützung bitten.

<sup>32</sup> Eine politische Selbstbezeichnung für Menschen, die von der Mehrheitsgesellschaft als nicht *weiß* wahrgenommen werden.



## **Konkrete Empfehlungen für die Praxis**

- Queerfeindlichkeit sollte sowohl als gesamtgesellschaftliche Herausforderung wie auch als potenzielles Thema der Beratungsarbeit wahrgenommen werden.
- Um zum Thema sprechfähig zu sein, mag es erforderlich sein, sich grundlegende Informationen und Kenntnisse zum Thema anzueignen sowie gegebenenfalls Supervision in Anspruch zu nehmen.
- Um mit Klient\*innen über den Themenkomplex Queerness, sexuelle und geschlechtliche Vielfalt in den Austausch zu treten, ist es wichtig, Offenheit und Wertfreiheit zu signalisieren.
- Geschlechtervorstellungen können sich gut als Einstiegspunkte für das Thema eignen.

## 04

# Modellprojekte im Feld der Islamismusprävention

Im Programm „Demokratie Leben!“ des BMFSFJ soll eine Reihe von Modellprojekten neue Entwicklungen im Themenfeld aufgreifen und Zugänge sowie pädagogische Angebote und Formate für die Präventionsarbeit entwickeln und erproben. In den Projekten geht es um Empowerment, Online-Streetwork oder die Förderung von Ehrenamtlichen. Für den Report 2022 hat KN:IX die Modellprojekte von „Demokratie Leben!“ gebeten, ihre Arbeit vorzustellen.

## ExPO. Extremismus Prävention Online

### Projektziel

... ist die Stärkung von Pädagog\*innen und Multiplikator\*innen in ihrer Bildungs- und Jugendarbeit mit dem Schwerpunkt der Radikalisierungsprävention. Dies geschieht über Fortbildungen, Beratung sowie die (Weiter-)Entwicklung von Zugangsweisen und Methoden, in denen Online- und Offline-Formate miteinander verschränkt werden, um Radikalisierungen Jugendlicher zu verhindern und Ungleichwertigkeitsvorstellungen in der Gesellschaft abzubauen.

### Zielgruppen

Hauptzielgruppe: Pädagog\*innen/Multiplikator\*innen an Schulen, Jugendzentren und Vereinen

Sekundäre Zielgruppe: Jugendliche und junge Erwachsene

### Methodische Vorgehensweise und Umsetzungsformate

Die Arbeit des Modellprojekts basiert auf zwei zentralen Säulen, die im Laufe der Projektumsetzung ineinandergreifen: Die erste Säule besteht in der Konzeption und Durchführung von Workshops sowohl mit indirekten als auch mit direkten Zielgruppen. Zweite Säule ist die Produktion medialer Erzeugnisse (z.B. Videos oder Podcasts), die auf verschiedenen Kanälen (vorrangig Soziale Medien) verbreitet und bei inhaltlicher Passung als Lehrinhalte in die Workshops eingebunden werden. Gleichzeitig entsteht auch im Rahmen der Workshops Material, das vom Projektteam inhaltlich aufbereitet und medial verarbeitet wird. Das Projekt klärt über extremistische Strategien auf, beleuchtet rechtsextreme und islamistische Ideologien und entwirft zusammen mit den Zielgruppen Gegenperspektiven. Im Zentrum stehen die kritische Auseinandersetzung mit Ungleichwertigkeitsvorstellungen sowie die Stärkung demokratischen Bewusstseins. Als phänomenübergreifendes Projekt erörtern wir, inwiefern Ansätze phänomenübergreifend bzw. universell oder phänomenspezifisch eingesetzt werden sollten und welche Transfermöglichkeiten es zwischen den Präventionsbereichen gibt.

### Kontakt

ExPO. Extremismus Prävention Online

Kortumstraße 106

44787 Bochum

0175 - 820 26 24

[www.ex-position.de](http://www.ex-position.de)

Instagram / YouTube: @expo\_ruhr / Facebook: ex-position

[expo@bildungsnetz-nrw.de](mailto:expo@bildungsnetz-nrw.de)

### Herausforderung in der Praxis

Mit Themen der politischen Bildung ist es über Soziale Medien nicht einfach, ein breites Publikum zu erreichen. Dabei spielt nicht nur der (oft ernste) Inhalt eine Rolle. Dieser sollte zudem möglichst attraktiv und passend zur Zielgruppe erstellt werden, um in der großen Masse von Posts und Videos wahrgenommen zu werden. Mit Corona haben wir unsere Workshop-

Angebote in den digitalen Raum verlagert. Dies hat weitgehend gut funktioniert – Formate des informellen Austauschs sowie der direkten Beratung können online jedoch nur bedingt sichergestellt werden.

## **Jumedi: Junge Muslime engagiert für Demokratie**

### **Projektziel**

... ist es, muslimische Jugendliche, die sich gegen religiös begründeten Extremismus und Islamfeindlichkeit engagieren wollen, zu befähigen, selbstständig Bildungsformate wie z.B. Workshops zu Radikalisierungsprozessen oder Diskriminierung und Rassismus an Schulen und Jugendeinrichtungen konzipieren und durchführen zu können.

### **Zielgruppe**

Junge Erwachsene sowie ehren-, neben- und hauptamtlich in der Kinder- und Jugendhilfe und an anderen Sozialisationsorten tätige Muslim\*innen im Alter von 20–30 Jahren

### **Methodische Vorgehensweise und Umsetzungsformate**

Die JumediE-Multiplikator\*innen (Junge Muslime engagiert für Demokratie im Einsatz) werden in Peer-to-Peer-Methoden geschult, um Bildungsformate wie z.B. eigene Workshops durchführen zu können. Die Projektleitung betreut und begleitet sie dabei. Ein Ziel solcher Workshops in Klassen, Vereinen und gemischt-konfessionellen Gruppen ist es, dass nicht-muslimische Jugendliche ihre Bilder, Vorbehalte und Vorurteile gegenüber Muslim\*innen hinterfragen und Offenheit gegenüber muslimischen Peers gewinnen. Außerdem sollen Achtsamkeit und Kompetenzen gefördert werden, um Radikalisierungsanzeichen im eigenen Umfeld wahrzunehmen und über Handlungsoptionen zu verfügen, die es ermöglichen, direkt auf Betroffene zugehen und die Thematik ansprechen zu können.

### **Kontakt**

JumediE/Mannheimer Institut für Integration und interreligiöse Arbeit e.V.  
Cem Vamin  
U5 22  
68161 Mannheim  
<http://www.jumedimeinsatz.de>  
[vamin@mannheimer-institut.de](mailto:vamin@mannheimer-institut.de)

### **Herausforderungen aus der Praxis**

JumediE versucht, Muslim\*innen unabhängig von ihrer Konfession, ihrer Nationalität und ihrem Geschlecht zusammenzubringen, sie in ihrer Zugehörigkeit zur deutschen Gesellschaft zu vereinen und ihr Engagement für ein

gelingendes Zusammenleben zu fördern. Ziel ist es dabei auch, eigene Positionen innerhalb der muslimischen Community kritisch zu hinterfragen sowie eigene Bedürfnisse wahrnehmen und zum Ausdruck bringen zu können.

## **KAMIL 2.0**

### **Projektziel**

... ist die Entwicklung und Erprobung neuer Handlungskonzepte für die politische Bildungsarbeit mit jungen Erwachsenen muslimischen Glaubens. Das Handlungskonzept sieht vor, extremistische Narrative aufzuarbeiten und durch Bildungs- und/oder Beziehungsarbeit eine Distanzierung und Resilienz zu erwirken. Ein weiteres Projektziel ist die Stärkung muslimischer Identitäten und die Erfahrung von demokratischen Werten in praktischer Arbeit. Zum Zielkatalog gehört auch, muslimischen Organisationen im Umgang mit demokratiefeindlichen jungen Erwachsenen zur Seite zu stehen.

### **Zielgruppe**

Jugendliche und junge Erwachsene muslimischen Glaubens im Sozialraum Hamburg, die demokratiefeindlichen islamistischen Ansprachen ausgesetzt und durch diese irritiert sind

### **Methodische Vorgehensweise und Umsetzungsformate**

In Zusammenarbeit mit ausgewählten Moscheegemeinden werden Konzeptionen zur Ansprache der Zielgruppe in folgenden Themenschwerpunkten erstellt: die Gleichsetzung von Ideologie und Islam seitens der Extremist\*innen; die Abwertung von Andersdenkenden; das Konzept von „Loyalität und Lossagung“ bezüglich demokratischer Systeme; die Annullierung des Glaubens durch eine Akzeptanz des demokratischen Systems; das Erfahrbarmachen demokratischer Werte; die Vermittlung von Medienkompetenz sowie das Durchschauen populistischer Online-Angebote und Ansprachen. Im Anschluss daran werden diese Konzepte in langfristiger Beziehungsarbeit in Gemeinden des Trägers erprobt und weiterentwickelt. Zusätzlich entwickelt das Projekt Hilfestellungen für Imame, Multiplikator\*innen sowie Verantwortliche in muslimischen Gemeinden, die im Umgang mit jungen radikalen Menschen überfordert sind.

### **Kontakt**

Bündnis der Islamischen Gemeinden in Norddeutschland e.V.  
Modellprojekt KAMIL 2.0  
Böckmannstraße 40  
20099 Hamburg  
<http://www.kamil-hamburg.de>  
[info@kamil-hamburg.de](mailto:info@kamil-hamburg.de)

### Herausforderung in der Praxis

Als besonders herausfordernd haben sich die folgenden drei Aspekte erwiesen. (1) Antimuslimischer Rassismus erschwert vor allem das Erfahrbarmachen demokratischer Werte. (2) Muslimische Jugendliche haben oft Bedenken, eigene politische Forderungen, Demokratiedefizite oder andere gesellschaftliche Missstände öffentlich anzusprechen, weil sie befürchten, von anderen vorverurteilt und in die Nähe von islamistischen Gruppierungen gerückt zu werden. (3) Die Einschränkungen durch die Pandemie haben ein durchgängiges langzeitpädagogisches Angebot beeinträchtigt.

### Level Up! – Mehr Impact bei Online-Interventionen

#### Projektziel

... ist die strukturelle Unterstützung von Trägern im Handlungsfeld Online-Extremismusprävention – vorrangig im Phänomenbereich des islamistischen Extremismus. Dadurch soll die Wirksamkeit von Online-Interventionen der Sekundär- und Tertiärprävention verbessert werden. Außerdem soll die Sichtbarkeit von „promising practices“ und Innovationen in der Online-Intervention gesteigert werden.

#### Zielgruppe

Junge Erwachsene sowie ehren-, neben- und hauptamtlich in der Kinder- und Jugendhilfe und an anderen Sozialisationsorten Tätige

#### Methodische Vorgehensweise und Umsetzungsformate

Das Projekt unterstützt die Träger in vier Bereichen: der Zielgruppendefinition, der Wahl der Formate der Intervention, der geeigneten Ansprache sowie bei Beziehungsaufbau und Distanzierungsarbeit.

Dazu werden Bedarfsanalysen durchgeführt und Synergien durch Ressourcenbündelung geschaffen, unter anderem:

- beim Monitoring
- bei der Online-Beratungsarbeit oder den Präventionskampagnen
- beim Coaching
- durch trägerübergreifende Kooperation, intensiven fachlichen Austausch
- die Nutzung externer Expertise
- Die Erkenntnisse werden in Podcast-Folgen und Blogbeiträgen veröffentlicht.

### Kontakt

modus | zad – Zentrum für angewandte Deradikalisierungsforschung gGmbH  
Alt-Reinickendorf 25  
13407 Berlin  
<https://modus-zad.de>

### Herausforderung in der Praxis

Im Projektverlauf sind diverse Herausforderungen offenbar geworden:

- wenige Projekte in Deutschland arbeiten substantiell bzw. intersubjektiv nachvollziehbar online
- infolgedessen fehlen evidenzbasierte Best Practices
- Kommunikation und Beziehungsaufbau bedürfen der Zeit und des sozialen Geschicks
- zeitliche Begrenzung des Projekts limitiert Möglichkeiten
- fehlende Kapazitäten im Projektteam, um auf Recherche- und Monitoringwünsche der teilnehmenden Projekte schnell genug reagieren zu können
- angewandte Konzepte (Schwellenanalyse) sind verbesserungswürdig
- Bedarf nach interdisziplinären Ansätzen

### Local Streetwork – Offline/Online

#### Projektziel

... ist die Erschließung und Verknüpfung von online- und offline-basierten Streetwork-Zugängen, um Jugendliche und junge Erwachsene zu erreichen, die eine Affinität zum islamistischen Extremismus aufweisen können oder bereits entwickelt haben.

#### Zielgruppe

Jugendliche und junge Erwachsene

#### Methodische Vorgehensweise und Umsetzungsformate

Das Projekt entwickelt und erprobt Methoden, um Online-Kontakte mit radikalierungsgefährdeten Personen herzustellen und diese dann in persönliche Arbeitsbeziehungen zu überführen. Die Mitarbeitenden des Projekts sind dazu in den einschlägigen Online-Communitys der Zielgruppe aktiv und suchen dort den Austausch mit Jugendlichen. Zugleich agieren die Streetworker\*innen im lokalen Umfeld der Zielgruppe, etwa in Moscheen, Jugendclubs und an Orten der Schulsozialarbeit, und positionieren sich als Ansprechpersonen. Für die lokal angebotenen Freizeitangebote und Workshops wird darüber



hinaus die Möglichkeit einer niedrighschwelligeren Online-Teilnahme erprobt, um auch junge Menschen ansprechen zu können, die für präventive Maßnahmen sonst nur schwer zu erreichen sind.

### Kontakt

AVP – Akzeptanz, Vertrauen, Perspektive e. V.  
Hansaallee 247 a  
40549 Düsseldorf  
[https://integrationavp.de/praevention/streetwork\\_onoff](https://integrationavp.de/praevention/streetwork_onoff)

### Herausforderung in der Praxis

- Die Online-Kontaktanbahnung ist verglichen mit dem analogen Zugang weitaus komplexer. Sie bietet aber spezifische Möglichkeiten – so kann beobachtet werden, dass eine eher introvertierte Person offener über persönliche Überzeugungen spricht, wenn ihre Anonymität gewahrt ist.
- Es bedarf noch weiterer Praxis bei der Überführung von Online-Kontakten in Offline-Gespräche, um die effektivsten Verknüpfungsmethoden zu erkennen und weiterzuentwickeln.

## Radikalisierungsprävention in Wissenschaft und Praxis – Ein Transfermodell

### Projektziel

Das Vorhaben untersucht in insgesamt acht Durchläufen (nach einer Pilotphase 2020 je zwei Kohorten von 2021 bis 2024) gemeinsam mit Studierenden der Dualen Hochschule, der Fachstelle Extremismuskonstanzierung (FEX) und einem interdisziplinär besetzten Forschungsbeirat, ob und wie Inhalte aus dem Kontext der Radikalisierungsprävention bereits im Studium der Sozialen Arbeit verankert werden sollten. Zusätzliches Ziel ist die Entwicklung eines für die Kontexte der Sozialen Arbeit passenden Anamneseinstruments.

### Zielgruppe

Studierende der Sozialen Arbeit

### Methodische Vorgehensweise und Umsetzungsformate

Die Studierenden besuchen ein Wahlmodul, das mit 60 Semesterwochenstunden im 6. Semester freiwillig gewählt werden kann. In den Seminareinheiten beschäftigen sie sich mit verschiedenen Themen der Radikalisierungsprävention und fertigen als Prüfungsleistung die fünf- bis achtseitige Praxisanwendung eines Anamneseinstruments an. Hierbei wird ein Fall aus der eigenen Praxis mit dem Anamneseinstrument einer ganzheitlichen Betrachtung unterzogen, um mögliche Ansatzpunkte für Präventionsmaßnahmen zu identifizieren. Die Prüfungsleistung inkludiert eine abschließende

kritische Auseinandersetzung zum Mehrwert des Anamneseinstruments. Auf diese Weise erhält das Anamneseinstrument über die Dauer des Forschungsvorhabens eine qualitative Rückmeldung zu seinem praktischen Nutzen. Gleichzeitig bietet die Prüfungsleistung eine Möglichkeit zur konkreten Anwendung verschiedener Inhalte aus dem Studium, um Möglichkeiten und Grenzen sozialarbeiterischen Handelns im Kontext der Radikalisierungsprävention zu identifizieren.

### Kontakt

FEX | Fachstelle Extremismuskonstanzierung  
Landesarbeitsgemeinschaft Mobile Jugendarbeit/Streetwork  
Baden-Württemberg e. V.  
Heilbronner Straße 180  
70191 Stuttgart  
[www.fexbw.de](http://www.fexbw.de)  
[info@fexbw.de](mailto:info@fexbw.de)

### Herausforderungen in der Praxis

Die Idee für das Projekt entstand mit den Praxiserfahrungen der ersten Förderperioden der Distanzierungshilfen in Baden-Württemberg: Radikalisierungsprävention bezog sehr selten die Hilfenetzwerke der Sozialen Arbeit in Lösungsstrategien ein. Radikalisierung und deren Prävention wurden primär verstanden als alleinige Aufgabe der politischen Bildung. Das Vorhaben versucht, sowohl die Soziale Arbeit für ihre Möglichkeiten zu sensibilisieren als auch sich als Ort der politischen Bildung zu verstehen.

## The Game is not Over – Ein Serious Game zu Verschwörungstheorien und Radikalisierung

### Projektziel

Das Spiel „Hidden Codes“ widmet sich der Radikalisierung im Netz (rechte und islamistische). Das Spiel sensibilisiert Jugendliche für problematische Inhalte in den sozialen Medien und bestärkt sie darin, kompetent auf diese zu reagieren. Kernfragen sind dabei: Wie nutzen radikale Gruppen digitale Medien, um für ihre Zwecke zu mobilisieren? Welche politischen Codes und Verschwörungsmymen werden im Netz verbreitet? Was kann ich tun, wenn ich mitbekomme, dass sich jemand in meinem Umfeld radikalisiert?

### Zielgruppe

Kinder und Jugendliche von 12 bis 19 Jahren

### Methodische Vorgehensweise und Umsetzungsformate

Das Spiel entsteht unter Einbezug der Zielgruppe: Ein Team aus Jugendlichen, pädagogischen Fachkräften sowie Expert\*innen begleitet die Entwicklung. Das Spiel und die Biografien der Hauptcharaktere werden nach neuesten Ergebnis-

sen der Radikalisierungsforschung gestaltet. In ausgewählten Schulen wird es in Arbeitsgruppen unter Anleitung einer pädagogischen Fachkraft getestet und ausgewertet. In dieser Pilotphase werden technische und inhaltliche Barrieren identifiziert und beseitigt.

#### **Kontakt**

Bildungsstätte Anne Frank e.V.  
Hansaallee 150  
60320 Frankfurt  
<http://www.bs-anne-frank.de>

#### **Herausforderung in der Praxis**

Die größte Herausforderung beim Einsatz des Spiels im Schulunterricht sind die technischen Voraussetzungen an den Schulen. Für das Spiel werden eine WLAN-Verbindung sowie mobile Endgeräte benötigt (bestenfalls Smartphones, Tablets sind auch möglich).

## **#unserhayat - unser Leben**

Sozialraum- und lebensweltorientierte Arbeit mit Jugendlichen mit Fluchthintergrund im Einflussbereich extremistischer Ansprachen

#### **Projektziel**

... ist die Schaffung von Angeboten für und die Stärkung von jungen muslimischen Geflüchteten in Ostdeutschland als einer – durch Marginalisierung und Diskriminierung einerseits und islamistische sowie antimuslimische Deutungs- und Identitätsnarrative andererseits – besonders gefährdeten Gruppe.

#### **Zielgruppe**

Jugendliche muslimischer Herkunft mit Fluchtgeschichte

#### **Methodische Vorgehensweise und Umsetzungsformate**

Es werden demokratiepädagogische, politisch-bildnerische und sozialpädagogische persönlichkeitsstärkende Maßnahmen der außerschulischen Bildung und der Jugendarbeit eingesetzt. Dies wird unter anderem in Tandemprojekten mit regionalen muslimischen Selbstorganisationen durchgeführt. Die angesprochenen Jugendlichen sollen zur produktiven Deutung und Bearbeitung ihrer Problemlagen befähigt werden, um die Attraktivität beziehungsweise Überzeugungskraft islamistischer Deutungs- und Identitätsangebote, die in ihrem Sozialraum präsent sind, zu schwächen. Fachkräfte der Jugend- und Bildungsarbeit werden zu Herkunfts- und Sozialisationskontexten sowie den individuellen und kollektiven Problemlagen der Jugendlichen sensibilisiert und geschult.

#### **Kontakt**

Multikulturelles Zentrum e.V.  
Standort Halle  
Beesener Straße 3  
06110 Halle  
[info@unserhayat.de](mailto:info@unserhayat.de)

#### **Herausforderung in der Praxis**

Unser Team ist migrantisch, die Kolleg\*innen kommen aus Syrien, dem Iran, dem Libanon und Palästina, die meisten haben unter autoritären politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen gelebt. Was Zielgruppenzugang und Lebensweltorientierung angeht, ist das eine große Stärke. Der Umgang mit deutschen Institutionen, der Bürokratie oder Förderstrukturen ist für uns aber oft herausfordernd, teilweise überfordernd. Das gilt auch für viele (Präventions-)Debatten fern unserer Lebens- und Arbeitswelten mit geflüchteten Communitys hier in Ostdeutschland.

## **#vrschwrg – Ein interaktives Toolkit gegen Ver- schwörungstheorien**

#### **Projektziel**

Das Projekt #vrschwrg stärkt Jugendliche im Umgang mit Verschwörungstheorien (VT), indem (1) Wissen und Kompetenzen zur Identifikation von Verschwörungstheorien und den dahinterstehenden Narrativen vermittelt werden; (2) die Sensibilität für Gefahren erhöht wird, die von Verschwörungstheorien für Gesellschaft, Demokratie und die eigene Lebensgestaltung ausgehen; (3) das Interesse an demokratischer Teilhabe und gelingender Problembewältigung wächst; sowie (4) Selbstwirksamkeit durch kreative Medienproduktion erfahrbar wird. Die Module im multimedialen Toolkit schärfen vor allem das kritische Reflexionsvermögen, stärken die Konfliktfähigkeit sowie Ambiguitätstoleranz der Jugendlichen und regen sozio-emotionales Lernen an. Der dialogorientierte, partizipative Prozess der Entwicklung von Lernmedien im Rahmen eines Peergroup-Ansatzes stärkt das Wissen und das Reflexionsvermögen der beteiligten Jugendlichen und gewährleistet eine adäquate Zielgruppenansprache: Lernmaterialien werden nicht nur für die Zielgruppe entwickelt, sondern gemeinsam mit ihr.

#### **Zielgruppe**

Jugendliche zwischen 16 und 20 Jahre sowie Multiplikator\*innen

#### **Methodische Vorgehensweise und Umsetzungsformate**

Das Projekt „#vrschwrg“ holt Jugendliche in ihrer eigenen Erfahrungswelt ab und bindet sie in die Projektgestaltung ein. Es geht um Wissen (kognitive Ebene), Fähigkeiten (sozial-emotionale Ebene) sowie Haltungen und

Wertorientierungen (Handlungs- und Verhaltensebene). Das Projekt beinhaltet eine phänomenübergreifende multimediale Feldbeobachtung und Recherche, die gemeinsam mit Kooperationspartnern durchgeführt wird. Die Ergebnisse des Monitorings werden entsprechend aufbereitet und didaktisch genutzt.

Auf dieser wissenschaftlich und pädagogisch-didaktisch reflektierten Grundlage werden Themen und deren methodische Umsetzungsformen identifiziert. Zu den Themen gehören:

- VT 1: Grundwissen Verschwörungstheorien und Desinformation
- VT 2: Verschwörungserzählungen und ihre Gefahren (Gefährdungspotenziale)
- VT 3: Soziale Medien
- VT 4: Folgen und Konflikteskalation (Fallbeispiele)
- VT 5: Gesellschaft und Demokratie (Lebensweltbezogene Handlungsansätze)

Das Toolkit wird auf einer öffentlichen Plattform angeboten. Darüber hinaus werden in weiteren Schritten junge Erwachsene als Teamende ausgebildet, die Workshops bundesweit im Tandem durchführen. Zudem gibt es Fortbildungen für Multiplikator\*innen wie Lehrkräfte und Sozialarbeiter\*innen. Die verwendeten Lernmaterialien sind multimedial und innovativ: Neben Trickfilmen und kurzen Filmsequenzen umfassen sie interaktive Infografiken, eine digitale Schnitzeljagd mit Actionbound, Szenarien sowie ein Planspiel.

### Kontakt

#vrschwrng – Ein interaktives Toolkit gegen Verschwörungstheorien  
 Berghof Foundation Operations gGmbH  
 Corrensstr. 12  
 72076 Tübingen  
[www.vrschwrng.de](http://www.vrschwrng.de)  
[vrschwrng@berghof-foundation.org](mailto:vrschwrng@berghof-foundation.org)

### Herausforderungen in der Praxis

Durch das Internet und soziale Medien haben Verschwörungstheorien an Sichtbarkeit gewonnen. Extremistische Kräfte nutzen gezielt narrativ-verschwörungstheoretische Elemente in ihrer Kommunikationsstrategie, um die Glaubwürdigkeit ihrer Nachrichten zu erhöhen. Durch die Verbreitung in sozialen Netzwerken versuchen sie, Einstellungen, Haltungen und Handlungsabsichten gerade von Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu beeinflussen, was in Radikalisierungsprozesse münden kann.

## 180°- Wende Keepers A(ction)

### Projektziel

Im Projekt „180° Wende Keepers A(ction)“ werden Ehrenamtliche aus verschiedenen Städten in Nordrhein-Westfalen für ein Präventionsengagement in ihrem Sozialraum gewonnen. Das Projekt zielt auf Prävention durch Empowerment und legt den Fokus auf die Qualifizierung, Beratung und Begleitung der Ehrenamtlichen (Keepers) von der Umsetzung ihrer Projektideen bis zur Etablierung als eigenständige Initiative. Die Engagierten wirken meist als aktive Kleingruppen in Form von Selbsthilfeinitiativen, die aus der Zielgruppe heraus in die Zielgruppe hineinwirken. Gemeinsam bilden sie ein landesweites Netzwerk, in dem ein Erfahrungs- und Informationsaustausch stattfindet. Das Engagement der Keepers wird durch die „Keepers Kompetenzstelle“ begleitet, die neben der Koordinierung der verschiedenen Ehrenamtlichen und ihrer Projekte ein umfassendes Portfolio an Beratungen und Fortbildungen für Fachkräfte anbietet.

### Zielgruppe

Junge Menschen mit muslimischem Selbstverständnis oder muslimischem Hintergrund und ihre Communities, die sich im Umfeld extremistischer Gruppen bewegen und von ihnen angesprochen werden

### Methodische Vorgehensweise und Umsetzungsformate

Kern des Projekts stellen ehrenamtliche Keepers-Teams dar, die an ihren jeweiligen Standorten mit gefährdeten jungen Menschen Präventionsarbeit leisten. Als positiv wirkende Akteure im Sozialraum stellen sie einen Gegenpol zur extremistischen Szene dar – und bilden ein regionales Netzwerk mit Arbeitsgruppen und Projekten für Erfahrungsaustausch und Synergiebildung.

### Kontakt

180 Grad Wende  
 Regentenstraße 46  
 51063 Köln  
<http://www.180gradwende.de>

### Herausforderung in der Praxis

Das ehrenamtliche Potenzial in der Zielgruppe ist nach wie vor sehr groß. Die Suche nach geeigneten Personen und der Aufbau von längerfristigen Projekten ist ein aufwendiger Prozess, dem die Projektakteur\*innen sich mit viel Engagement und Arbeitseinsatz widmen. Stand Juni 2022 konnten Keepers aus 31 Städten qualifiziert werden. Die Kompetenzstelle hat sich über die Projektzeit als fachkundiger Ansprechpartner etabliert und begegnet einer Vielzahl an Beratungs- und Fortbildungsanfragen.

**Projektziel**

... ist die Erprobung neuer Methoden, um Zugänge zu radikalisierten und radikalierungsgefährdeten Jugendlichen zu erschließen. Dazu wird modellhaft ein Netzwerk von Ehrenamtlichen aus der muslimischen und migrantischen Gemeinde (Coach\*innen, Multiplikator\*innen) und Netzwerkpartnern (staatliche Institutionen, Selbstorganisationen von Migrant\*innen) errichtet, um die Zielgruppe vertrauensvoll und auf Augenhöhe zu erreichen, sie zu sensibilisieren, gemeinsam extremistische Narrative zu dekonstruieren und ihnen bei einer erfolgreichen sozialen Integration zu helfen. Damit soll Radikalisierungsprozessen und dem Entstehen radikaler Szenen entgegengewirkt werden.

**Zielgruppe**

Radikalisierungsgefährdete Jugendliche und junge Erwachsene mit muslimischem Selbstverständnis oder muslimischem Hintergrund

**Methodische Vorgehensweise und Umsetzungsformate**

Neue Zugänge zur Zielgruppe sollen über die soziale Integration von gefährdeten Jugendlichen und deren Sympathiemilieus erschlossen werden. Das Projekt verfolgt einen Ansatz, bei dem die Teilnehmer\*innen durch eine stigmatisierungsfreie und dennoch in der Ablehnung von Extremismus klar gezeichnete Handlungsweise angesprochen werden. In der langzeitpädagogischen Arbeit mit ihnen sollen sie neben der professionellen Beratung durch Fachkräfte in Gruppenangebote für Empowerment und Mentoring eingebunden werden, die ihnen dabei helfen sollen, ihren Platz in der Gesellschaft zu finden. Jugendliche, denen geholfen wurde, werden selbst als Multiplikator\*innen ausgebildet, aktiviert und helfen dann anderen jungen Menschen.

**Kontakt**

180 Grad Wende  
Regentenstraße 46  
51063 Köln  
<http://www.180gradwende.de>

**Herausforderung in der Praxis**

Nach anfänglichen Herausforderungen durch die Covid-Restriktionen konnte der Aufbau und die Pflege des Präventionsnetzwerks inzwischen mit zahlreichen Online- und Offline-Angeboten umgesetzt werden. Aufgrund der wachsenden Größe des Netzwerks und der allgemeinen sozialen Situation der Zielgruppe stellt sich ein erhöhter Beratungs- und Betreuungsbedarf ein, der zur vollen Ausschöpfung der personellen, finanziellen und räumlichen Kapazitäten des Projekts geführt hat.



# Autor\*innen

## Rüdiger José Hamm

ist Diplom-Politologe und seit 2003 in der politischen Bildungsarbeit tätig. Zu seinen wissenschaftlichen Expertisen und praktischen Arbeitsbereichen zählen Extremismus, Critical Mixed Race Studies, Diversity & Anti-Bias Education, Antirassismus und Antisemitismus. Hamm ist Co-Geschäftsführer der Bundesarbeitsgemeinschaft religiös begründeter Extremismus (BAG RelEx).

## Ulrike Hoole

(M.A. Islamwissenschaft, MSc Middle East Politics) ist seit 2021 Fachreferentin für religiös begründeten Extremismus bei der Bundesarbeitsgemeinschaft religiös begründeter Extremismus (BAG RelEx). Zuvor war sie in der Primärprävention von islamistischem Extremismus an Schulen tätig.

## Alexandra Korn

ist wissenschaftliche Mitarbeiterin bei Violence Prevention Network. Sie studierte Europawissenschaften und Verwaltungswissenschaften mit Ausrichtung auf europäische Außenpolitik und Internationale Beziehungen, Nationalismus und gesellschaftliche Teilhabe. In ihrer Tätigkeit befasst sie sich schwerpunktmäßig mit internationalem Praxisaustausch im Bereich der Extremismusprävention und (De-)Radikalisierung.

## Svetla Koynova

ist wissenschaftliche Mitarbeiterin bei Violence Prevention Network. Sie studierte Politikwissenschaften mit einer Spezialisierung in Religionssoziologie sowie inter- und transkulturellem Management. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Monitoring-, Evaluations- und Lernprozesse, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Radikalisierung.

## Thomas Mücke

ist Dipl.-Pädagoge und Dipl.-Politologe sowie Mitbegründer und Geschäftsführer von Violence Prevention Network. Er ist zudem bundesweit als Dozent, Referent und Coach zu Methoden der Antigewaltarbeit, Konfliktmanagement, Jugendarbeit und Straßensozialarbeit sowie den Themen Islamismus und Rechtsextremismus tätig.

## Dr. Jochen Müller

ist Islamwissenschaftler, arbeitete lange als Journalist und ist Mitbegründer und Co-Geschäftsführer von ufuq.de. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Islam, Islamismus und antimuslimischer Rassismus in Deutschland, Kolonialismus und Nord-Süd-Politik, Nahostkonflikt und Antisemitismus sowie Islam und Islamismusprävention in Schule, Pädagogik und politischer Bildung.

## Dr. Götz Nordbruch

ist Islam- und Sozialwissenschaftler und Mitbegründer des Vereins ufuq.de. Für ufuq.de leitet er die Angebote des Vereins im Rahmen des Kompetenznetzwerks „Islamistischer Extremismus“ (KN:IX). Von 2008 bis 2011 war er Assistenzprofessor am Center for Contemporary Middle East Studies der Süddänischen Universität Odense und von 2016 bis 2020 Vorstandsmitglied der Bundesarbeitsgemeinschaft religiös begründeter Extremismus (BAG RelEx).

## Jamuna Oehlmann

hat in Berlin, Bangkok und London Asienwissenschaften, Internationale Beziehungen und Diplomatie studiert. Zu ihren Expertisen zählen u.a. Demokratieförderung und Extremismusprävention. Sie ist Co-Geschäftsführerin der Bundesarbeitsgemeinschaft religiös begründeter Extremismus (BAG RelEx) und seit 2020 auch Koordinatorin des Kompetenznetzwerks „Islamistischer Extremismus“ (KN:IX).

### **Axel Schurbohm**

ist Fachreferent für religiös begründeten Extremismus bei der BAG ReEx. Zuvor arbeitete er in diversen Projekten der Radikalisierungsprävention sowie der Ausstiegs- und Distanzierungsarbeit bei der Türkischen Gemeinde in Schleswig-Holstein e.V. Er studierte an der Fachhochschule Kiel Soziale Arbeit mit dem Schwerpunkt Erziehung und Bildung sowie Migration & Diversität an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel und ist zertifizierter Systemischer Berater (DGSF).

### **Johanna West**

(M.A. Interdisziplinäre Antisemitismusforschung) ist wissenschaftliche Mitarbeiterin bei Violence Prevention Network. Als Sozialwissenschaftlerin setzt sie sich intensiv mit den Themen Gender, Radikalisierung und Islamismus auseinander.

# Literaturverzeichnis

Almohamad, Selman (2021): *Not a Storm in a Teacup: The Islamic State after the Caliphate*, in: *GIGA Focus Middle East*, No. 3, April 2021, [https://pure.giga-hamburg.de/ws/files/24482177/web\\_Nahost\\_2021\\_03\\_en.pdf](https://pure.giga-hamburg.de/ws/files/24482177/web_Nahost_2021_03_en.pdf), abgerufen am 15.06.2022.

Amadeu-Antonio-Stiftung (2013): *Zurück zur Glatzenpflege?*, <https://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/news/reportagen/zurueck-zur-glatzenpflege-2013-09>, abgerufen am 26.08.2022.

Anhalt, Peter (2021): *Zum Umgang mit Homofeindlichkeit in der Distanzierungsarbeit: Ein Begehren, das sich verbietet*, in: *KN:IX-Talks Folge #03*, [https://kn-ix.de/podcast/folge-03/?doing\\_wp\\_cron=1652949487.6843779087066650390625](https://kn-ix.de/podcast/folge-03/?doing_wp_cron=1652949487.6843779087066650390625), abgerufen am 01.09.2022.

Baaken, Till / Hartwig, Friedhelm / Meyer, Matthias (2020): *Die Peripherie des Extremismus auf YouTube – modus insight*, Berlin.

Baer, Silke / Groß, Anna / Jäger, Marie (2020): *Phänomenübergreifende Jugendkulturarbeit in der Radikalisierungsprävention*, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn.

Baer, Silke / Groß, Anna / Jäger, Marie (2020): *Phänomenübergreifende und gendersensible Präventionsarbeit im Projekt PHÄNO\_cultures*, in: Hößl, Stephan E. / Jamal, Lobna / Schellenberg, Frank (Hrsg.): *Politische Bildung im Kontext von Islam und Islamismus*, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, S. 391–406.

Baer, Silke (2014): *Pädagogische Zugänge in der Rechtsextremismusprävention und Intervention. Entwicklungen und Standards in Deutschland und Europa*, in: Baer / Möller / Wichmann (Hrsg.): *Verantwortlich Handeln: Praxis der Sozialen Arbeit mit rechtsextrem orientierten und gefährdeten Jugendlichen*, Opladen, S. 47–66.

Baron, Hanna (2021): *Die Hizb ut-Tahrir in Deutschland: Herausforderungen und Ansätze der Präventionsarbeit*, Infodienst Radikalisierungsprävention, [www.bpb.de](http://www.bpb.de), 21.04.2021.

Becker, Kim Lisa / Meilicke, Tobias (2019): *Kinder in salafistisch geprägten Familien: Aufwachsen mit Risiko- und Schutzfaktoren*. Infodienst Radikalisierungsprävention, [www.bpb.de](http://www.bpb.de), abgerufen am 25.08.2022.

Behr, Harry Harun / Kiefer, Michael / Sitzer, Peter / Waleciak, Julian / Wagner, Kathrin / Freiheit, Manuela / Kulacatan, Meltem (2021): *Good Practice in der praktischen Arbeit gegen religiös begründeten Extremismus*, in: MAPEX-Forschungsverbund (Hrsg.): *Radikalisierungsprävention in Deutschland: Mapping und Analyse von Präventions- und Distanzierungsprojekten im Umgang mit islamistischer Radikalisierung*, Osnabrück/Bielefeld, S. 267–294.

Bundesarbeitsgemeinschaft religiös begründeter Extremismus e.V. (2019): *Standards für das zivilgesellschaftliche Engagement gegen religiös begründeten Extremismus*, Berlin.

Bundesministerium des Innern und für Heimat (2022a): *Antwort auf die Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Ulla Schauws vom 18. März 2022*, <https://www.lsvd.de/media/doc/6810/antwort-schriftliche-frage-ulle-schauws.pdf>, abgerufen am 26.08.2022.

Bundesministerium des Innern und für Heimat (2022b): *Verfassungsschutzbericht 2021*, Berlin.

Çakilkum, Ahmet Numan (2022): *Die Rolle dschihadistischer Bewegungen in sozialen Medien*, in: *Mediathek der BAG RelEx*, 15.06.2022, <https://www.bag-relex.de/angebot/mediathek/#62e3e2455a219>, abgerufen am 29.07.2022.

Crenshaw, Kimberlé (1989): *Demarginalizing the Intersection of Race and Sex*, Chicago.

Dantschke, Claudia / Köhler, Daniel (2013): *Angehörigenberatung und Deradikalisierung: Theoretische und praktische Implikationen, sowie ein erster inhaltlicher Bericht über die Beratungsstelle Hayat*, in: *Journal Exit Deutschland. Zeitschrift für Deradikalisierung und demokratische Kultur*, 1/2013, S. 19.

Deutscher Bundestag (2017): *Unterrichtung durch die Bundesregierung: Bericht der Bundesregierung über die Arbeit und Wirksamkeit der Bundesprogramme zur Extremismusprävention*, Drucksache 18/12743, <https://dserver.bundestag.de/btd/18/127/1812743.pdf>, abgerufen am 01.06.2022.

DEVI (2020): *Offener Brief an die Berliner Senatorin für Bildung, Jugend und Familie Frau Sandra Scheeres und an die Staatssekretärin für Bildung Frau Beate Stoffers*, <https://demokratieundvielfalt.de/tag/offener-brief/>, abgerufen am 01.09.2022.

El-Mafalaani, Aladin / Fathi, Alma / Mansour, Ahmad / Müller, Jochen / Nordbruch, Götz / Waleciak, Julian (2016): *Ansätze und Erfahrungen der Präventions- und Deradikalisierungsarbeit*, PRIF Report. [https://www.hsfk.de/fileadmin/HSFK/hsfk\\_publicationen/report\\_062016.pdf](https://www.hsfk.de/fileadmin/HSFK/hsfk_publicationen/report_062016.pdf), abgerufen am 06.07.2022.

Fahim, Amir Alexander / Ghandour, Ramzi (2019): *Extremismusprävention – Wie zusammen? Wie weiter? Arbeitsweise, Ansätze und Erfahrungen des Präventionsnetzwerks gegen religiös begründeten Extremismus, Präventionsnetzwerk gegen religiös begründeten Extremismus, Türkische Gemeinde in Deutschland e.V. und Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.*, <https://praeventionsnetzwerk.org/wp-content/uploads/2020/06/Diskussionsbeitrag-Extremismuspr%C3%A4vention-Wie-zusammen-wie-weiter.pdf>, abgerufen am 01.06.2022.

FAZ – Frankfurter Allgemeine Zeitung (2022): IS sieht Ukrainekrieg als „Gelegenheit“ für Anschläge in Europa, in: FAZ.NET, 18.04.2022: <https://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/is-sieht-ukrainekrieg-als-gelegenheit-fuer-neue-anschlaege-17964724.html>, abgerufen am 15.06.2022.

Feustel, Susanne (2014): Von der „Glatzenpflege auf Staatskosten“ zur Deradikalisierung als Konzept?, in: Kulturbüro Sachsen (Hrsg.): Politische Jugendarbeit vom Kopf auf die Füße: Zum anwaltschaftlichen Arbeiten mit menschenrechtsorientierten Jugendlichen im ländlichen Raum, <https://kulturbuero-sachsen.de/wp/wp-content/uploads/2019/07/wjd-abschlussdoku.pdf>, abgerufen am 01.09.2022.

Flade, Florian (2022): Afghanistan unter den Taliban: Kein Magnet für Dschihadisten, in: tagesschau.de, 23.05.2022, <https://www.tagesschau.de/investigativ/wdr/afghanistan-taliban-terror-101.html>, abgerufen am 15.06.2022.

Frank, Anja / Scholz, Anna F. (2022): Islamistische Radikalisierung im Kontext von Jugendbiografien und Familie, in: Milbradt, Björn / Frank, Anja / Greuel, Frank / Herding, Maruta (Hrsg.): Handbuch Radikalisierung im Jugendalter. Phänomene, Herausforderungen, Prävention, Opladen, S. 103–119.

Freiheit, Manuela / Uhl, Andreas / Zick, Andreas (2022): Phänomenübergreifende Radikalisierungsprävention: Erkenntnisse aus dem Forschungsprojekt MAPEX, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn.

Freiheit, Manuela / Uhl, Andreas / Zick, Andreas (2021): Phänomenübergreifende Radikalisierungsprävention: Perspektiven aus Praxis und Forschung, in: MAPEX-Forschungsverbund (Hrsg.): Radikalisierungsprävention in Deutschland: Mapping und Analyse von Präventions- und Distanzierungsprojekten im Umgang mit islamistischer Radikalisierung, Osnabrück/Bielefeld, S. 223–266.

Glaser, Michaela (2022): Soziale Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen: Geschichte und aktuelle Konturen eines schwierigen Arbeitsfeldes, in: Köttig, Michaela / Meyer, Nikolaus / Bach, Johanna / Castein, Connie / Schäfer, Mona (Hrsg.): Soziale Arbeit und Rechtsextremismus: Ein Studienbuch für Lernende und Lehrende, S. 179–192.

Gruber, Florian / Lützing, Saskia / Kemmesies, Uwe E. (2016): Extremismusprävention in Deutschland: Erhebung und Darstellung der Präventionslandschaft, Schwerpunktdarstellung Präventionsprojekte in staatlicher Trägerschaft, Forschungs- und Beratungsstelle Terrorismus/Extremismus, Wiesbaden, S. 36.

Hodali, Diana (2022): Nach Tod von IS-Chef: Wie geht es weiter mit dem „Islamischen Staat“?, in: Deutsche Welle, 09.02.2022, <https://www.dw.com/de/islamischer-staat-syrien-irak-nachfolger-terrorismus/a-60706556>, abgerufen am 15.06.2022.

Keskinkılıç, Z. Ozan (2021): Muslimaniac: Die Karriere eines Feindbildes, Hamburg.

Kirchmann, Maryam / Yavas, Aylin / Kautz, Christian (2021): Queere Identitäten im Kontext von Islam und Rassismus: Über die Vereinbarkeit von Muslimisch-Sein und Queer-Sein sowie schulisch-pädagogische Handlungsmöglichkeiten, in: Nora Warrach (Hrsg.): Sexualitäten und Geschlechtsidentitäten in der Migrationsgesellschaft, IDA e.V., abgerufen am 01.09.2022.

Kittleson, Shelly (2022): Islamic State announces „revenge“ attacks during Ramadan, in: Al-Monitor, 25.04.2022, <https://www.al-monitor.com/originals/2022/04/islamic-state-announces-revenge-attacks-during-ramadan>, abgerufen am 15.06.2022.

KN:IX (2022a): Stellungnahme des „Kompetenznetzwerks Islamistischer Extremismus“ zum Ansatz der konfrontativen Religionsbekundung, <https://www.ufuq.de/stellungnahme-des-knix-kompetenznetzwerks-islamistischer-extremismus-zum-ansatz-der-konfrontativen-religionsbekundung>, abgerufen am 26.08.2022.

KN:IX (2022b): KN:IX talks Folge #03: Ein Begehren, das sich verbietet: Zum Umgang mit Homofeindlichkeit in der Distanzierungsarbeit, [https://kn-ix.de/podcast/folge-03/?doing\\_wp\\_cron=1652949487.6843779087066650390625](https://kn-ix.de/podcast/folge-03/?doing_wp_cron=1652949487.6843779087066650390625), abgerufen am 01.09.2022.

LSVD – Lesben- und Schwulenverband o. J.: Homophobe Gewalt: Angriffe auf Lesben, Schwule, bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche Menschen (LSBTI), <https://www.lsvd.de/de/ct/2445-Homophobe-Gewalt#wie-viel-hasskriminalitaet-gegen-lsbt>, abgerufen am 01.09.2022.

MAPEX Forschungsverbund (Hrsg.) (2021): Strukturen schaffen, gemeinsam handeln und Qualität sichern: Eine Handreichung zur Ausrichtung und Zukunft der Radikalisierungsprävention und -intervention mit dem Schwerpunkt des islamistischen Extremismus in Deutschland auf der Grundlage eines systematischen Mappings der Präventionslandschaft, Bielefeld.

Meiering, D. / Drizi, A. / Foroutan, N. (2018): Brückennarrative: Verbindende Elemente für die Radikalisierung von Gruppen, in: PRIF-Report Nr. 7, Frankfurt.

Merz, Fabien (2022): Der Zustand des Islamischen Staats, in: CSS Analysen zur Sicherheitspolitik Nr. 299. Center for Security Studies (CSS), ETH Zürich, <https://css.ethz.ch/content/dam/ethz/special-interest/gess/cis/center-for-securities-studies/pdfs/CSSAnalyse299-DE.pdf>, abgerufen am 01.06.2022.

Ministerium des Innern NRW (2020): 2. Lagebild Salafismus NRW, Düsseldorf.



Mücke, Thomas (2020): „Wir wollen gegen die Unterdrückung der Muslime kämpfen“ – Reflektierende Dialoge in der Arbeit. In: Splinter, Dirk / Wüsthube, Ljubjana (Hrsg.): Mehr Dialoge wagen, Frankfurt am Main, S. 189–205.

Müller, Jochen (2021): Recht behalten ist auch keine Lösung: Ambiguitätstoleranz in der Islamismusprävention, in: KN:IX-REPORT 2021, S. 58 – 67.

Müller, Jochen (2020): Konflikte und Konkurrenzen zwischen politischer Bildung und universeller (Islamismus-)Prävention, in: KN:IX-Report 2020, S. 57–63, <https://kn-ix.de/wp-content/uploads/2021/02/KNIX-Report-2020.pdf>, abgerufen am 25.08.2022.

Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport – Verfassungsschutz (2020): Verfassungsschutzbericht 2019, Hannover.

#OutInChurch 2022: Manifest, <https://outinchurch.de/manifest/>, abgerufen am 01.09.2022.

Overdieck, Ulrich 2014: Männliche Überlegenheitsvorstellungen in der rechtsextremen Ideologie, Bundeszentrale für politische Bildung, <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/197016/maennliche-ueberlegenheitsvorstellungen-in-der-rechtsextremen-ideologie/>, abgerufen am 01.09.2022.

Praßer, Thomas / Schmeil, Adriane / Zander, Johanna (2018): Radikalisierungsprävention im Bildungsangebot der Volkshochschulen: Hintergrundinformationen und praktische Ansätze für eine gelingende Implementierung, Deutscher Volkshochschul-Verband e. V., S. 19.

Radicalisation Awareness Network (RAN) (2017): Dos and Don'ts of Involving Former in P/CVE work, Ex-Post Paper, Bordeaux 2017, S. 4.

Refslund Hamming, Tore (2022): Fractures in the Extremist Landscape: Understanding and Exploiting Jihadist Fratricide, 09.05.2022, <https://mwi.usma.edu/fractures-in-the-extremist-landscape-understanding-and-exploiting-jihadist-fratricide/>, abgerufen am 15.06.2022.

Schiffauer, Werner (2010): Nach dem Islamismus: Eine Ethnographie der Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs, Frankfurt.

Schmidinger, Thomas (2022a): Welche Auswirkungen hat der Krieg in der Ukraine für den Nahen Osten?, in: Der Standard, 08.03.2022, <https://www.derstandard.at/story/2000133890050/transnationale-kriegsfolgen>, abgerufen am 15.06.2022.

Schmidinger, Thomas (2022b): Die Rächer des IS, in: Jungle World, 05.05.2022, <https://jungle.world/artikel/2022/18/die-raecher-des>, abgerufen am 15.06.2022.

Schubarth, Wilfried (2002): Pädagogische Konzepte als Teil der Strategien gegen Rechtsextremismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/25436/paedagogische-konzepte-als-teil-der-strategien-gegen-rechtsextremismus/?p=all>, abgerufen am 26.08.2022.

Schuhmacher, Nils / Zimmermann, Gilian (2021): „Großversuch“ im Schatten der Gewalt: Erfahrungen im „Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt“ sowie in weiteren Ansätzen der Arbeit mit rechts(extrem) orientierten Jugendlichen in Sachsen bis Ende der 1990er Jahre, [https://www.researchgate.net/publication/357753144\\_Schuhmacher-Zimmermann-2021-Grossversuch-im-Schatten-der-Gewalt](https://www.researchgate.net/publication/357753144_Schuhmacher-Zimmermann-2021-Grossversuch-im-Schatten-der-Gewalt), abgerufen am 25.08.2022.

Senatsverwaltung für Inneres und Sport (2018): Hintergründe zu den Angehörigen des salafistischen Spektrums in Berlin, Lageanalyse, Berlin.

Spendier, Madeleine (2018): „An keiner Stelle verurteilt die Bibel Homosexualität!“, Die Kasseler Bibelwissenschaftlerin Ilse Müllner zur Causa Wucherpfennig, in: katholisch.de, <https://www.katholisch.de/artikel/19245-an-keiner-stelle-verurteilt-die-bibel-homosexualitaet>, abgerufen am 01.09.2022.

Statista (2022): Stimmen Sie zu, dass schwule, lesbische und bisexuelle Menschen die gleichen Rechte haben sollten wie heterosexuelle Menschen?, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1147951/umfrage/homosexualitaet-in-der-eu-umfrage-zur-gleichberechtigung-homosexueller/>, abgerufen am 01.09.2022.

Steinberg, Guido (2021): Dschihadismus in Deutschland: Schwache Anfänge, wachsende Szene, neue Gefahren, Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin.

Stolz, Peter (2020): Was Berliner Schulen aus dem Mord an Samuel Paty lernen müssen, in: Der Tagesspiegel, 25.10.2020, <https://www.tagesspiegel.de/berlin/nach-islamistischem-lehrermord-in-frankreich-was-berliner-schulen-aus-dem-mord-an-samuel-paty-lernen-muessen/26305636.html>, abgerufen am 01.09.2022.

Tapley, Marina / Clubb, Gordon (2019): The Role of Former in Countering Violent Extremism: The International Centre for Counter-Terrorism – The Hague 10, S. 1f.

Tiedeken, Peter (2015): Kulturelle Bildung auch für Nazis? Perspektiven und Widersprüchlichkeiten von Akzeptierender Jugendarbeit und Inklusion mit Bezügen zur rechtsextremistischen Musikszene, in: KULTURELLE BILDUNG ONLINE: <https://www.kubi-online.de/artikel/kulturelle-bildung-auch-nazis-perspektiven-widerspruechlichkeiten-akzeptierender> (abgerufen am 25.08.2022).

ufuq.de (o. J.): Modul „LGBT... What?!“: Über die Vereinbarkeit von Queerness und Muslimisch-Sein, <https://www.ufuq.de/alternativen-aufzeigen-uebersicht-module/modul-lgbt-what-ueber-die-vereinbarkeit-von-queerness-und-muslimisch-sein/>, abgerufen am 01.09.2022.

United Nations Security Council CTED (2022): *Civil Society Perspectives: ISIL in Africa – Key Trends and Developments*, [https://www.un.org/securitycouncil/ctc/sites/www.un.org.securitycouncil.ctc/files/files/documents/2022/Apr/cted\\_civil\\_society\\_perspectives\\_isil\\_in\\_africa\\_april\\_2022.pdf](https://www.un.org/securitycouncil/ctc/sites/www.un.org.securitycouncil.ctc/files/files/documents/2022/Apr/cted_civil_society_perspectives_isil_in_africa_april_2022.pdf), abgerufen am 01.06.2022.

Vugteveen, Martijn / Farrell-Molloy, Joshua (2022): *Turkish Military Offensive in Syria: Consequences for Counter-Terrorism Operations*, <https://icct.nl/publication/turkish-military-offensive-in-syria-consequences-for-counter-terrorism-operations/>, abgerufen am 30.06.2022.

Wolf, Ariane (2021): *Frauen- und Queerfeindlichkeit: Ideologieübergreifendes Element extremistischer Gruppierungen im Kontext der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit*, Bundeszentrale für politische Bildung, <https://www.bpb.de/themen/islamismus/dossier-islamismus/344718/frauen-und-queerfeindlichkeit/>, abgerufen am 01.09.2022.

Yavas, Aylin / Kirchmann, Maryam / Kautz, Christian (2021): *Queere Identitäten im Kontext von Islam und Rassismus: Über die Vereinbarkeit von Muslimisch-Sein und Queer-Sein sowie schulisch-pädagogische Handlungsmöglichkeiten*, <https://www.ufuq.de/aktuelles/queere-identitaeten-im-kontext-von-islam-und-rassismus-ueber-die-vereinbarkeit-von-muslimisch-sein-und-queer-sein-sowie-schulisch-pa%cc%88dagogische-handlungsmo%cc%88glichkeiten/>, abgerufen am 13.6.2022.

Zenn, Jacob (2022): *Islamic State Congo Steps up Attacks in Bid to Become its own Province*, in: *Terrorism Monitor* Bd. 20, Nr. 8, <https://jamestown.org/wp-content/uploads/2022/04/TM-PDF-4.pdf>, abgerufen am 01.06.2022.

# Impressum

## Kompetenznetzwerk „Islamistischer Extremismus“

c/o Violence Prevention Network gGmbH  
Alt-Reinickendorf 25  
13407 Berlin

Tel.: 030 91 70 54 64

Ansprechpartner\*innen im Netzwerk:

### BAG RelEx

Jamuna Oehlmann  
jamuna.oehlmann@bag-relex.de

Rüdiger José Hamm  
ruediger.hamm@bag-relex.de

### ufuq.de

Dr. Götz Nordbruch  
goetz.nordbruch@ufuq.de

### Violence Prevention Network gGmbH

Franziska Kreller  
franziska.kreller@violence-prevention-network.de

Email: info@kn-ix.de  
Web: www.kn-ix.de

Redaktionsschluss des Reports 2022 war der  
30.6.2022.

Bildnachweis/Gestaltung: part|www.part.berlin

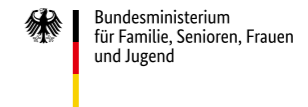
© Violence Prevention Network 2022

Violence Prevention Network gGmbH ist eingetragen beim Amtsgericht Berlin-Charlottenburg unter der Handelsregisternummer: HRB 221974 B.

Das Kompetenznetzwerk „Islamistischer Extremismus“ wird gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“.

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autor\*innen die Verantwortung.

Gefördert vom



Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

Gefördert durch die

**bbp**  
Bundeszentrale für  
politische Bildung

Bayerisches  
Landeskriminalamt



**BERLIN GEGEN  
GEWALT**

Landeskommission  
Berlin gegen Gewalt



SACHSEN-ANHALT  
Ministerium für  
Arbeit, Soziales, Gesundheit  
und Gleichstellung

Gefördert im Rahmen des Landesprogramms

**#WIRSINDDASLAND**  
DEMOKRATIE. VIELFALT. WELTOFFENHEIT.  
IN SACHSEN-ANHALT

